

97-84173-27

Schappacher, Alfred

Die entwicklung der
landgemeindefinanzen...

Leipzig

1910

97-84173-27

MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED - EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD

3
Box 9

Schappacher, Alfred, 1887-

Die entwicklung der landgemeindefinanzen im
landkreis Recklinghausen. Leipzig, Hirschfeld,
1910.

c.p. 137, -230. fold. tables. 23 cm.

Thesis, Münster.

Part of his "Moderne kommunalfinanzen im land-
kreis Recklinghausen."

RESTRICTIONS ON USE: Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35mmREDUCTION RATIO: 11:1IMAGE PLACEMENT: IA IIA IB IIBDATE FILMED: 8-29-97INITIALS: fbTRACKING #: 27320

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

3
Box 9

Die Entwicklung der Land- gemeindefinanzen im Land- kreis Recklinghausen.

Dissertation

zur

Erlangung der staatswissenschaftlichen Doktorwürde

der

rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Westfälischen Wilhelms-Universität

zu Münster

vorgelegt von

Alfred Schappacher

aus Mannheim.

Leipzig

Verlag von C. L. Hirschfeld.

1910.

Referent: Prof. Dr. Schmöle.

Korreferent: Prof Dr. von Heckel.

Die vorliegende Dissertation bildet einen Teil einer größeren Arbeit, die unter dem Titel: „**Moderne Kommunal финанzen im Landkreis Recklinghausen**“ als 11. Heft der Abhandlungen aus dem staatswissenschaftlichen Seminar zu Münster im Verlage von C. L. Hirschfeld in Leipzig erscheinen wird.

Vorwort.

Diese Arbeit verdankt ihre Entstehung einer Anregung von Prof. Dr. SCHMÖLE, dem ich für seine Bemühungen um das glückliche Gelingen meiner Aufgabe den wärmsten Dank schuldig bin. Aber auch sämtlichen Herren des Landkreises Recklinghausen, die mir ihre Unterstützung liehen, habe ich zu danken.

Meine Aufgabe war es, die kommunale Finanzentwicklung in einem der größten Landkreise zu verfolgen. Bei Beginn der Arbeit stand ich vor 3 Fragen. Die erste bezog sich auf die räumliche Ausdehnung meiner Untersuchung. Unumgänglich notwendig erschien es mir, sie auf den Kreis, die Ämter und die Landgemeinden auszudehnen.

Aus der Betrachtung wurden aber einmal der seit 1901 existierende Stadtkreis Recklinghausen, und zum zweiten die Stadt Dorsten bei der Behandlung der Gemeindefinanzen ausgeschieden. Es kam mir eben darauf an, nur ländliche Finanzen zu beobachten.

Was dann die zeitliche Ausdehnung anbelangt, so sollte sich die Aufmerksamkeit auf die moderne Entwicklung konzentrieren, vor allem seit der kommunalen Selbstverwaltung.

Die dritte Frage endlich, vielleicht die schwierigste, betraf das Material, auf welches die Abhandlung basiert werden konnte: Rechnungen oder Voranschläge. Ich entschloß mich für die letzteren, weil das Beschaffen von erschöpfenden rechnungsmäßigen Belegen für die kommunale Finanzentwicklung eines großen Landkreises, von 13 Ämtern und von nicht weniger als 28 Landgemeinden nicht nur mit großen Schwierigkeiten verknüpft, sondern einfach unmöglich gewesen wäre. Zudem bestärkten mich noch die kompetenten Meinungen der Herren vom Verwaltungsdienste in meinem Vorhaben.

Ich glaube sicherlich, daß es mir trotzdem gelungen ist, ein übersichtliches Entwicklungsbild zu geben.

Um den Eindruck von der großartigen Entwicklung zu verstärken, habe ich bei Gelegenheit der Behandlung der Kreisfinanzen einen Vergleich mit anderen Landkreisen gewagt.

Sollten im übrigen sonstige Unebenheiten zutage treten, so bitte ich diese Tatsache dem Erstlingsversuch zugute zu rechnen.

Der Verfasser.

Die Entwicklung der Landgemeindefinanzen im Land-
kreise Recklinghausen.

A. Allgemeiner Teil: Verwaltungsrechtliches.¹⁾

Neben der Provinz, dem Kreis und den Ämtern gehören auch die Gemeinden zu den Selbstverwaltungskörpern.

Die Gemeinden erledigen in erster Linie ihre eigenen Angelegenheiten, wenn sie auch daneben zur Übernahme von Staatsaufgaben verpflichtet sind.

Dabei bedienen sie sich in der Hauptsache der Gemeindevertretung, die in der Provinz Westfalen auf Grund der Landgemeindeordnung vom 19. März 1856 für alle Gemeinden mit mehr als 18 Gemeindeberechtigten obligatorisch ist. Die Gemeindevertretung besteht aus dem Gemeindevorsteher, und mehreren nach dem Dreiklassenwahlsystem gewählten Gemeindeverordneten, deren Zahl durch Statut auf 6—8 festzusetzen ist.

Die Gemeindevertretung sorgt nun als Gemeindeorgan für Arme und Unmündige, dann für das Wegewesen, ferner für die Förderung des wirtschaftlichen Wohlstandes der Gemeindegemeinschaften durch Errichtung von Sparkassen, Leihanstalten usw.; auf ihr ruht vor allem die Unterhaltungspflicht für die Volksschule, während die Errichtung von höheren Lehranstalten ihrem freien Ermessen überlassen ist. Die Gemeinden müssen dann auch bei der Veranlagung der direkten Steuern mitwirken. Eine andere Last, die Gewährung der sogenannten militärischen Naturalleistungen im Frieden (Quartier, Fourage, Vor-

¹⁾ Unter der allgemeinen verwaltungsrechtlichen Literatur erwähnen wir noch besonders v. BITTER a. a. O. Art. Landgemeinden. Die neue Landgemeindeordnung trat am 19. März 1856 in Kraft, während vorher die vom 31. Okt. 1841 maßgebend war.

spann und Verpflegung) ruht an sich nicht auf der Gemeinde als solcher, sondern auf den Gemeindeangehörigen; doch kann die Gemeinde sie selbst übernehmen. Zu den sogenannten Kriegseinkünften sind die Gemeinden eo ipso verpflichtet.

Bei der Wahl der Deckungsmittel für diese mannigfachen Aufwendungen, soll sich die Gemeinde in erster Linie auf Einnahmen aus eigenem Vermögensbesitz, aus gewerblichen Unternehmungen und aus Gebühren und Beiträgen stützen. Da aber diese Quellen durchaus ungenügend sind, können speziell in der neuesten Zeit hohe Zuschläge zu den direkten Steuern neben den bisher noch gering ausgebildeten besonderen Realsteuern und indirekten Steuern nicht vermieden werden. Will man endlich die Gegenwart nicht überlasten, so empfiehlt sich auch nicht selten ein Betreten des Anleiheweges, der es erlaubt, einen Teil der Last auf die Zukunft abzuwälzen.

Wir haben nun unsere Untersuchung des Gemeindeausgabewesens nicht auf sämtliche Ausgaben erstreckt, sondern uns auf die Betrachtung der hauptsächlichsten beschränkt, nämlich Verwaltung im engeren Sinn, Schullasten, Armenwesen, Verkehrswesen, Feuerlöschwesen und Beleuchtung und schließlich Kreisabgaben. In ähnlicher Weise ist das Einnahmewesen behandelt worden.

B. Spezieller Teil.

Wir haben die Vorbemerkung vorausszuschicken, daß bei besonders wichtigen Aufgaben die agrarischen und industriellen Gemeinden gesondert untersucht worden sind. Natürlich waren die heutigen industriellen Gemeinden früher auch bäuerlichen Charakters; deswegen mußten wir uns nach den heutigen Verhältnissen orientieren.

Wir betrachteten dabei als industrielle Gemeinden: Recklinghausen-Land, Suderwich, Herten, Buer, Horst, Bottrop, Gladbeck und Osterfeld. Das sind demnach 8 Gemeinden von 28; die übrigen 20 Gemeinden¹⁾ tragen heute noch einen mehr bäuerlichen Charakter. Weitere Aufklärung werden jeweils die Spezialtabellen geben.

¹⁾ Eine ganz scharfe Trennung ist allerdings schwer durchzuführen, da neuerdings die von uns noch als agrarisch angesehenen Gemeinden allmählich industrialisiert werden, so z. B. Datteln. Da wir aber unsere Betrachtungen mit den Jahren 1907 bzw. 1908 abgeschlossen haben, stört diese Tatsache unsere Kreise nicht.

I. Das Ausgabewesen der Landgemeinden.

Vor dem Eindringen in die Gestaltung der einzelnen Aufwandszwecke ist eine allgemeine Orientierung über die Entwicklung der Ausgaben im Ganzen sehr erwünscht.

Diese betrugen in den 28 Landgemeinden des Kreises Recklinghausen: ¹⁾

1845	18 459 Tlr. — 55 377 M. =	100
1875	201 118 „ =	365
1905	3 919 552 „ =	7078

Pro Kopf der Bevölkerung waren dies:

1845	1,41 M.
1875	4,43 „
1905	18,5 „

Die Ausgaben pro Kopf haben sich von 1845—1905 demnach verdreizehnfach, von 1845—1875 etwa verdreifacht und von 1875 bis 1905 vervierfacht.

Anders wird das Bild, wenn man die absoluten Zahlen betrachtet. Der Zeitraum von 1845—1875 zeigt ungefähr eine Vervielfachung der Ausgaben, der Abschnitt von 1875—1905 dagegen nahezu eine Steigerung um das Zwanzigfache.

Der zweite Zeitraum ist die Periode des großartigen industriellen Aufschwungs. Wenn die Steigerung der Kopfquoten diesen Aufschwung nicht ähnlich deutlich in die Augen springen läßt, ist das die Folge des ungeheuren Anschwellens der Bevölkerung von 1870 bis 1905. Denn während 1845 die Einwohnerzahl der 28 Landgemeinden 39 014 Seelen betrug, ist sie bis 1875 erst auf 45 306 Seelen gestiegen. Dagegen hat die Bevölkerungszählung vom Jahre 1905 2 115 865 Einwohner ergeben.

Bei der Wahl der Reihenfolge der einzelnen Aufwandszwecke ist vor allem die Wichtigkeit derselben für die Gemeindeverwaltung maßgebend gewesen.

1. Die Kosten der Amts- und Gemeindeverwaltung.

a. Allgemeines.

Bei der Betrachtung der Verwaltungskosten ist zu trennen zwischen Gemeinden, die selbst Ämter sind, und solchen, die mit andern Gemeinden zusammen Ämter sind.

¹⁾ Vorauszuschicken ist, daß bei allen zahlenmäßigen Belegen Sollzahlen zugrunde liegen.

Wie wir bei Behandlung der Ämterfinanzen bereits dargelegt haben, können bei den Gemeinden, die zugleich Ämter sind, die Gemeinde- und Amtsverwaltungskosten nicht voneinander getrennt werden, wohl aber ist dies bei den Gemeinden möglich, die mit andern zusammen solche Ämter bilden. Aus diesem Grunde waren wir zu der Überschrift „Amts- und Gemeindeverwaltungskosten“ genötigt. Wir berücksichtigen demnach neben den eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten, also vor allem den Aufwendungen für den Gemeindevorsteher und die Gemeindebeamten, den sächlichen Kosten aller Art und schließlich denjenigen für die wenigen staatlichen Angelegenheiten, wie z. B. die Verwaltung des Standesamtes und die Mitwirkung bei der Erhebung und Veranlagung der Realsteuern, auch die Amtsverwaltungskosten, soweit sie mit dem Gemeindebudget in unlöslichem Zusammenhange stehen.

Bei den Gemeinden, die zugleich Ämter sind, kommen dabei bekanntlich in erster Linie die Polizeiverwaltungskosten in Betracht, dagegen bei den übrigen Gemeinden nur die Beiträge zum Amtsbedarf. Da nun aber die erste Kategorie von Gemeinden gelegentlich der Behandlung der Ämterfinanzen berücksichtigt worden ist, richten wir hier unsere Hauptaufmerksamkeit auf die zweite Kategorie.

b) Spezielle Würdigung.

Zunächst eine allgemeine Orientierung über die bisherige Entwicklung der Amts- und Gemeindeverwaltungskosten.

Tabelle I.

Einwohnerzahl der Landgemeinden	Jahr	Kosten	pro Kopf
		M.	M.
39 014	1845 ¹⁾	22 799	0,58
43 306	1875	54 097	1,19
2 115 865	1905	820 963	3,87
253 293	1907	1 077 300	4,25

Wie die Tabelle lehrt, haben sich die Verwaltungskosten in der Zeit von 1845—1907 ungefähr verfünffacht; pro Kopf der Bevölkerung haben sie sich mehr als versiebenfach. Dabei haben

¹⁾ Bei 2 Landgemeinden sind die Aufwendungen nur mangelhaft verzeichnet vorgefunden worden.

die Amtszwecke den Hauptaufwand verursacht, da sich, wie wir früher bereits gesehen haben, vor allem die Kosten der Polizeiverwaltung stark erhöht haben. Die ungeheure Steigerung der Verwaltungskosten ist die Folge einerseits der eingetretenen Vermehrung der Beamten, andererseits der Erhöhungen der Gehälter usw.

Nachdem wir die Gesamtentwicklung in den 25 Landgemeinden kennen gelernt haben, erübrigt noch eine Würdigung der einzelnen Details seit der Mitte der 90er Jahre. Dabei wählen wir solche Gemeinden aus, die eine gute Charakteristik der Entwicklung abgeben, denn auf alle kann unmöglich eingegangen werden. Im übrigen wird die Spezialtabelle der Orientierung zu dienen haben.

Den Einzelerörterungen sei noch vorausgeschickt, daß bis zum Jahre 1894 die Hebegebühren der Rendanten die Hauptausgabe für Gemeindeverwaltungen als solche bildeten. Dann verschwanden dieselben und wurden durch feste Bezüge, die erheblich geringer waren, ersetzt.

Als erste Gemeinde unserer Betrachtung wählen wir das industrielle Recklinghausen-Land aus. Dieses zeigt folgendes Entwicklungsbild:

1845	2478 M.	1890	12565 M.
1855	1962 „	1895	27096 „
1865	2625 „	1900	62264 „
1875	4998 „	1905	114420 „
1885	7532 „	1907	137040 „

Darnach haben sich also die gesamten Verwaltungskosten von 1845—1907 nicht weniger als verfünfundfünfzigfach.

Der Hauptaufschwung setzte, wie man aus den Zahlen ersieht, seit den 90er Jahren ein, also wiederum im engsten Konnex mit dem wirtschaftlichen Aufschwung. Hatten sich die Verwaltungskosten von 1845—1890 etwa verdoppelt, so nehmen wir im Zeitraum von 1890—1907 eine Verelfachung wahr.

Das gleiche Bild bieten die Relativzahlen. Die Kopfquote betrug nämlich 1845 erst 68 Pfg., dagegen 1890 bereits 1,53 M. und endlich im Jahre 1907 nicht weniger als 3,99 M.

Wenn wir zu den Zahlen einige Erläuterungen geben, so beschränken wir uns auf die Verhältnisse seit 1885, wo die moderne Entwicklung sich anzubahnen begann. Die Vermehrung der Verwaltungskosten seit 1885 ist zum überwiegenden Teil auf die Ver-

mehrung der Amtsbeiträge zurückzuführen, während daneben die Gemeindeverwaltungskosten ganz verschwinden. Letzteres tritt um so mehr in die Erscheinung, als seit 1895 die Gebühren des Rendanten in Wegfall gekommen waren.

Im Jahre 1885 entfielen von den gesamten Verwaltungskosten in Höhe von 7532 M. allein 5400 M. auf die Amtsbeiträge, dagegen auf die eigentliche Gemeindeverwaltung nur 2122 M. Neben den Hebegebühren des Rendanten (1756 M.) spielten die Bezüge des Gemeindevorstehers (240 M.) und der 14 Bauernboten (116 M.) eine geringe Rolle.

Bis zum Jahre 1895 hatten sich die Verwaltungskosten auf 27096 M. erhöht, wovon auf die Amtsbeiträge nicht weniger als 26400 M. entfielen. Die übrigen Verwaltungskosten waren nur mit 686 M. berechnet, da ja die Hebegebühren bekanntlich in Wegfall gekommen waren.

Von 1895—1905 fand ein gewaltiger Sprung statt; erhöhten sich doch die gesamten Verwaltungskosten auf 114420 M. Nichts zu bedeuten hatten wiederum die eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten in Höhe von 1300 M., wovon 900 M. dem Gemeindevorsteher zukamen.

Auch im Jahre 1907 war das Verhältnis nicht anders geworden, da ja von der Gesamtsumme im Betrage von 137040 M. allein 135235 M. auf Amtsbeiträge zu verrechnen waren.

Außer Recklinghausen ziehen wir noch die Landgemeinde Buer zur Charakterisierung der Verhältnisse in den Industriegemeinden heran. Die Verwaltungskosten waren:

1845	2115 M.	1890	28054 M.
1855	1974 „	1895	49524 „
1865	3426 „	1900	82595 „
1875	5584 „	1905	153006 „
1885	10486 „	1907	232750 „

Diese Ziffern zeigen uns, daß die Entwicklung der Verwaltungskosten bei Buer eine noch viel schärfer ausgeprägte als bei Recklinghausen gewesen ist. Denn von 1845—1907 verhundertundzefnfachten sich nämlich die Verwaltungskosten, während bei Recklinghausen nur eine Verfünfundfünfzigfachung festzustellen war.

Bei Buer setzte der Hauptaufschwung ebenfalls in den 90er Jahren ein. Selbstverständlich entfällt dabei der überwiegende Teil

der Verwaltungskosten auf die Amtsbeiträge, speziell seit Beginn des neuen Jahrhunderts. Aber auch die Gemeindeverwaltungskosten hatten bei Buer im Gegensatz zu Recklinghausen lange Zeit eine relativ hohe Bedeutung. Das war darauf zurückzuführen, daß Buer schon seit den 50er Jahren eine größere Zahl von Beamten beschäftigt als Recklinghausen.

Die Gemeinde Buer hatte i. J. 1887 neben dem üblichen Personal, wie Gemeindevorsteher und Bauernboten, einen Kommunalbaumeister zu besolden, der im Jahre 1885 angestellt worden war. So beliefen sich dann auch die eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten im Jahre 1887 auf nicht weniger als 4577 M. gegenüber 13403 M. für die Amtsbeiträge.

Bis zum Jahre 1895 waren die letztgenannten sogar weniger stark in die Höhe gegangen, als die eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten. Betrugten sie doch nicht weniger als 14765 M. gegenüber 31759 M. für das Amtsdefizit. Unter den bemerkenswerten Daten hoben wir hervor, daß Buer für einen eigenen Standesbeamten 1500 M. und für den Gemeindeempfänger sogar 3800 M. an Gehältern verrechnet hatte. Dazu gesellten sich aber noch 3000 M. an Remuneration für den Kommunalbaumeister, dann noch 2300 M. an Bezügen für 2 Feldhüter usw.

Die Gemeindeverwaltungskosten stiegen dann von 1895—1900 auf nicht weniger als 25835 M. gegenüber 56760 M. für Amtszwecke. Die Vermehrung der ersteren war neben den Bezugserhöhungen des alten Personals vor allem den Gehältern der seit 1895 neu in den Gemeindedienst getretenen Beamten zuzuschreiben, so z. B. des Bureaugehilfen, der drei Vollziehungsbeamten (4200 M.), der zwei Bauassistenten (3900 M.) usw.

Bis zum Jahre 1905 waren die eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten auf 14156 M. zurückgegangen, da die Aufwendungen für den Nachtwächter und vor allem für die Bauverwaltung auf den Amtsetat übernommen worden waren. Die Amtsbeiträge schwollen dagegen weiterhin mächtig an: 1905 beliefen sie sich auf 138550 M. und im Jahre 1907 auf nicht weniger als 214384 M.

Bis zum Jahre 1907 hatten sich auch die Gemeindeverwaltungskosten wieder etwas erhöht (18366 M.).

Das genüge zur Illustration der Verhältnisse in den Industriegemeinden. Um nun die Verschiedenheit der Entwicklung der Verwaltungskosten in Gemeinden, die ihren agrarischen Charakter bewahrt haben, klar zu legen, seien Waltrop und Marl herausgegriffen.

In der bäuerlichen Gemeinde Waltrop zeigen die Verwaltungskosten folgendes Bild:

1845	2037 M.	1890	7217 M.
1855	1767 „	1895	10169 „
1865	3195 „	1900	15226 „
1875	4125 „	1905	25054 „
1885	6124 „	1907	29806 „

Wenn wir die Entwicklung übersehen, so fällt uns vor allem das ruhige und langsame Ansteigen der absoluten Ziffern auf. Wenn wir aber die Veränderung der Kopfquoten daneben stellen, so werden wir mit Überraschung gewahr, daß die Entwicklung bei Waltrop derjenigen bei den industriellen Gemeinden in nichts nachgibt. In Waltrop betrugen die Kopfquoten 1845: 67 Pfg. 1890 bereits 2 M. und 1907 nicht weniger als 4,37 M. Halten wir daneben die entsprechenden Daten bei Buer, 1845: 55 Pfg., 1890: 2,53 M. und 1907: 5,04 M., so erhellt das von uns Behauptete klar und deutlich. Diese Tatsache ist auch viel wichtiger als die Feststellung, daß bei Waltrop sich die gesamten Verwaltungskosten von 1845—1907 nur etwa vierzehnfacht haben.

Im übrigen setzte die besonders auffällige Entwicklung auch hier erst seit den 90er Jahren ein. Es fällt, um auf einige Besonderheiten der Entwicklung hinzuweisen, vor allem die rapid abnehmende Bedeutung der Gemeindeverwaltungskosten auf. Im Jahre 1885 z. B. waren sie noch 2180 M. gegenüber erst 3944 M. für den Amtsbedarf; aber schon 1895 standen nur mehr 950 M. für die Gemeindeverwaltung dem Amtsdefizit in Höhe von nicht weniger als 9449 M. gegenüber. Das Jahr 1907 endlich verschlechterte das Verhältnis noch weit mehr; waren doch für die Amtsbeiträge 28901 M. verrechnet, für die Gemeindeverwaltung dagegen nur 905 M.

Auf die unbedeutende Verwaltungsorganisation glauben wir verzichten zu können.

Ein ganz ähnliches Verhältnis zwischen Amtsbedarf und den ungenügenden Verwaltungskosten der Gemeinde finden wir in Marl. Diese Gemeinde gab für Verwaltungskosten aus:

1845	1251 M.	1890	3492 M.
1855	1269 „	1895	4273 „
1865	1476 „	1900	5503 „
1875	2136 „	1905	8424 „
1885	3120 „	1907	11733 „

Hier haben sich die gesamten Verwaltungskosten von 1845 bis 1907 nicht einmal verzehnfacht; auch die Entwicklung der Kopfquote war weniger scharf ausgeprägt als bei Waltrop (1845: 61 Pfg., 1890: 1,90 M. und 1907: 3,35 M.). Die eigentlichen Gemeindeverwaltungskosten waren bei Marl von vornherein weniger bedeutsam als bei Waltrop. 1885 waren z. B. dafür nur 638 M. gegenüber 2482 M. an Amtsbeiträgen verrechnet. Wenn man noch in Betracht zieht, daß dabei die Hauptrolle die Hebegebühren des Rentdanten spielten (ca. 400 M.), so begreift sich leicht, daß die Gemeindeverwaltungskosten seit 1895, nachdem damals die Gebühren durch feste Bezüge ersetzt und der Gemeindevorsteher vom Amt übernommen worden war, auf ein Unbedeutendes reduziert wurden. Wir weisen dabei nur auf das Jahr 1907 hin, wo die Amtsbeiträge mit nicht weniger als 11410 M. von 11733 an Verwaltungskosten überhaupt verrechnet worden waren.

Die oben angeführten Zahlenbeispiele zeigen uns also, wie verschieden geartet die Verhältnisse in agrarischen und industriellen Gemeinden liegen. Auf der einen Seite sehen wir die aufstrebenden Industrieorte, wie z. B. Recklinghausen, Buer usw. mit dem ausgedehnten Verwaltungsapparat, dagegen auf der anderen Seite die bäuerlichen Gemeinden, so z. B. Waltrop, Marl usw., die zwar in den Beiträgen für die Amtsverwaltung allmählich immer erhöhten Ansprüchen zu genügen haben — so hatte ja z. B. Waltrop seinen Aufwand hierfür seit dem Jahre 1890 mehr als vervierfacht —, die aber in den Ausgaben für die Gemeindeverwaltung als solche noch primitive Verhältnisse zeigen.

Tabelle II. Gemeinde- und Amtsverwaltungs-kosten.

Landgemeinden	1845 bzw. 1846				1885				1895			
	Einwohner	Kosten	pro Kopf	Einwohner	Kosten	pro Kopf	Einwohner	Kosten	pro Kopf	Einwohner	Kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	3640	2478	0,68	3747	1962	0,52	3705	2925	0,71			
Ger	915	639	0,70	987	420	0,43	1071	537	0,50			
Suderwich	688	408	0,59	713	435	0,61	672	525	0,78			
Waltrop	3059	2037	0,67	3126	1767	0,57	3135	3195	1,02			
Henrichsburg	592	399	0,71	576	375	0,65	523	681	1,09			
Recklinghausen	1515	1117	0,74	1585	1063	0,67	1585	1063	0,67			
Herbert	95	864	9,11	972	852	0,88	913	870	0,95			
Buer	3837	2115	0,55	4100	1974	0,48	4142	3426	0,83			
Horst	562	324	0,58	638	354	0,55	942	861	0,91			
Westerholt	721	246	0,34	742	408	0,54	746	519	0,70			
Bettrop	3065	1806	0,59	3412	2607	0,76	4023	2211	0,55			
Glückbeck	2938	1806	0,61	2748	1419	0,52	2724	2370	0,87			
Osterfeld	758	228	0,30	1218	1077	0,88	1875	1386	0,74			
Kirchellen	2566	1146	0,45	2406	1314	0,55	2658	2160	0,81			
Lembeck	2035	1097	0,54	2177	1300	0,60	2042	1901	0,94			
Herrest	500	462	0,92	550	303	0,55	578	414	0,72			
Altdermbach	986	567	0,57	940	501	0,53	899	573	0,63			
Erle	753	561	0,75	727	393	0,54	776	459	0,60			
Hande	554	588	1,06	531	267	0,50	539	275	0,51			
Recklinghausen	1471	1147	0,78	1471	1147	0,78	1471	1147	0,78			
Marl	2044	1281	0,61	2040	1269	0,62	1922	1476	0,77			
Polsum	797	459	0,58	773	468	0,61	700	504	0,72			
Itamm	516	327	0,63	531	354	0,67	532	375	0,71			
A.-Offkotte	522	366	0,70	528	357	0,68	571	354	0,62			
Altdorf	3225	2178	0,68	3281	2157	0,66	3359	2186	0,65			
Alten	325	163	0,50	325	163	0,50	325	163	0,50			
Fläming	342	171	0,50	325	163	0,50	348	270	0,78			

Tabelle II. Gemeinde- und Amtsverwaltungskosten.

Landgemeinden	1875			1885			1890		
	Einwohner	Kosten	pro Kopf	Einwohner	Kosten	pro Kopf	Einwohner	Kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	4042	4998	1,24	5407	7532	1,39	6862	12565	1,83
Oer	1000	1176	1,18	1082	1484	1,37	1143	2616	2,29
Suderwich	605	921	1,52	748	1294	1,73	971	2151	2,22
Walrop	2872	4125	1,39	3387	6124	1,81	3611	7217	2,00
Warendenbürg	320	425	1,33	357	508	1,42	368	545	1,48
Hornenberg	320	294	0,92	357	508	1,42	368	545	1,48
Herten	921	1296	1,41	2263	5675	2,51	3616	7815	2,16
Buer	5002	5584	1,12	7721	10486	1,36	11071	28054	2,53
Horst	2105	2526	1,20	2992	3765	1,26	3875	7366	1,90
Westerholt	745	273	0,37	860	1302	1,51	988	2605	2,64
Botrop	6584	6915	1,05	9735	10553	1,07	13585	20135	1,49
Glückbeck	2993	3417	1,15	4464	(1896)	2,36	5648	11711	2,07
Osterfeld	3352	4350	1,30	4506	6190	1,55	5385	8139	1,51
Kirchellen	2745	3856	1,40	3006	4697	1,56	3196	5973	1,87
Kulden	1858	1253	0,67	1082	1484	1,37	1143	2616	2,29
Leimbek	652	477	0,73	742	1013	1,33	781	1220	1,43
Altenheimbeck	554	633	0,74	914	1200	1,31	986	1229	1,31
Ede	734	546	0,74	754	948	1,26	769	984	1,28
Rade	517	348	0,67	509	618	1,21	517	623	1,21
Recklinghausen	1858	1253	0,67	1082	1484	1,37	1143	2616	2,29
Merl	1858	2136	1,13	1855	3120	1,68	1841	3492	1,90
Polam	652	930	1,43	833	1471	1,77	855	2418	2,81
Hamm	534	648	1,21	542	916	1,69	570	998	1,75
A.-Uffelte	368	714	1,26	555	1051	1,89	549	1150	2,10
Datteln	368	493	1,36	3493	5403	1,56	3853	6266	1,63
Fläseheim	320	423	1,32	350	514	1,47	362	575	1,59

Tabelle II. Gemeinde- und Amtsverwaltungskosten.

Landgemeinden	1895			1900			1905			1907		
	Einw.	Kosten	pro Kopf	Einw.	Kosten	pro Kopf	Einw.	Kosten	pro Kopf	Einw.	Kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	8776	27096	3,20	17403	62264	3,58	26634	114420	4,22	34359	137040	3,99
Oer	1213	3755	3,10	1510	3911	2,59	2017	5598	2,76	2246	5012	2,23
Suderwich	1253	2918	2,33	1488	3723	2,50	3971	10386	2,62	4562	16522	3,62
Walrop	4137	10169	2,46	4403	15226	3,46	6196	25054	4,04	6814	29806	4,37
Warendenbürg	1247	2440	1,96	1495	3559	2,38	1965	6098	3,10	2591	2933	3,82
Hornenberg	631	1591	2,53	746	1786	2,39	858	2145	2,50	950	2393	2,52
Herten	1503	1591	1,06	1219	47286	3,88	15475	75543	5,08	17185	97555	5,69
Buer	6033	49524	8,22	35509	82595	2,30	40290	153006	3,80	46156	232750	5,04
Horst	5063	13311	2,63	11293	36409	3,23	14887	59228	3,98	18164	90482	4,43
Westerholt	1196	2404	2,01	1757	3528	2,01	2153	4044	1,88	2625	10340	3,90
Botrop	18015	43488	2,41	24487	39014	1,59	34632	18400	1,32	39625	17340	2,90
Glückbeck	7224	10000	1,38	12198	16607	1,36	16607	20750	1,25	19625	24062	1,23
Kirchellen	3342	7041	2,11	3646	7654	2,10	4076	13641	3,35	4298	16755	3,96
Wulfen	1126	2009	1,78	1206	2859	2,37	1291	2861	1,98	1297	3066	2,36
Leimbek	1947	2877	1,48	1949	3716	1,91	2040	3053	1,50	2148	3242	1,50
Herrest	841	1498	1,71	850	1664	1,96	869	1664	1,92	876	1664	1,92
Recklinghausen	1858	1253	0,67	1082	1484	1,37	1143	2616	2,29	1143	2616	2,29
Merl	1858	2136	1,13	1855	3120	1,68	1841	3492	1,90	1841	3492	1,90
Polam	652	930	1,43	833	1471	1,77	855	2418	2,81	855	2418	2,81
Hamm	534	648	1,21	542	916	1,69	570	998	1,75	570	998	1,75
A.-Uffelte	368	714	1,26	555	1051	1,89	549	1150	2,10	549	1150	2,10
Datteln	368	493	1,36	3493	5403	1,56	3853	6266	1,63	3853	6266	1,63
Fläseheim	320	423	1,32	350	514	1,47	362	575	1,59	362	575	1,59

2. Die Ausgaben für die Schule, speziell für das Volksschulwesen.

a. Allgemeine Betrachtung.

Für die Unterhaltung der Volksschulen haben in Preußen die Gemeindebewohner von jeher beizutragen gehabt. Aber die Träger der Unterhaltungspflicht waren nicht immer und überall die gleichen.

Einschneidend ist in dieser Beziehung das Volksschulunterhaltungsgesetz vom 25. Juli 1906, durch welches das Schulwesen einheitlich geregelt wurde. Und zwar insofern, als seitdem die Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen den bürgerlichen Gemeinden und selbständigen Gutsbezirken obliegt, während vorher vielfach diese Unterhaltungspflicht den sogenannten Schulsozietäten, die von den eingeschulten selbständigen Bewohnern eines räumlich abgegrenzten Bezirkes gebildet worden waren, obgelegen hatte.

Diese Unterhaltungspflicht zerfällt nun einmal in die Aufwendungen für das Lehrpersonal, also die Geld- und Naturalbezüge¹⁾ derselben, und zweitens in die sächlichen Kosten, wie z. B. die Kosten der Errichtung und Unterhaltung der Schulanstalten und außerdem die Aufwendungen für Erhaltung und Beschaffung des Inventars.

Was die persönlichen Kosten anbetrifft, so erleichterte Preußen durch die Gesetze vom 14. Juni 1888 und vom 31. März 1889 die drückenden Schullasten dadurch, daß es für die Stelle eines allein-stehenden bzw. ersten ordentlichen Lehrers 500 M., eines andern ordentlichen Lehrers 300 M., einer ordentlichen Lehrerin 150 M. und endlich für die eines Hilfslehrers 100 M. jährlich zahlte.

Hinsichtlich der Unterhaltung für die Volksschulbauten bestimmte der § 14 des oben erwähnten Volksschulunterhaltungsgesetzes, daß jeder Schulverband mit 25 und weniger Schulstellen verpflichtet sei, jährlich 60 M. für die einzige oder erste, 50 M. für die zweite, 40 M. für die dritte und endlich je 30 M. für jede

1) Vgl. die öfters zitierte verwaltungsrechtliche Literatur.

2) Die Naturalbezüge sind vor allem die Wohnung, dann die Lieferung von sonstigen Naturalien, ferner Ankauf, Anfuhr und Zerkleinerung des Feuerungsmaterials für die Lehrerwohnung und schließlich die Bestellung des vom Lehrer zur Nutznießung überlassenen Schullandes.

weitere Stelle zur Bestreitung der Baukosten, abgesehen von kleineren Reparaturen, zu einem Fonds anzusammeln und diesen verzinslich zu belegen.

Für diese sehr umfangreichen Aufwendungen müssen nun auch die Mittel gewonnen werden, und zwar in der Hauptsache aus Beiträgen der Pflichtigen. Daneben spielen die Einkünfte aus Schulvermögen, aus Stiftungen, aus Schulgeldern und endlich aus Schulstrafen eine meist unbedeutende Rolle. Mehr ins Gewicht fallen demgegenüber die Zuschüsse des Staates bzw. weiterer Kommunalverbände.

Neben den Volksschulen, die prinzipiell von den Gemeinden zu erhalten sind, gibt es in vielen aufstrebenden Gemeinden, so auch in denen des Landkreises Recklinghausen, Mittelschulen, die grundsätzlich der Staat zu unterhalten verpflichtet ist. Dabei können natürlich die einzelnen Gemeinden mit zur Last beitragen, und insofern muß auch unsere finanzielle Betrachtung auf diese Aufwendungen kurz Bezug nehmen.

b. Spezielle Würdigung.

Wir schicken die Bemerkung voraus, daß die Gemeinden des Landkreises Recklinghausen schon seit Mitte der 80er Jahre die Unterhaltungskosten auf ihre Budgets übernommen hatten. Für die Daten vor dieser Zeit lagen die Rechnungsfeststellungen in den Akten vor, sodaß eine Lücke vermieden werden konnte. Doch für drei ländliche Gemeinden, nämlich Kirchhellen, Henrichenburg und Westerholt, waren bis 1906 nicht für alle Jahre die einschlägigen Ziffern zu finden. Glücklicherweise konnte dies an dem Gesamtbilde nichts ändern, da für die von uns zur Charakteristik herangezogenen Jahre die Ziffern immer vorgelegen haben.

Vor der Betrachtung der einzelnen Details ist zunächst ein kurzer Blick auf die Bedeutung der Schulen, einschließlich des Schulpersonals und der Schullasten überhaupt in den Landgemeinden seit den Jahren 1862 bzw. 1885 und 1845 zu werfen.

Wir wählen deshalb drei verschiedene Anfangsjahre, weil das der Betrachtung zugrunde liegende Material uns dazu veranlaßte.

b. Finanzielle Betrachtung.

Zunächst betrachten wir die Schulstatistik der Landgemeinden des Kreises Recklinghausen.

Nach den statistischen Mitteilungen vom Jahre 1862 waren damals 46 Elementarschulen vorhanden. Nach ungefähren Zusammenstellungen, denen in der Folge die Gemeindeetats zugrunde lagen, waren es 1895: 72, 1900: 87, 1905 bereits 141 und endlich in Jahre 1907 etwa 171 Schulen. Von 1862 bis 1895 vermehrten sie sich also um 26, von 1895 bis 1900 um 15, von 1900 bis 1905 um nicht weniger als 54, von 1905 bis 1907, also innerhalb zweier Jahre, um 30. Oder in Prozenten ausgedrückt:

1862—1895 56 Proz. Zunahme.

1895—1900 21 " "

1900—1905 62 " "

1905—1907 21 " "

Von 1900 bis 1905 nahm die Anzahl der Elementarschulen demnach um 6 Proz. mehr zu, als in dem Zeitraum von 1862 bis 1895. Ferner war in den zwei Jahren von 1905 bis 1907 dieselbe prozentuale Zunahme wie in dem 5jährigen Zeitraum von 1895 bis 1900 festzustellen.

Also wiederum haben wir ein getreues Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung des Landkreises Recklinghausen. Wir bemerken, daß mit dem industriellen Aufschwung in den 90er Jahren auch die starke Vermehrung der Schulen Hand in Hand ging. Aber nicht der Schulanstalten allein, sondern auch des Lehrpersonals und der Schullasten überhaupt.

Hinsichtlich der allgemeinen Würdigung der Vermehrung des Lehrpersonals genügen hier folgende Feststellungen. Nach unseren Etatskenntnissen kam eine Lehrkraft in den Jahren:

1885 auf ca. 515 Einwohner. 1900 auf ca. 460 Einwohner

1890 " " 529 " 1905 " " 399 "

1895 " " 473 " 1907 " " 337 "

Wir nehmen wahr, daß seit 1890 die Anzahl der Lehrer im Verhältnis zur Einwohnerzahl fortwährend gestiegen ist; kamen nämlich im Jahre 1890 noch 529 Einwohner auf einen Lehrer, so waren es 1907 nur noch 337 Einwohner. Das weitere über das Lehrpersonal wird bei der Behandlung der Einzelheiten zu würdigen sein.

Endlich erübrigt sich noch ein Blick auf die Entwicklung der Schullasten im allgemeinen von 1845 bis 1905. Dabei ist zu bemerken, daß nur die Belastung der Gemeindeetats berücksichtigt werden ist.

Die Schullasten betragen in den 28 Landgemeinden in den Jahren:

Tabelle III.

Einwohnerzahl	Jahr	Gesamt-schullasten	pro Kopf
		M.	M.
39 014	1845	4 935	0,13
45 306	1875	59 420	1,31
211 565	1905 ¹⁾	1 703 268	8,04
253 293	1907	1 965 113	7,76

Die Ausgaben für das Schulwesen sind also absolut fortwährend gestiegen, wenn auch hinsichtlich der Relativzahlen im Jahre 1905 ein Rückgang wahrzunehmen war, da eben die Bevölkerung sich stärker vermehrt hatte als die Schulunterhaltungskosten.

Um die Zahlen mehr zu veranschaulichen, vergleichen wir die Schulunterhaltungskosten mit den Gesamtausgaben. Darnach waren die ersteren in Prozenten des Gesamtbedarfs:

1845: 8,91 Proz.; 1875: 29,55 Proz.; 1905: 43,46 Proz.

Man sieht aus diesen Gegenüberstellungen, daß die Schulunterhaltungskosten unter den Gesamtaufwendungen der 28 Landgemeinden gegen früher eine große Bedeutung erlangt haben, und zwar wiederum im engen Konnex mit der industriellen Erschließung. Daß aber auch die bäuerlichen Gemeinden hinsichtlich ihrer Aufwendungen für die Schulen nicht zu unterschätzen sind, soll ein Vergleich zwischen den Verhältnissen in den industriellen und agrarischen Landgemeinden beweisen.

Die Entwicklung in den Industriegemeinden war die folgende.

Tabelle IV.

Einwohnerzahl der industriellen Gemeinden	Jahr	Gesamtausgaben	pro Kopf
		M.	M.
16 131	1845	1 413	0,09
25 594	1875	41 439	1,62
176 633	1905	1 470 330	8,32
212 525	1907	1 727 949	8,12

¹⁾ Bei den Ziffern von 1905 ist zu bemerken, daß die Gemeinde Buer den Bedarf für Schulbauten von dem Bedarfe Wegebau nicht trennte, sodaß

Stellen wir daneben die Entwicklung in den Agrargemeinden:

Tabelle V.

Einwohner- zahl der Agrar- gemeinden	Jahr	Gesamt- ausgaben	pro Kopf
		M.	M.
22 853	1845	3 522	0,15
19 712	1875	17 951	0,91
35 232	1905	232 938	6,61
40 468	1907	237 164	5,86

Noch im Jahr 1845 gaben die heutigen Agrargemeinden mehr für die Schule aus als die heutigen Industriegemeinden. Aber schon 1875 war es umgekehrt; denn während in den industriellen Gemeinden die Kopfquote 1,62 M. betrug, war sie bei den Agrargemeinden 91 Pf.

Bis zum Jahre 1905 war der Vorsprung der industriellen Gemeinden noch bedeutend größer geworden (8,31 gegenüber 6,61 M.). Doch auch die Agrargemeinden hatten absolut wie relativ ihren Aufwand stark erhöht.

Im Jahre 1907 endlich hatten sowohl die bauerlichen als auch industriellen Gemeinden eine etwas geringere Belastung als zwei Jahre vorher; diese Tatsache läßt sich darauf zurückführen, daß die Schulbauten geringere Aufwendungen benötigt hatten.

Nach diesen allgemeinen einführenden Erörterungen sei auf einige bemerkenswerte Details des näheren eingegangen.

Wie wir schon früher zu betonen gehabt haben, zerfallen die Unterhaltungskosten in die Ausgaben für das Lehrpersonal und in die sächlichen Aufwendungen, also vor allem die Schulbaukosten. Die Ausgaben für die Lehrer sind natürlich die größeren; denn sie umfassen nicht nur die Gehälter, sondern auch sonstige persönliche Aufwendungen, Auslagen, Stellvertretungsgelder usw. Dann ist weiterhin von vornherein klar, daß die Agrargemeinden weniger mit Personalkosten belastet sind, weil sie eben auch viel weniger Lehrpersonal zu unterhalten haben. Dies veranschauliche folgende

der erstere in Anlehnung an den Bedarf vom Jahre 1906 geschätzt werden mußte.

Übersicht über das in industriellen und agrarischen Gemeinden angestellte Lehrpersonal.

Tabelle VI.

Einwohner- zahl	Jahr	Anzahl der Lehrkräfte	
		in den industriellen Gemeinden	in den bauerlichen Gemeinden
60 790	1855	76	42
76 116	1890	96	48
98 294	1895	156	52
149 421	1900	263	62
211 865	1905	459	72
253 293	1907	677	85

Während sich das Lehrpersonal aller Landgemeinden seit dem Jahre 1855 ungefähr versiebenfacht hat (es stieg von 118 auf 762 Lehrpersonen), weisen die industriellen Gemeinden in der gleichen Zeit eine Verneunfachung und die Agrargemeinden nur eine Verdoppelung der Lehrkräfte auf.

So verchiedenartig hier die Verhältnisse bei industriellen und agrarischen Gemeinden lagen, so auch bei den Kosten des Lehrpersonals, wie die nachfolgende Übersicht zeigen wird. (Vgl. die Tabelle: nächste Seite.)

Im allgemeinen sieht man, daß die industriellen Gemeinden in der Stärke der Entwicklung dominieren. Greifen wir nur einige Zahlen heraus. Recklinghausen-Land z. B. gab für sein Lehrpersonal aus; 1855: 8466 M., 1907 dagegen 174 802 M.; mithin war die Zunahme 1965 Proz.

Bei Buer war die Entwicklung eine ähnlich geartete; es gab für seine Lehrpersonen aus:

1855: 17 564 M., 1907 dagegen 307 754 M.; mithin war die Zunahme 1652 Proz.

Endlich sei noch Bottrop zum Vergleiche herangezogen, das folgende Summen ausgab:

1855: 14 029 M., 1907 dagegen 206 539 M.; mithin war die Zunahme 1372 Proz.

Damit haben wir drei typische Vertreter der Industriegemeinden kennen gelernt. Dazu seien drei bauerliche Gemeinden in Gegen-

Tabelle VII. Gesamtkosten des Lehrpersonals.

Landgemeinden	1885	1890	1895	1900	1905	1907
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Recklinghausen-L.	8 466	12 595	21 929	35 671	124 389	174 802
Oer	3 857	3 560	5 672	6 305	9 600	13 000
Suderwich	1 703	2 325	4 947	6 408	16 095	27 830
Waltrop	7 227	7 584	13 700	16 714	19 974	29 054
Henrichenburg	1 041	1 576	1)	1)	1)	1)
Horneburg	1 911	2 031	2 526	2 210	1 806	3 082
Herten	4 329	7 480	24 135	51 330	105 310	130 029
Buer	17 564	21 837	47 227	119 105	206 965	307 754
Horst	7 019	8 272	11 654	33 365	64 925	107 261
Westerholt	—	2 135	1)	1)	1)	1)
Bottrop	14 029	17 119	36 153	67 415	149 823	206 539
Gladbeck	9 069	12 029	21 632	35 910	88 091	150 250
Osterfeld	9 771	11 583	17 675	44 836	83 265	161 265
Wulfen	2 220	2 590	3 075	3 818	5 541	5 815
Lembeck	2 450	2 896	3 900	4 990	5 552	6 887
Hervest	797	1 862	1 896	2 409	3 196	4 769
Altsehmbeck	2 173	2 444	3 026	4 716	5 234	5 771
Erie	888	1 746	1 782	2 592	2 780	2 971
Rhade	863	959	1 354	2 541	2 738	2 965
Iolsterhausen	422	659	1 229	1 411	1 539	1 783
Marl	1 967	2 512	4 316	7 218	8 920	9 829
Polsum	1 976	2 192	1 956	2 192	4 054	4 212
Hamm	900	851	1 077	2 554	2 554	2 982
A.-Ulfskotte	612	987	1 557	2 612	2 551	3 006
Datteln	7 723	8 900	12 520	16 482	21 895	30 995
Ahsen	953	1 037	1 659	2 882	2 944	2 743
Flaeschheim	633	929	1 270	1 552	1 470	1 730
Kirchbellen	—	—	—	—	—	—
	100 623	141 140	245 257	477 238	939 844	1 397 360

satz gestellt. Bei Waltrop betragen die persönlichen Ausgaben in den Jahren:

1885: 7227 M., 1907: 29 054 M.; mithin war die Zunahme 302 Proz.

Bei Lembeck ergibt sich folgende Übersicht über die Entwicklung der Personalkosten:

- 1) Nicht mehr angegeben; im Spezialetat.
2) Angaben fehlen; im besonderen Etat.

1885: 2450 M., 1907: 6587 M.; mithin war die Zunahme 178 Proz., und endlich bei Marl ergab sich an Aufwendungen für das Lehrpersonal:

1885: 1967 M., 1907: 9829 M.; mithin war die Zunahme 400 Proz.

Wir glauben durch die angeführten 6 Beispiele zur Genüge die so auffallend verschiedene Entwicklung in den Industrie- und Agrargebieten beleuchtet zu haben. Wir fanden, daß zwar im allgemeinen die Entwicklung der Personalkosten bei den Agrargemeinden nicht zu unterschätzen ist, denn eine Zunahme von 400 Proz. innerhalb von 22 Jahren, wie es z. B. bei Marl der Fall war, ist keine Kleinigkeit; doch wenn man diesen Ziffern diejenigen der Industriegemeinden gegenüberstellt, so tritt die hervorragende Bedeutung der letzteren klar und deutlich hervor. Was wollen denn z. B. die 400 Proz. bei Marl heißen gegenüber 1965 Proz. bei Recklinghausen-Land. So ließen sich die Gegenüberstellungen bis ins kleinste fortführen.

Weit interessanter erscheint uns die Frage, wieviel Mark an persönlichen Ausgaben in den verschiedenen Jahren auf einen Lehrer entfallen sind. Zu diesem Zwecke ist die nachfolgende Übersicht unerläßlich.

Tabelle VIII.

Etatjahr	Persönliche Ausgaben	Lehrpersonal	Auf einen Lehrer entfallen
	M.		M.
1885	100 623	118	853
1890	141 140	144	980
1895	245 257	208	1194
1900	477 238	325	1468
1905	939 844	531	1770
1907	1 397 360	762	1834

Die Übersicht veranschaulicht, wie die Ausgaben pro Lehrer besonders seit dem Jahre 1890 gestiegen sind. Waren es 1885 erst 853 M., so belief sich die Gesamtaufwendung 1907 auf nicht weniger als 1834 M. Noch durchsichtiger sind die Verhältniszahlen.

Setzen wir nämlich die Kopfquote von 1885 = 100, dann ergibt sich für die übrigen Jahre folgendes Bild:

1890 = 115 1900 = 172

1895 = 140 1905 = 208 1907 = 215.

Wir nehmen demnach von 1885 bis 1905 eine von Jahrfünft zu Jahrfünft progressiv ansteigende Linie wahr. Von 1905 bis 1907, also innerhalb 2 Jahren, war die Zunahmeziffer nicht weniger als 7.

Wie verhalten sich nun gegenüber dieser auffälligen Vermehrung der persönlichen Ausgaben die sächlichen Kosten?

Die sächlichen Aufwendungen, also Ausgaben für den Schulbau, dann für die Unterhaltung der Gebäude und des Inventars usf., sind in der letzten Zeit ebenfalls sehr stark angewachsen. Vergewärtigen wir uns einige Zahlen. Die sächlichen Ausgaben betrugen in den Jahren:

1885: 65 899 M. ¹⁾ 1900: 372 609 M. ²⁾

1890: 53 668 „ 1905: 763 424 „

1895: 134 594 „ 1907: 567 753 „

Die Realkosten sind demnach besonders seit 1890 in andauerndem Aufsteigen begriffen gewesen; sie haben sich bis 1907 beinahe verzehndeinhalfacht. Auch hierbei waren die industriellen Gemeinden durchweg bedeutend höher belastet als die Agrargemeinden; dies ist ja auch ganz erklärlich, denn in ersteren konzentriert sich mit der Arbeiterbevölkerung auch das Bedürfnis nach mehr und besser ausgestatteten Schulanstalten.

Gerade die Schulbauten haben seit den 90er Jahren eine große Bedeutung gewonnen. Hierfür wieder ein paar wichtige Daten.

Die Schulbaukosten beliefen sich in den Jahren:

1885 auf 18 628 M.

1890 „ 3 000 „

1895 „ 53 200 „

1900 „ 306 700 „

1905 „ 420 560 „

1907 „ 235 360 „

Die Ausgaben für diesen Zweck sind demnach keine gleichmäßig ansteigenden, denn sie schwanken fortwährend, da ja das

1) Für Gladbeck ist die Zahl von 1886 eingesetzt.

2) Für Bottrop mußte die Zahl geschätzt werden.

Bedürfnis nach Bauten kein jährlich in demselben Maße wiederkehrendes ist.

Von Interesse ist es endlich, die persönlichen Ausgaben mit den sächlichen zu vergleichen.

1885 bilden d. sächl. Ausg. 39,57 Prz., d. persönl. 60,43 Prz. d. Ges.-Ausg.

1890 „ „ „ „ 27,55 „ „ 72,45 „ „ „

1895 „ „ „ „ 35,16 „ „ 64,84 „ „ „

1900 „ „ „ „ 43,84 „ „ 56,16 „ „ „

1905 „ „ „ „ 44,82 „ „ 55,18 „ „ „

1907 „ „ „ „ 28,89 „ „ 71,11 „ „ „

Halten wir diesen Zahlen das Ergebnis der preußischen Volksschulstatistik vom Jahre 1886 gegenüber, die uns zu dieser Untersuchung veranlaßte.¹⁾ Daraus ergab sich, daß der persönliche Bedarf auf dem Lande 66,6 Proz. und der sächliche Bedarf 33,4 Proz. des Gesamtaufwandes ausmachte. Mit dieser Durchschnittsziffer stimmt nun am ehesten das Jahr 1895 überein, während dies im Jahre 1885 bei uns weniger der Fall war. Daraus ergibt sich für uns der Schluß, daß eben von Jahr zu Jahr das Verhältnis bedeutenden Schwankungen unterworfen ist. Immerhin kann man sagen, daß die persönlichen Kosten die sächlichen übersteigen, wenn auch bald in größerem bald in geringerem Maße. In dem Zeitraum von 1885—1907 bewegten sich bei unsern Landgemeinden die sächlichen Ausgaben in dem Spielraum von rund 28 bis 45 Proz., die persönlichen dagegen von 55 bis 72 Proz.

Nachdem wir die Aufwendungen für die Elementarschulen nach so verschiedenen Richtungen hin untersucht haben, erübrigt sich wohl eine Erläuterung der großen Tabelle, auf die wir hier zwecks genauere Orientierung verweisen. Es wäre weiterhin zwecklos, noch auf die Deckungsfrage einzugehen. Aber auf ein Deckungsmittel müssen wir hier schon zu sprechen kommen, nämlich auf die Staatsbeiträge.

Dabei handelt es sich einmal um die durch die Gesetze von 1888 bzw. 1889, die bereits oben hervorgehoben worden sind, geschaffene Zuschulpflicht des Staates zu der Lehrerbildung und zweitens um die durch das Volksschullehrerbesoldungsgesetz vom 3. März 1897

1) Die Zahlen sind dem Artikel über das Volksschulwesen in v. STENGEL'S Wörterbuch entnommen.

Tabelle IX. Schulwesen (1815—1865).

Landgemeinden	1845			1855			1865		
	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.
Recklinghausen-Land	36449	5336	0,09	37147	—	—	37065	—	—
Oer	615	66	0,07	987	—	—	691	—	—
Sudewich	668	48	0,07	713	—	—	672	—	—
Waltrup	3059	489	0,16	3126	—	—	3135	—	—
Henrichsburg	562	57	0,10	576	—	—	623	—	—
Horneburg	375	105	0,28	355	—	—	374	—	—
Herden	564	78	0,15	972	—	—	919	—	—
Buer	3837	195	0,05	4100	—	—	4142	1125 (Bakters- schule)	0,27
Horst	562	18	0,03	638	—	—	942	—	—
Westerholt	721	12	0,02	760	—	—	746	—	—
Badrop	3065	315	0,10	3412	78	0,02	4023	—	—
Gladbeck	2638	147	0,06	2748	—	—	2724	—	—
Osterfeld	158	273	0,36	1218	30	0,02	1875	—	—
Kirchhellen	2256	46	0,02	2466	46	0,02	2585	—	—
Wullen	1005	486	0,19	1041	477	0,46	1012	—	0,03
Lembek	2037	—	—	2117	1053	0,51	2046	1215	0,61
Herrest	500	—	—	550	810	1,47	578	282	0,49
Altehermbek	986	—	—	940	—	—	899	—	—
Altehermbek	553	—	—	530	130	0,24	574	—	—
Rhade	553	—	—	551	246	0,40	559	357	0,66
Holterhausen	350	—	—	345	246	0,71	321	291	0,91
Marl	2044	1065	0,52	2040	1098	0,49	1922	2730	1,42
Fohum	303	303	0,38	773	—	—	700	—	—
Lamm	716	210	0,41	531	237	0,45	532	363	0,68
A-Ulrikotte	525	525	0,65	525	129	0,24	525	423	0,80
Duteln	3325	477	0,14	3481	—	—	3550	690	0,84
Ahsen	754	42	0,05	750	—	—	818	300	0,36
Flaesheim	342	33	0,09	325	—	—	348	—	—

Die Striche bedeuten, daß nichts angegeben wurde oder nichts zu entdecken war.

Tabelle IX. Schulwesen (1875—1890).

Landgemeinden	1875			1885			1890		
	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schul- ausgaben M.	pro Kopf M.
Recklinghausen-Land	4042	5958	1,40	5407	12222	2,26	6862	19580	2,85
Oer	1000	1497	1,50	1082	2479	2,29	1143	4028	3,52
Sudewich	605	1410	2,33	748	2411	3,22	971	2734	2,82
Waltrup	2972	—	—	3387	7142	2,11	3611	9242	2,56
Henrichsburg	590	—	—	537	2670	3,62	918	2832	3,08
Horneburg	375	—	—	355	2670	3,62	374	2832	3,08
Herden	421	1989	2,16	2263	4852	2,19	3616	4454	2,61
Buer	5002	8749	1,75	7721	22380	2,89	11071	29671	2,68
Horst	2105	3675	1,75	2992	7030	2,35	3875	10666	2,74
Westerholt	745	—	—	860	2147	2,20	1398	3265	3,30
Osterfeld	636	1133	1,76	1075	20859	2,26	1398	3265	3,30
Kirchhellen	3352	5011	1,50	4464	20859	2,26	5635	17655	2,22
Wullen	1013	1119	1,10	1052	2780	2,64	1062	3890	3,66
Lembek	1869	1764	0,94	1942	3120	1,61	1929	3651	1,90
Altehermbek	854	450	0,70	914	2713	2,96	936	2975	3,18
Erle	734	—	—	754	1050	1,39	760	2146	2,81
Rhade	517	585	1,31	569	651	1,28	517	1199	2,33
Holterhausen	330	264	0,80	331	1244	3,76	391	945	2,42
Marl	1858	2652	1,49	1858	3600	1,90	1858	2800	1,50
Fohum	653	528	1,65	833	3600	4,30	833	3600	4,30
Hamm	534	528	0,99	542	980	1,81	570	1100	1,93
A-Ulrikotte	568	711	1,25	555	910	1,64	549	1300	2,37
Duteln	3366	6465	1,92	3493	9822	2,81	3553	11993	3,37
Ahsen	673	642	0,95	641	1565	2,44	647	1258	1,94
Flaesheim	320	741	2,32	350	926	2,65	362	1352	3,82

Die Striche bedeuten, daß nichts angegeben wurde oder nichts zu entdecken war.

Tabelle IX. Schulstatistik. (1890—1907.)

Landgemeinden	1895			1900			1905			1907		
	Ein- wohner	Schul- kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Schul- kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Schul- kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Schul- kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	8 776	32 000	3,63	17 403	148 000	8,50	26 634	289 659	10,88	34 359	314 265	9,15
Ber	1 213	5 240	5,14	1 510	6 993	4,63	2 017	11 793	5,85	2 246	14 050	6,32
Sauer	1 137	5 240	5,14	1 510	6 993	4,63	2 017	11 793	5,85	2 246	14 050	6,32
Walrop	4 137	16 045	3,88	4 403	29 246	6,63	6 106	59 320	9,71	6 814	35 272	5,18
Hartenburg	1 247	4 991	4,00	1 495	5 761	3,86	1 965	9 250	4,71	2 105	11 300	5,37
Hornburg	4 331	3 659	8,49	4 546	2 933	6,37	5 451	3 300	5,97	5 81	3 600	6,09
Herten	6 698	35 916	5,36	12 198	79 932	6,55	15 475	116 368	7,53	17 158	163 045	9,50
Hilse	16 683	95 326	5,72	28 909	187 439 ¹⁾	6,57	40 290	381 432 ¹⁾	9,47	46 156	411 957	9,00
Hilse	16 683	95 326	5,72	28 909	187 439 ¹⁾	6,57	40 290	381 432 ¹⁾	9,47	46 156	411 957	9,00
Hilse	16 683	95 326	5,72	28 909	187 439 ¹⁾	6,57	40 290	381 432 ¹⁾	9,47	46 156	411 957	9,00
Westerholt	15 015	93 191	5,17	24 857	149 817	6,03	34 285	238 333	6,95	35 752	315 768	8,14
Gilbbeck	7 827	29 029	3,75	11 703	72 146	6,16	21 036	161 230	7,67	30 137	230 100	7,63
Westerfeld	7 424	29 820	2,80	12 188	46 546	3,82	20 055	172 140	8,58	23 897	143 151	6,09
Wulfen	1 126	3 930	3,49	1 206	4 717	3,91	1 476	5 492	4,25	1 529	6 557	5,06
Lembeck	1 947	4 750	2,44	1 949	5 975	3,07	2 040	7 462	3,66	2 048	7 953	3,88
Hervest	959	2 286	2,73	980	3 484	3,50	1 397	5 221	3,81	1 700	6 295	3,70
Altenberg	959	3 754	3,91	937	5 450	5,82	969	6 643	6,96	962	6 860	7,13
Blade	548	2 082	2,75	783	3 116	3,98	792	3 417	4,31	824	3 609	4,38
Holterhausen	463	1 485	3,21	671	2 247	3,50	800	2 043	2,50	751	2 439	3,29
Marl	1 923	5 900	3,07	2 199	8 900	4,05	2 761	12 500	4,53	3 506	15 500	4,42
Foßum	881	2 700	3,18	873	3 100	3,55	995	6 100	6,13	1 032	6 800	6,59
Hamm	593	1 350	2,28	623	3 600	5,78	724	4 000	5,52	792	4 500	5,68
Hamme	593	1 350	2,28	623	3 600	5,78	724	4 000	5,52	792	4 500	5,68
Hecklinghausen	3 996	16 213	4,06	4 904	29 531	6,02	5 014	36 000	7,18	5 451	39 000	7,15
Hecklinghausen	3 996	16 213	4,06	4 904	29 531	6,02	5 014	36 000	7,18	5 451	39 000	7,15
Ahsen	655	2 075	3,17	791	3 301	4,21	885	3 431	5,01	677	3 846	5,68
Fläseheim	372	1 375	3,69	372	1 622	4,36	380	1 604	4,22	391	2 136	5,46

1) Geschätzt, da nicht angegeben.

statuierten widerruflichen Staatsbeiträgen zu den Personalkosten. Daß auch unsere Landgemeinden aus den Gesetzen große Vorteile gezogen haben, soll die folgende Übersicht dartun. Darnach beliefen sich die Staatsbeiträge in den Jahren:

1890	39 500 M.
1895	65 210 „
1900	82 630 „
1905	91 671 „
1907	96 860 „

Man ersieht, daß die Staatszuschüsse von 1890 bis 1907 fortwährend gestiegen sind. In den Ziffern von 1900 ab spiegelt sich auch deutlich die Wirkung des Gesetzes von 1897. Im Jahre 1907 belief sich der Gesamtzuschuß des Staates auf nicht weniger als 96 860 M. gegenüber 1905 113 M. Gesamtaufwendungen für die Schulunterhaltung, also etwa der zwanzigste Teil der gesamten Schullast.

Wir haben nun bei der allgemeinen Einleitung zu diesem Abschnitt schon bemerkt, daß neben den Elementarschulen auch Mittelschulen in den großen Landgemeinden anzutreffen sind. Wir erwähnen vor allem die Gemeinden Buer und Bottrop, die neben den ja auch sonst vorkommenden sogenannten Rektoratschulen auch Mittelschulen und höhere Mädchenschulen errichtet haben.

Die Gemeinde Buer, die überhaupt den Charakter einer Stadt trägt, hat z. B. seit 1905 ein Progymnasium nebst Realschule, das 1906 in ein Gymnasium umgewandelt wurde. Der Kreistag hatte dazu einen Kreiszuschuß in Höhe von $\frac{1}{4}$ der nach Abzug der eigenen Einnahmen der Anstalt verbleibenden Ausgaben, höchstens jedoch jährlich 7500 M., auf die Dauer von 10 Jahren nach Errichtung der Anstalt bewilligt, wie wir bei anderer Gelegenheit schon mitgeteilt haben. Daneben besitzt Buer noch eine höhere Mädchenschule. Ähnliche Anstalten hat auch die Gemeinde Bottrop.

Allerdings spielten bisher die Ausgaben der Landgemeinden für diese Zwecke noch eine unbedeutende Rolle. Nach den Anfängen aber, die jetzt gemacht worden sind, scheint auch das Mittelschulwesen in Zukunft eine größere Bedeutung zu erlangen.

c. Vergleich des Elementarschulwesens im Landkreis Recklinghausen mit dem der übrigen Landkreise.¹⁾

In dem vorhergehenden Abschnitt haben wir gesehen, wie die kolossale Bevölkerungskonzentration in den Landgemeinden unseres Kreises die Aufwendungen für das Schulwesen, speziell für die Elementarschulen, in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum auf eine solche Höhe anschwellen ließ, daß man mit Staunen den gewaltigen Ziffern begegnet.

Mit dieser Tatsache allein kann sich jedoch unser Interesse nicht zufrieden geben, da wir auch die Bedeutung des Landkreises Recklinghausen in Bezug auf das Volksschulwesen unter der großen Anzahl der Landkreise kennen lernen wollen. Dabei stützen wir uns auf die offizielle preußische Statistik des Jahres 1905, die neben den 28 Landgemeinden auch noch die Stadt Dorsten, die heute noch dem Kreisverband Recklinghausen angehört, mit berücksichtigt hatte.

Wir wollen nun den Vergleich für folgende fünf Hauptpunkte durchführen: Anzahl der öffentlichen Volksschulen, dann Anzahl der Schulklassen, ferner Anzahl des Lehrpersonals, weiterhin Anzahl der Schulkinder und endlich Gesamtunterhaltungskosten.

Hinsichtlich der Anzahl der öffentlichen Volksschulen nahm Recklinghausen in diesem Jahre unter sämtlichen Landkreisen die achte Stelle ein. Es hatte nämlich nach der Statistik ²⁾ 141 Volksschulen, dagegen z. B. Stolp 184, dann Teltow 162, weiterhin Niederbarnim 160 u.s.f. Die Landkreise Essen und Saarbrücken, die stärker als Recklinghausen bevölkert waren, hatten beide weniger Schulanstalten als unser Kreis (135 bzw. 123).

Noch besser fiel der Vergleich bezüglich der Anzahl der Schulklassen aus, denn hierin stand unser Kreis an fünfter Stelle. Mehr Schulklassen hatten z. B. Niederbarnim (1165), Teltow (554), Essen (754) u.s.f.

Als fünfter Landkreis marschierte Recklinghausen auch hinsichtlich der Anzahl der Lehrpersonen und der Anzahl der Schul-

1) Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat, 1907. Die Statistik hat auch die Stadtgemeinde Dorsten mit einbezogen.

2) Nach unseren zuverlässigen Feststellungen, die sich auf die Budgets stützen, hatten die 28 Landgemeinden allein 141 Elementarschulen.

kinder. An Lehrpersonal zählte der Landkreis 1905: 352 Lehrer und 281 Lehrerinnen, zusammen also 633 Personen; dagegen Schulkinder waren in dem gleichen Jahr 43 593 vorhanden. In beiden Punkten war Recklinghausen von vier Landkreisen überholt worden, nämlich von Teltow, Niederbarnim, Essen und Saarbrücken, die aber auch alle eine größere Bevölkerungszahl aufwiesen. Bezüglich der Höhe der Gesamtschulunterhaltungskosten hatte sich Dortmund an die fünfte Stelle gedrängt, sodaß sich hier Recklinghausen mit seiner Gesamtsumme von nicht weniger als 2 064 300 M. mit der sechsten Stelle begnügen mußte. Die größte Last trug der Landkreis Niederbarnim (4 214 900 M.), während z. B. Essen und Dortmund viel geringere Unterschiede gegenüber Recklinghausen aufwiesen (Essen 2 344 200 M. und Dortmund 2 455 500 M.). Im übrigen spielen ja gerade bei diesen Kosten viele Zufälligkeiten mit.

3. Die Ausgaben für das Armenwesen.

a. Allgemeine Betrachtung.¹⁾

In Preußen wurde die Armenpflege zuerst durch das Gesetz vom 31. März 1842 umfassend geregelt. Danach fiel die Unterhaltung von Arbeits- und Korrektionshäusern, dann Kranken- und Blindenanstalten den Landarmenverbänden (Provinzen und Kreisen) zu, während die Regelung des Ortsarmenwesens den Gemeinden und Gutsbezirken zugewiesen wurde. Für unsere Zwecke kommen nur die Gemeinden in Betracht, denn das Landarmenwesen ist bereits in einem früheren Zusammenhang eingehend gewürdigt worden.

Für die Ortsarmenpflege kann nun nach dem oben zitierten Gesetze allein derjenige Unterstützungsbedürftige in Betracht kommen, der den sogenannten Unterstützungswohnsitz ²⁾ erworben hat. An die Stelle dieser Regelung trat dann das Unterstützungswohnsitzgesetz vom 6. Juni 1870, das prinzipiell nichts änderte und mit einigen Abänderungen heute noch in Kraft ist.

1) Vgl. die Literatur bei den Kreisfinanzen.

2) Der Unterstützungswohnsitz wird erworben entweder durch einjährigen Aufenthalt in einer Gemeinde nach polizeilicher Anmeldung oder aber durch dreijährigen ohne Anmeldung; sein Verlust ist an eine dreijährige Abwesenheit geknüpft.

In welcher Weise nun Unterstützung zu gewähren ist, bestimmt das Armengesetz vom 8. März 1871, zu welchem auch eine Ministerialinstruktion vom 10. April 1871 erlassen worden ist. Danach kann man unterscheiden zwischen Geldunterstützung und Naturalverpflegung. Die letztere geschieht besonders durch Gewährung des unentbehrlichen Lebensunterhalts, ferner durch Pflege in Krankheitsfällen und endlich durch Unterbringung in gemieteten Wohnungen, in Armenhäusern, in Krankenanstalten und Luftkurorten.

Die Geldunterstützung wird aber im allgemeinen der Naturalverpflegung vorgezogen, weil sie die wirtschaftliche Selbständigkeit nicht unterbindet. Andererseits mußte man aber die Erfahrung machen, daß liederliche Elemente das Geld einfach in Spirituosen umsetzten, sodaß hier wieder die Naturalverpflegung vorzuziehen war.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß die Unterstützungspflicht eine endgültige oder vorläufige sein kann, je nachdem nämlich die hilfsbedürftige Person in dem Bezirk des Ortsarmenverbandes ihren Unterstützungswohnsitz hat oder nicht; im letzteren Falle muß der eigentlich verpflichtete Verband die Kosten zurückerstatten.

b. Spezielle Betrachtung.

Wenn wir die finanzielle Seite des Armenwesens in unseren Landgemeinden betrachten, so fällt vor allem wieder der Unterschied der Verhältnisse in den industriellen und agrarischen Gemeinden ins Auge; während nämlich die ersteren im Zusammenhange mit der industriellen Erschließung eine stark zunehmende Belastung durch die Armenfürsorge erfahren haben, zeigt sich bei den bauerlichen Gemeinden seltener eine Zunahme, mitunter sogar eine Abnahme der Armenlast.¹⁾

Doch bevor wir die so verschieden gearteten Verhältnisse in den industriellen und den bauerlichen Bezirken einander gegenüberstellen, ist noch ein Blick auf die Gesamtentwicklung zu werfen.

1) Vgl. M. GLITSCHMANN, Die Belastung des ländlichen Grundbesitzes mit öffentlichen Abgaben, Halle a. S. 1906, S. 61. Er weist darauf hin, daß auf dem Lande größere Sicherheit in den Erwerbsmöglichkeiten besteht.

Die Gesamtausgaben für das Armenwesen betragen in den Jahren:

Tabelle X.

Etatsjahr	Gesamtausgaben	Ausgaben pro Kopf
	M.	M.
1845	1 905	0,05
1875	2 1332	0,47
1905	26 9397	1,27

Danach waren im Jahre 1845 die Ausgaben für das Armenwesen noch sehr gering; betrugen sie ja nur 5 Pfg. pro Kopf. Damals überwog eben noch die private Unterstützung, und das Armenwesen war erst kurze Zeit gesetzlich geregelt.

Die Etats jener Zeit lassen erkennen, daß die heutigen industriellen Gemeinden damals noch fast gar keine Aufwendungen für das Armenwesen machten. Ferner waren bei manchen Gemeinden die Ausgaben für das Armenwesen bei den Aufwendungen für Provinzialzwecke, so z. B. Zuschüsse zu den Landarmenhäusern usw. enthalten. In andern Gemeinden wieder enthielt der Titel „Polizeiliche Aufgaben“ die dafür verrechneten Summen. Kurzum ein genaues Bild ließ sich aus den gesagten Gründen nicht ermitteln.

Allmählich lebte sich nun das Gesetz von 1842 ein, wozu sich dann noch die oben zitierten Gesetze von 1870 bzw. 1871 gesellten. So war es verständlich, daß im Jahre 1875 die Belastung mit Armenausgaben gegenüber 1845 eine bedeutend stärkere geworden war. Die Armenlasten hatten sich bis 1875 mehr als verzehnfacht, die Kopfbelastung dagegen mehr als verneunfacht.

In den folgenden Zeitraum von 1875—1905 fiel dann der große industrielle Aufschwung, der leider auch von einer großen Zunahme der Armut und des Elends begleitet war. Bis 1905 hatten sich die Armenlasten nahezu verdreizehnfacht; die Kopfquote war auf 1,27 M. gegenüber 47 Pfg. 30 Jahre vorher gestiegen.

Wie war nun die Entwicklung in den industriellen Gemeinden? Diese interessante Frage soll folgende Übersicht beantworten. Die Armenlasten betrugen in den Industriegemeinden:

Tabelle XI.

Jahr	Einwohnerzahl der Industriorte	Summe der Armenlasten M.	pro Kopf M.
1845	16 131	405	0,03
1875	25 594	17 146	0,67
1905	176 633	238 195	1,35

Die agrarischen Gemeinden dagegen zeigen folgende Entwicklung:

Tabelle XII.

Jahr	Einwohnerzahl der bäuerlichen Gemeinden	Summe der Armenlasten M.	pro Kopf M.
1845	22 883	1 500	0,07
1875	19 712	4 186	0,21
1905	35 232	31 202	0,89

Im Jahre 1845 war die Belastung der heutigen bäuerlichen Gemeinden noch größer als die der heutigen Industriorte (7 Pfg. gegenüber 3 Pfg. an Kopfquoten). Jedoch bis 1875 hatte sich das Blatt bereits gewendet; die Industriorte hatten inzwischen die Agrargemeinden um ein bedeutendes überflügelt. Denn war die durchschnittliche Belastung 1875: 47 Pfg. pro Kopf, so blieben die Agrargemeinden um 26 Pfg. dahinter zurück, wogegen die industriellen Gemeinden den Durchschnitt um nicht weniger als 20 Pfg. überschritten hatten.

In der Folge nahm nun die Armenfürsorge sowohl bei agrarischen als auch industriellen Gemeinden kolossal zu. War im Jahre 1905 die Kopfbelastung sämtlicher Gemeinden 1,27 M., so blieben die agrarischen Bezirke um 38 Pfg. dahinter zurück, wogegen die industriellen sogar 8 Pfg. mehr pro Kopf ihrer Bevölkerungszahl aufweisen konnten.

Nach diesem allgemeinen Überblick über die Belastung der Landgemeinden, würdigen wir noch die einzelnen Gemeinden für sich, und zwar wählen wir dabei wieder typische Vertreter zur Erläuterung aus. Im übrigen wird auch hier die beiliegende Spezialtabelle gute Dienste leisten.

Tabelle XIII. Armenwesen. (1845—1865.)

Landgemeinden	1845			1855			1865		
	Einwohner	Armenlasten M.	Kopfquote M.	Einwohner	Armenlasten M.	Kopfquote M.	Einwohner	Armenlasten M.	Kopfquote M.
Recklinghausen-Land	3649	90	0,02	3747	1263	0,34	3705	675	0,18
Südewich	915	—	—	987	219	0,22	1071	79	0,07
Waltrop	1118	—	—	113	284	0,29	672	174	0,26
Henrichsburg	3059	420	0,14	3120	1456	0,47	3138	1413	0,46
Horneburg	562	—	—	576	135	0,24	562	134	0,24
Herten	954	—	—	952	75	0,21	919	48	0,02
Herze	3837	192	0,05	4100	867	0,21	4142	1254	0,30
Hilse	122	—	—	128	38	0,30	942	255	0,27
Westerholt	721	—	—	762	141	0,19	740	30	0,04
Botrop	3065	—	—	3412	660	0,24	4230	1310	0,31
Gladbeck	2638	123	0,05	2718	660	0,24	2724	1215	0,44
Osterfeld	758	—	—	1218	—	—	2724	1215	0,44
Waldheim	2509	—	—	2466	—	—	1875	207	0,16
Waldbeck	2506	213	0,08	2466	—	—	2058	903	0,34
Lembeck	2037	—	—	2011	480	0,20	1012	33	0,09
Altsiedernbeck	986	135	0,14	910	135	0,15	2046	168	0,08
Erde	753	60	0,08	727	150	0,21	776	46	0,06
Hüde	554	42	0,08	531	108	0,21	539	45	0,08
Wäckerhausen	350	27	0,08	345	69	0,20	321	27	0,08
Hilse	2011	—	—	2011	350	0,17	1922	354	0,19
Marl	797	—	—	773	99	0,13	1877	187	0,17
Polsum	516	—	—	531	66	0,12	532	80	0,16
Hamm	522	—	—	528	66	0,13	571	80	0,16
A.-Urkette	325	516	0,15	3481	1701	0,49	3559	2010	0,50
Atteln	325	75	0,10	739	129	0,17	818	249	0,30
Alten	341	—	—	325	75	0,23	318	39	0,11
Flaheim	312	3	0,02	—	—	—	—	—	—

Tabelle XIII. Armenwesen. (1875—1890.)

[illegible]

1) 1885. 2) 1886.

2) 1886.

Tabelle XIII. Armenwesen (1895—1907).

[illegible]

Von 1845—1885 lassen sich die Ausgaben kurz behandeln, da die Aufwendungen noch nicht von allzu großer Bedeutung waren. Zu Beginn der 90er Jahre machte sich allenthalben der große Aufschwung bemerkbar. Da wir ja vor allem moderne Kommunal финанzen zu behandeln haben, so ist das Inkrafttreten der neuen Kreisordnung für Westfalen 1887 ein ganz geeigneter Ausgangspunkt unserer Betrachtung. Bis in die 80er Jahre sind vielfach die Ausgaben für das Armenwesen verzettelt und deshalb nicht genau abzuschätzen. Ein Entwicklungsbild läßt sich aber immerhin geben.

Die Gemeinde Recklinghausen-Land z. B. hatte an Armenlasten:

1845	90 M.	1890	6683 M.
1855	1263 „	1895	7411 „
1865	675 „	1900	20200 „
1875	990 „	1905	36515 „
1885	1775 „	1907	46705 „

Wir bemerken, abgesehen von der Unterbrechung in den Jahren 1865 und 1875, eine fortwährende Steigerung. Besonders auffällig aber ist der Sprung von 1885 bis 1890. Denn die Zunahme belief sich auf nicht weniger als 276 Proz. Das erklärt sich daher, daß mit der damaligen industriellen Erschließung viele Arbeiter im Bezirk Recklinghausen-Land konzentriert worden waren. In der Folge war man die hohen Armenlasten gewöhnt, aber bis in die zweite Hälfte der 80er Jahre hatte man sich auf so hohe Aufwendungen noch nicht vorbereitet gehabt. Im Jahre 1907 erreichten sie eine Höhe von 46705 M. gegenüber noch 6683 M. im Jahre 1890. Die Kopfquote hatte sich in dem 62jährigen Zeitraum von 2 Pfg. auf 1,36 M. erhöht.

Ebenso interessant ist die Entwicklung bei Buer, das folgendes Bild zeigt:

1845	192 M.	1890	17500 M.
1855	867 „	1895	28753 „
1865	1254 „	1900	35349 „
1875	3650 „	1905	44791 „
1885	11669 „	1907	64164 „

In der Gemeinde Buer wurde das Ansteigen nie unterbrochen; die absolut größte Steigerung vollzog sich dabei von 1905—1907,

denn in den 2 Jahren war sie nämlich nicht weniger als 19373 M. Im übrigen genügt die Feststellung, daß sich die Armenlast von 1845—1907 mehr als verdreihundertunddreißigfach hat.

Ein ähnliches Bild zeigt auch die Landgemeinde Bottrop. Ihre Armenlast betrug in den Jahren:

1845	— M.	1890	17737 M.
1855	— „	1895	35215 „
1865	1590 „	1900	38515 „
1875	4095 „	1905	47765 „
1885	16000 „	1907	69825 „

Die Gemeinde Bottrop hatte also in den Jahren 1845 und 1855 überhaupt noch keine Armenlast, dagegen stieg die Summe von 1865 an ununterbrochen, bis sie im Jahre 1907 die Höhe von 69825 M. erreicht hatte. Bei Bottrop fällt wie bei Buer und Recklinghausen die absolut größte Anspannung der Armenlasten in den Zeitraum von 1890—1907.

Um nun den Zusammenhang der großen Armenlasten mit der industriellen Erschließung noch plastischer vor Augen zu führen, haben wir zwei Gemeinden ausgewählt, die als Musterbeispiel zu dienen geeignet sind. Es handelt sich nämlich um das industrielle Osterfeld und um die bäuerliche Gemeinde Ahsen.

Im Jahre 1845 hatten Osterfeld und Ahsen fast die gleiche Einwohnerzahl; während aber Osterfeld damals keine Armenlast hatte, verrechnete Ahsen dafür 75 M. Verfolgen wir nun die Entwicklung der Armenlast in beiden Gemeinden.

Gemeinden	1845	1855	1865	1875	1885	1890	1895	1900	1905	1907
Osterfeld	—	—	297	4500	9500	12171	17866	27187	36954	33427
Ahsen	75	129	249	99	200	120	220	220	228	228

Im Jahre 1865 hatte die Gemeinde Osterfeld Ahsen um 48 M. überholt; dagegen im Jahre 1875 waren es schon 4401 M. geworden. Von da ab wurde der Vorsprung von Jahrfünft zu Jahrfünft größer. Eine Ausnahme machte allerdings das Jahr 1907, wo die Belastung Osterfelds etwas zurückgegangen war.

Betrachten wir daneben noch die Verhältnisse in zwei anderen agrarischen Gemeinden. Die Armenlast betrug in Marl:

1845	— M.	1890	2300 M.
1855	267 „	1895	2100 „
1865	354 „	1900	2500 „
1875	— „	1905	3300 „
1885	2000 „	1907	5000 „

Man sieht, auch bei Marl war die Entwicklung immerhin bemerkenswert, wenn auch der Aufstieg bei weitem nicht so in die Augen springt, wie bei den industriellen Gemeinden.

Das Gleiche ist von der Gemeinde Waltrop zu bemerken, die an Armenlasten aufwies:

1845	420 M.	1890	2917 M.
1855	1680 „	1895	3906 „
1865	1443 „	1900	4290 „
1875	1431 „	1905	6400 „
1885	3031 „	1907	6300 „

Die Gemeinden Waltrop und Marl gehören mit zu den größten mehr bäuerlich gefärbten Gemeinden und weisen demgemäß auch die größeren Belastungsziffern auf. Die kleineren und kleinsten Gemeinden dagegen, wie z. B. Ahsen, Fläseheim, Hamm und Horneburg, die ja die überwiegende Mehrzahl bilden, sind auch viel geringer belastet; so war z. B. die Armenlast bei Horneburg im Jahre 1907 nur 400 M. oder 68 Pfg. pro Kopf.

Wenn man die bisherige Entwicklung bei den bäuerlichen Gemeinden betrachtet, so ist die Tatsache nicht zu bestreiten, daß im allgemeinen ihre absoluten Belastungsziffern ebenso wie bei den Industriegemeinden fortwährend gestiegen sind. Aber auf was es dabei besonders ankommt, ist das Maß der Zunahme; und da spielen natürlich die Industriegemeinden die Hauptrolle. Allerdings ist die Wahrnehmung zu machen, daß neuerdings die Kopfbelastung bei den industriellen Gemeinden nicht selten gegen die Vorjahre zurückgegangen ist, so z. B. verweisen wir auf Buer, das noch 1895 eine Kopfbelastung von 1,79 M., 5 Jahre später aber nur noch eine solche im Betrage von 1,24 M., dann weitere 5 Jahre darauf sogar nur noch eine in Höhe von 1,11 M. aufzuweisen hatte, bis sie dann schließlich im Jahre 1907 wieder auf 1,40 M. gestiegen war.

Daß die Armenausgaben nicht immer entsprechend der Bevölkerungszahl höher geworden sind, kann als eine erfreuliche Tatsache registriert werden, denn darin zeigt sich eben die Wirkung der Sozialgesetzgebung des Reiches. Soviel als Erläuterung zur Spezialtabelle, die uns Aufschluß über die Gesamtsummen geben soll.

Es wird sich nun die weitere Frage erheben, wie die Mittel für die verschiedenen Zwecke der Armenfürsorge im allgemeinen verwendet worden sind. Wir stützen unsere diesbezüglichen Feststellungen auf die Gemeindebudgets, wobei noch zu bemerken ist, daß nur wieder auf einige hervorragende Gemeinden eingegangen werden kann.

In der Gemeinde Recklinghausen spielten die Geldspenden von jeher die Hauptrolle, dagegen seit neuester Zeit beansprucht auch das Gemeindeversorgungsheim in Hochlar erhebliche Aufwendungen. Um die Art der Unterstützung besser zu vergegenwärtigen, bringen wir die wichtigsten Zahlen.

Etatsjahr	Geldspenden und Mieten M.	Arzt und Arzneikosten M.	Pflegekosten außerh. d. Anstalt. M.	Anstaltspflege M.
1885	3000	190	288	—
1890	5500	250	843	—
1895	6525	285	341	60
1900	14550	450	4000	1200
1905 ¹⁾	18000	405	11000	2400
1907 ²⁾	22000	535	11000	4500

Die Übersicht läßt erkennen, daß die Hauptposten besonders in der zweiten Hälfte der 90er Jahre rasch angewachsen sind; das gilt vor allem für die Geldspenden und Mieten und ferner für die Pflegekosten. Bei letzteren sind neuerdings die Aufwendungen für Nichtortsangehörige in den Vordergrund getreten. Die geringste Belastung verursachen auch heute noch die Ärzte und Arzneikosten.

1) Dazu kamen noch die Unterhaltungskosten des Armenhauses zu Speckhorn (3000 M.)

2) Die Anstalt in Hochlar erforderte außerdem 5540 M. an Unterhaltungskosten.

Noch interessanter ist eine Übersicht über die Verhältnisse in Buer. Seine Armenlasten verteilen sich in den verschiedenen Jahren:

Etatsjahr	Armenärzte	Arzt- und Arzneikosten	Pflege-Ortsarmer in ausw. Anstalt.	Allgem. Armenpflege	Armenhausinspektor
	M.	M.	M.	M.	M.
1887	—	1500	2000	6000	—
1890	—	3500	6000	4500	—
1895	—	9000	4044	11000	1500
1900	600	12000	6000	12000	1500
1905 ¹⁾	1150	16000	3000	17000	2070
1907 ²⁾	2769	8000	8000	22000	2430

Zu der Übersicht ist vorzuschicken, daß die verschiedenartige Einteilung der Etats in Buer und Recklinghausen einen Vergleich unmöglich macht. Zu der Verteilung der Armenlast in Buer selbst ist hervorzuheben, daß nur die Kosten für die allgemeine Armenpflege, also für Geldspenden, Mieten usf., fortwährend gestiegen sind; dagegen war es bei den Aufwendungen für Pflege von Waisenkindern und von Ortsarmen in auswärtigen Anstalten nicht der Fall. Immerhin sind auch hierfür bedeutende Summen zu verrechnen gewesen. Bemerkenswert ist schließlich noch die neuerdings erfolgte Anstellung eines Armeninspektors.

Betrachten wir endlich noch die Verteilung der Armenlast in Bottrop:

Etatsjahr	Fundationen	Sammelposten „Armenpflege“	Anstalten	Armenpflege
	M.	M.	M.	M.
1885	—	—	2709	15000
1890	—	—	2757	15000
1895	43	35215	—	—
1900	43	38515	—	—
1905	43	47765	—	—
1907	43	80115	—	—

1) Dazu gesellten sich noch unvorhergesehene Ausgaben (4000 M.).

2) Fernerhin sind zu erwähnen Ausgaben für Kranke und Krankenhäuser (24000 M.).

Die Übersicht über die Verteilung der Armenlast in Bottrop erlaubt kein tieferes Eindringen, weil nur bis 1890 inkl. die einzelnen Hauptposten in den Budgets getrennt vorzufinden waren. Denn seit dem Jahre 1895 sind in der Übersicht die Ausgaben für Anstalten, für die sonstige Armenpflege und für Kur- und Arzneikosten zu einem Gesamtposten vereinigt. Immerhin läßt sich doch das starke Anwachsen seit Mitte der 90er Jahre wahrnehmen.

Übersichtlicher und klarer als die Armenbudgets der Industriegemeinden kamen uns die der hauptsächlichsten bauerlichen Gemeinden vor, auf welche wir noch etwas eingehen wollen.

Die Gemeinde Waltrop verteilte ihre Mittel für das Armenwesen auf folgende Hauptposten:

Jahr	Wöchentliche Geldspenden	Verpflegung	Mietszuschuß, Brennmaterial etc.	Kur- und Begräbniskosten
	M.	M.	M.	M.
1885	900	1628	200	303
1890	1660	533	288	303
1895	2000	850	560	303
1900	2000	850	950	382
1905	3400	1229	850	611
1907	2500	1700	1150	262

Die Hauptrolle spielen die wöchentlichen Geldspenden und die Verpflegungskosten, wenn auch beide hinsichtlich ihrer Höhe nicht in fortdauernder Steigerung begriffen waren.

Noch viel einfacher als bei Waltrop gestalteten sich die Verhältnisse bei Marl, wie folgende Tabelle ersehen läßt.

Jahr	Unterhaltung des Armenhauses	Unterstützung
	M.	M.
1885	31	2150
1890	31	2269
1895	31	2069
1900	31	2469
1905	31	3269
1907	31	5269

Das Budget enthielt außer den Unterhaltungskosten für das Armenwesen, die sehr unbedeutend sind, nur noch einen Posten, der die gesamte sonstige Armenunterstützung zusammenfaßt und sich seit 1885 etwa verzweieinhalbacht hat.

Damit glauben wir sowohl die Entwicklung und die Bedeutung der Armenpflege in unseren Landgemeinden, als auch den Einfluß der industriellen Erschließung auf die Gestaltung der Armenlasten genügend gekennzeichnet zu haben.

4. Die Ausgaben für das Verkehrswesen.

a. Allgemeine Betrachtung.¹⁾

Die Gemeinden sorgen für das Verkehrswesen durch Anlage von kunstmäßig ausgebauten Straßen, ferner von Brücken und schließlich von Kanälen. Für unsere Landgemeinden spielen die Straßen die Hauptrolle, weshalb wir auf sie unsere Hauptaufmerksamkeit zu richten haben.

Bezüglich der allgemeinen Bemerkung zum Wegewesen verweisen wir auf die ausführlichen Auseinandersetzungen gelegentlich der Behandlung der Kreischeusse. Soviel kann hier nochmals gesagt werden, daß die Gemeinden wie der Kreis erst dann zur chausseemäßigen Unterhaltung ihrer Straßen verpflichtet sind, wenn sie einen dahingehenden, bestätigten Beschluß gefaßt haben. Für unsere Landgemeinden bildet bekanntlich der Vergleich vom Jahre 1866 den Ausgangspunkt für die Klärung der wegerechtlichen Verhältnisse. Wie wir bei den Kreisfinanzen gesehen haben, gewannen seitdem die Ausgaben für das Chausseewesen auch bei den Gemeinden eine stets wachsende Bedeutung; und besonders seit den 90er Jahren wuchsen die Summen im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung ins Riesenhafte, wie sofort zu zeigen sein wird.

b. Spezielle Würdigung.

Zur allgemeinen Orientierung lassen wir wieder zuerst einige zusammenfassende Zahlen über die Entwicklung des Verkehrswesens folgen.

¹⁾ Vgl. die Literatur bei den Kreisfinanzen.

Die Belastung mit Ausgaben für das Wegewesen, Durchlässe, Brücken und Kanäle in der Gesamtheit der Landgemeinden war:

Tabelle XIV.

Jahr	Einwohnerzahl	Gesamtkosten	pro Kopf der Bevölkerung
		M.	M.
1845	39 014	20 571	0,53
1875	45 306	25 350	0,56
1905	211 565	606 976	2,86
1907	253 293	593 667	2,34

Von 1845—1875 waren demnach die Ausgaben für das gesamte Verkehrswesen nur wenig gestiegen. Anders jedoch in dem Zeitraum von 1875—1905¹⁾; in diesem Zeitraum stiegen sie beinahe um das Fünfundzwanzigfache. Erklärlich wird die Erscheinung durch die seit Ende der 80er Jahre rapid zunehmende Industrialisierung des Landkreises. Die Wege wurden bald für den intensiven Verkehr unbrauchbar, und Neupflasterungen, Basaltierungen usw. waren an der Tagesordnung.

Dazu gesellten sich dann auch die Kosten für die Neuanlage vieler Chausseen, die ja bekanntlich vom Kreis in seine Unterhaltung genommen worden sind. Ja, seit Ende der 90er Jahre ließ die Kreisverwaltung die Neubauten durch eigenes Personal ausführen, sodaß die Landgemeinden nur noch Zuschüsse zu den entstehenden Kosten zu leisten hatten.

So war es möglich, daß von 1875—1905 die Kosten für das Verkehrswesen von 25 350 M. auf 606 976 M. gestiegen sind. Noch durchsichtiger wird die Entwicklung durch Gegenüberstellung der Kopfquoten; hatten sich doch die letzteren in derselben Zeit von 56 Pf. auf 2,86 M. erhöht. Im Jahre 1907 dagegen war die Kopfquote wieder etwas geringer geworden (2,34 M.), doch ist das von keiner größeren Bedeutung.

Vergleichen wir nun die Verhältnisse in den Industrie- und in den Agrargemeinden. In den ersteren ergibt sich folgendes Bild:

¹⁾ Vor dem Jahre 1885 sind vielfach die Unterhaltungskosten von sonstigen Bauten mit einbegriffen; doch wird das Resultat dadurch kaum beeinflußt. Seit 1885 konnte man die Wegelaukosten ausgliedern.

Tabelle XV.

Jahr	Einwohnerzahl	Gesamtausgaben für Verkehrswesen	pro Kopf der Be- völkerung
		M.	M.
1845	16 131	9 306	0,58
1875	25 594	14 460	0,56
1905	176 633	529 955	3,00
1907	212 825	514 967	2,42

Stellen wir daneben die Entwicklung in den bauerlichen Gemeinden:

Tabelle XVI.

Jahr	Einwohnerzahl	Gesamtausgaben für Verkehrswesen	pro Kopf der Be- völkerung
		M.	M.
1845	22 883	11 265	0,49
1875	19 712	10 890	0,55
1905	35 232	76 991	2,19
1907	40 468	78 700	1,94

Wir haben das gewöhnliche Bild: stärkere Belastung der Industriegemeinden und geringere Belastung bei den bauerlichen Gemeinden. Aber die letzteren spielen hinsichtlich der Kosten des Verkehrswesens doch nicht die unbedeutende Rolle, an die wir seither gewöhnt waren.

Die Industriegemeinden bewegten sich mit Ausnahme von 1875 über den Mittelsatz der Kopfbelastung, während die Agrargemeinden sich fortwährend unter dem Durchschnitt hielten. Am nächsten kamen sie ihm noch im Jahre 1875 (55 Pfg. gegenüber 56 Pfg.).

Schließlich ist in der allgemeinen Betrachtung noch ein Blick auf die von höheren Kommunalverbänden und anderen Gemeinden gewährten Beihilfen zum Wegewesen zu werfen.

Die letzteren betrugen:

1890	—	M.
1895	—	"
1900	72 660	"
1905	6 000	"
1907	35 000	"

Vor dem Jahre 1900 scheinen noch keine solche Zuschüsse gewährt worden zu sein, wenigstens fanden wir keine in den Etats. Daß sie von Jahr zu Jahr hinsichtlich ihrer Höhe außerordentlichen Schwankungen unterworfen sind, ist leicht einzusehen, weil sie ja auch als außerordentliche Zuwendungen gedacht sind.

Nunmehr haben wir unsere Aufmerksamkeit noch der Entwicklung in den einzelnen Landgemeinden zuzuwenden.

Wenn wir nun auch in der Hauptsache auf die beiliegende Spezialtabelle verweisen müssen, so können wir doch an ein paar Beispielen dieselbe erläutern und zwar einmal an industriellen und zweitens an agrarischen Gemeinden.

Zunächst einige Worte über die Verhältnisse in der Gemeinde Recklinghausen-Land. Von 1845—1890 haben sich die Kosten für das Verkehrswesen nahezu verzehnfacht; sie stiegen nämlich von 780 M. auf nicht weniger als 7500 M. Trotzdem hatte in diesem Zeitraum die Belastung nicht mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten; so war die Kopfquote im Jahre 1845: 21 Pfg., dagegen im Jahre 1875 nicht weniger als 1,54 M. Aber dann sank sie bis 1885 auf 1,20 M. und bis zum Jahre 1890 sogar auf 1,09 M.

Seit dem Jahre 1890 setzte dann wieder ein großer Aufschwung ein. Im Jahre 1895 betrug die absolute Belastung 34000 M., während die Kopfbelastung auf nicht weniger als 3,87 M. gestiegen war.

Das war jedoch erst der Auftakt gewesen. Denn bis zum Jahre 1900 hatten sich die absoluten Kosten auf 79100 M. erhöht, dagegen hatte die Belastung pro Kopf den Betrag von 4,55 M. erreicht. Von den Gesamtkosten entfielen auf die Unterhaltung der Chausseen 32000 M., ferner auf verschiedene Grunderwerbungen 29100 M. und endlich auf die Unterhaltung gewöhnlicher Wege 18000 M.

Noch viel ausgabenreicher war das Jahr 1905; betrug doch die absolute Belastung nicht weniger als 140800 M., die Kopfquote sogar 5,29 M. Von den Gesamtkosten wurden allein 74500 M. für die Chausseierung dreier Straßen und für die Kanalisierung einer Straße verrechnet.

Im Jahre 1907 waren die Erfordernisse für das Verkehrswesen wieder geringer geworden (114300 M. bzw. 3,33 M.).

Noch auffälliger ist die neueste Entwicklung in der Gemeinde

Tabelle XVII. Wegewesen und ähnliches (1845—1865).

Landgemeinden	1845			1855			1865		
	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	3649	780	0,21	3747	1290	0,34	3705	2970	0,80
Oer	915	1095	1,20	987	480	0,49	1071	495	0,46
Suderwich	668	6	0,01	713	240	0,34	672	540	0,80
Waltrop	3069	2745	0,90	3126	1800	0,58	3135	990	0,32
Wittenburg	375	66	0,12	376	375	0,98	923	375	0,40
Hornburg	954	635	0,67	900	300	0,33	919	930	1,01
Kirchellen	3837	1836	1,92	3722	900	0,24	4142	2010	0,49
Baer	562	1327	0,40	4100	660	0,16	942	450	0,48
Horst	562	201	0,36	638	480	0,75	746	240	0,32
Baerholt	721	2117	0,16	760	120	0,16	746	240	0,32
Recklinghausen	3251	2168	0,70	3412	900	0,26	4923	1360	0,34
Gladbeck	2658	2168	0,82	2748	1800	0,65	2748	1200	0,43
Osterfeld	758	624	0,82	2388	300	0,25	1273	200	0,13
Kirchellen	2506	114	0,04	2466	600	0,24	2658	600	0,23
Wulfen	1005	90	0,09	1041	216	0,21	1012	195	0,19
Jandek	2037	315	0,15	2177	300	0,13	2046	315	0,15
Altekermbek	986	90	0,09	850	66	0,12	878	51	0,11
Erie	753	75	0,10	727	90	0,12	716	240	0,31
Rhade	554	90	0,16	531	150	0,28	539	90	0,17
Höferhausen	350	—	—	345	60	0,17	321	60	0,19
Mari	2044	594	0,29	2040	282	0,14	1922	330	0,17
Hamm	516	87	0,08	773	150	0,19	700	156	0,22
A.-Uffkotte	522	69	0,13	598	5	0,01	532	375	0,70
Datteln	3525	2193	0,62	3481	3000	0,86	3559	1212	0,35
Ahsen	754	—	—	759	105	0,14	818	150	0,18
Fischeln	342	—	—	325	15	0,05	348	60	0,17

Tabelle XVII. Wegewesen und ähnliches (1875—1890).

Landgemeinden	1875			1885			1890		
	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf	Ein- wohner	Bau- etc. Kosten	pro Kopf
Recklinghausen-Land	4042	6240	1,54	5407	6500	1,20	6862	7500	1,09
Oer	1000	1200	1,20	1082	1800	1,66	1143	1800	1,57
Suderwich	665	1200	1,98	748	1500	2,01	971	1800	1,86
Waltrop	2972	3175	1,07	3367	3600	1,07	3618	2100	0,58
Wittenburg	375	654	1,73	337	360	1,07	918	1050	1,14
Hornburg	954	180	0,51	950	150	0,37	388	277	0,71
Kirchellen	921	1350	1,47	2263	1500	0,66	3616	5000	1,38
Baer	5002	2160	0,43	7721	5358	0,69	11071	4000	0,36
Horst	2105	720	0,34	2962	2200	0,74	3875	2000	0,52
Baerholt	654	1140	1,74	670	100	0,15	748	1000	1,34
Gladbeck	2953	750	0,11	9755	2900	0,30	13505	7000	0,52
Osterfeld	3352	900	0,27	4464	4000	0,90	5648	7000	1,24
Kirchellen	2745	1530	0,57	3006	11895 ¹⁾	0,30	5385	3000	0,56
Wulfen	1043	195	0,19	1032	325	0,30	3196	1800	0,57
Jandek	1826	515	0,16	1941	325	0,17	1800	800	0,45
Altekermbek	882	150	0,15	742	210	0,23	781	100	0,13
Erie	734	150	0,20	754	210	0,23	936	150	0,16
Rhade	517	180	0,35	509	63	0,12	517	180	0,35
Höferhausen	330	60	0,18	321	186	0,58	331	60	0,18
Mari	1858	1350	0,72	1833	300	0,16	1851	1200	0,65
Hamm	534	270	0,51	512	300	0,58	570	500	0,87
A.-Uffkotte	568	396	0,70	555	400	0,72	549	400	0,73
Datteln	3366	1485	0,44	3493	3645	1,04	3553	6900	1,94
Ahsen	673	117	0,17	641	630	0,98	647	740	1,14
Fischeln	320	30	0,09	350	30	0,09	362	325	0,30

1) 1886.

Tabelle XVII. Wegewesen und ähnliches (1895—1907).

Landgemeinden	1895				1900				1905				1907			
	Einwohner	Bau- etc. Kosten M.	pro Kopf M.	pro Kopf M.	Einwohner	Bau- etc. Kosten M.	pro Kopf M.	pro Kopf M.	Einwohner	Bau- etc. Kosten M.	pro Kopf M.	pro Kopf M.	Einwohner	Bau- etc. Kosten M.	pro Kopf M.	pro Kopf M.
Becklinghausen Land	8 776	34 000	3,87	17 403	79 100	4,55	26 634	5,29	34 350	111 300	3,23	3,23				
Oer	1 213	2 000	1,65	1 510	5 012	3,31	2 017	5 885	2 216	6 009	2,68	2,68				
Suderwich	1 253	2 840	2,27	1 488	5 072	3,41	3 971	57 900	14 559	4 562	25 629	5,62				
Waldrop	4 137	4 000	0,97	4 403	11 200	2,54	6 196	13 443	2 17	6 814	11 085	1,63				
Herriedenburg	1 247	1 000	0,80	1 435	1 800	1,20	1 985	1 500	0,92	2 105	1 650	0,78				
Hilfingberg	6 698	5 300	0,79	12 346	11 050	1,92	15 354	30 000	0,90	17 891	31 500	0,85				
Herten	16 031	50 690	3,16	28 500	24 000	0,84	40 290	39 100	0,27	46 156	171 391	3,24				
Buer	5 063	2 000	0,40	11 283	10 000	0,89	11 587	40 000	2,69	18 164	25 000	1,38				
Hors.	1 196	300	0,25	1 757	2 800	1,48	2 153	4 510	2,09	2 625	3 600	1,37				
Waterloot	18 015	30 000	1,67	24 857	57 210	2,30	34 285	55 000	1,60	38 752	50 000	1,29				
Glasp.	7 951	4 000	0,50	11 703	45 770	3,91	21 036	45 000	2,14	30 137	55 522	1,85				
Giesfeld	7 324	8 750	1,20	11 703	15 000	1,28	15 000	20 000	1,33	15 000	20 000	1,33				
Osterfeld	3 342	5 000	1,50	3 646	20 000	5,79	4 071	20 000	4,91	4 378	20 000	4,59				
Kirchhellen	3 342	5 000	1,50	3 646	20 000	5,79	4 071	20 000	4,91	4 378	20 000	4,59				
Wullen	1 126	500	0,44	1 206	1 500	1,24	1 291	2 000	0,93	1 297	2 000	0,93				
Lembeck	1 947	500	0,26	1 949	1 500	0,77	2 040	2 000	0,98	2 048	4 000	1,95				
Herresz	841	100	0,12	980	4 000	4,05	1 397	1 000	0,72	1 700	2 183	1,24				
Altenhambek	758	100	0,13	937	800	0,85	969	800	0,83	962	800	0,83				
Erle	544	70	0,13	581	400	0,69	616	300	0,48	684	300	0,44				
Riade	463	60	0,13	671	500	0,75	890	800	0,40	751	800	1,07				
Holterhausen	1 923	1 200	0,62	2 199	1 000	0,45	2 761	2 500	0,91	3 506	3 400	0,97				
Marl	581	600	0,68	873	600	0,69	993	1 400	1,41	1 032	1 400	1,36				
Boisum	581	600	0,68	873	600	0,69	993	1 400	1,41	1 032	1 400	1,36				
Ilse	611	400	0,65	923	100	0,16	724	700	0,97	792	700	0,88				
A.-Ulrikte	3 996	7 050	1,70	3 906	20 500	7,55	5 014	18 000	3,30	6 129	18 000	3,30				
Datteln	655	1 000	1,52	701	1 000	1,43	885	500	0,73	677	1 120	1,65				
Absen	372	350	0,97	372	450	1,21	580	450	1,18	391	450	1,15				
Flaeshelm																

Suderwich. Bis zum Jahr 1895 waren die Gesamtkosten des Verkehrswesens wenig bemerkenswert. Da setzte aber auch hier der Aufschwung ein.

Im Jahre 1895 waren 2840 M. verrechnet worden, was einer Kopfbelastung von 2,27 M. gleichkam. Aber schon bis zum Jahre 1900 hatten sich die entsprechenden Ziffern auf 5 072 bzw. 3,41 M. erhöht, also ein ganz bemerkenswerter Anlauf. Derselbe stand jedoch in keinem Verhältnis zu demjenigen in der Zeitspanne 1900—1905.

Im Jahre 1905 beliefen sich nämlich die Gesamtkosten des Verkehrswesens auf nicht weniger als 57 960 M., demnach auf das Elfache gegenüber dem Jahre 1900. Die Kopfquote war inzwischen riesenhaft geworden; betrug sie doch im gleichen Jahre nicht weniger als 14,59 M., womit Suderwich bisher den Rekord aufgestellt hatte. Von den Gesamtkosten entfielen auf Straßenpflasterungen allein 27 500 M.; daneben spielten noch die Aufwendungen für eine Entwässerungsanlage (5 000 M.) und für Grunderwerbungen (5 000 M.) eine größere Rolle.

Bis zum Jahre 1907 war dann die Belastung auf 25 629 M. bzw. 5,62 M. pro Kopf zurückgegangen. Aber auch mit dieser Relativzahl stand Suderwich noch an der Spitze der Landgemeinden.

Endlich seien noch der Verhältnisse in der industriellen Landgemeinde Buer Erwähnung getan. Bei ihr fällt uns vor allem das Unruhige und Unbeständige der Entwicklung auf.

Im Jahre 1845 betrug die Kopfbelastung 40 Pfg., 1885 dagegen 69 Pfg. und endlich im Jahre 1890 nur 36 Pfg., also weniger als im Jahre 1845; in der gleichen Periode waren die absoluten Ziffern von 1 527 M. auf 4 000 M. gestiegen, wenn auch dazwischen Jahre mit höheren Gesamtkosten lagen, so z. B. das Jahr 1885 mit 5 358 M.

Seit dem Jahre 1890 erfolgte dann der bekannte Anlauf im Zusammenhang mit der industriellen Entfaltung im Südwesten des Landkreises. Im Jahre 1895 belief sich nämlich die Gesamtausgabe für die Förderung des Verkehrs auf nicht weniger als 50 690 M. oder 3,16 M. pro Kopf. Doch der Aufschwung dauerte nicht lange an: schon im Jahre 1900 waren die Belastungsziffern nur 24 060 M., bzw. 84 Pfg. pro Kopf, worin sich bis zum Jahre 1905 nicht viel geändert zu haben scheint.

Vom Jahre 1905—1907 fand hingegen wieder eine kolossale

Steigerung statt. So waren im Jahre 1907 an Gesamtausgaben für die Förderung des Verkehrswesens nicht weniger als 171591 M. zur Verrechnung gekommen, was einer Kopfbelastung von 3,72 M. entsprach. Von den Kosten seien besonders hervorgehoben: eine Summe von 60 000 M. für Straßenneubauten, dann für Unterhaltung von Chausseen, Wegen und Brücken ein Gesamtbetrag von 35 000 M. und endlich ein Posten in Höhe von 30 000 M. für Anlegung und Unterhaltung von Bürgersteigen usf. Daneben spielten noch die Kosten für Herstellung von Kanalschlüssen (17 000 M.) eine gewisse Rolle.

Nunmehr sind noch die Verhältnisse einiger bäuerlichen Gemeinden zu dem bisher Gesagten in Vergleich zu bringen.

Bei der Landgemeinde Kirchhellen fallen vor allem die Daten seit dem Jahre 1895 in die Augen. Sie betrugen in dem gleichen Jahre insgesamt 5000 M. oder pro Kopf 1,50 M. Wenn die Belastung für eine bäuerliche Gemeinde auch nichts Außergewöhnliches bedeutet, so gilt das doch von den Ziffern des Jahres 1900, wo für das Wegewesen nicht weniger als 20 000 M. oder pro Kopf 5,49 M. verrechnet worden waren.

In den Jahren 1905 und 1907 war die relative Belastung wieder geringer geworden, nämlich 4,91 M. bzw. 4,72 M., da eben die Bevölkerung zugenommen hatte, dagegen die Gesamtausgabe auf dem Stand von 1900 stehen geblieben war.

Auch bei der Gemeinde Hervest ist allein die Entwicklung seit Mitte der 90er Jahre von Interesse. Noch im Jahre 1895 war die Belastung mit Ausgaben für Wege und Brücken 100 M. bzw. 12 Pfg. pro Kopf. Dann setzte auch hier der bemerkenswerte Aufschwung ein; 1900 hatten die Kosten eine Höhe von 4000 M. bzw. 4,05 M. pro Kopf erreicht.

Doch 1905 war die Belastung auf 1000 M. bzw. 72 Pfg. gesunken, um aber dann wieder bis zum Jahre 1907 auf 2153 M. bzw. 1,24 M. zu steigen.

Ein sehr abwechslungsreiches Bild gewährt auch die Gemeinde Marl. Sie hatte schon in der Zeit vor 1895 verhältnismäßig hohe Kopfquoten gehabt, so z. B. im Jahre 1875: 72 Pfg. In der neuesten Zeit blieb sie nicht selten hinter jenen Ziffern zurück, so z. B. in den Jahren 1895 und 1900. Seitdem scheint sie dann wieder einen Anlauf zu höheren Ausgaben genommen zu haben.

denn in den Jahren 1905 und 1907 figurierten die Kopfquoten in einer Höhe von 91 bzw. 97 Pfg.

Wir können abschließend sagen, daß die absolute Belastung mit Ausgaben für das Verkehrswesen in den industriellen Landgemeinden bedeutend größer ist, als in den bäuerlichen Gemeinden, wenn auch nicht gezeugnet werden darf, daß die relative Last in manchen der letzteren nicht nur der in den industriellen Gemeinden gleichkommt, sondern sie sogar noch überholt hat.

5. Die Ausgaben an „Insgemein“.

Nachdem wir bisher die für die Gemeindeangehörigen allerwichtigsten Aufwandszwecke erörtert haben, erübrigt sich noch auf zwei Punkte einzugehen, die zwar nicht unwichtig sind, aber doch an Bedeutung hinter den anderen Ausgabtiteln zurückbleiben: nämlich der Kreiszuschlag und die Ausgaben für Beleuchtung und Feuerwehresen.

Daß wir mit dieser Behauptung Recht haben, erhellt aus der Tatsache, daß im Jahre 1905 die Ausgaben für die Verwaltungszwecke, das Schulwesen, das Armenwesen und endlich das Verkehrswesen nicht weniger als 87 Proz. der Gesamtausgaben aller Landgemeinden ausgemacht hatten. Wir glaubten daher auch die Ausgabeposten für den Kreiszuschlag und für das Feuerwehr- und Beleuchtungswesen unter der gemeinsamen Überschrift „Ausgaben an Insgemein“ zusammenfassen zu können.

a. Der Kreiszuschlag.¹⁾

Die Gemeinden müssen bekanntlich zu den Kreislasten mit beitragen, und zwar durch Erhebung der Kreissteuern. Wie bereits früher ausgeführt, werden außer den Realsteuern auch noch die Einkommensteuer mit Zuschlägen belastet und zwar seit dem Kreisratsbeschuß vom 25. November 1887 auch die erste Stufe der Klassensteuer bzw. Einkommensteuer (von 420 bis 600 M.), dagegen ist von einer Heranziehung der fingierten Klassensteuerbeträge (mit unter 420 M. Jahreseinkommen) Abstand genommen worden.

Im übrigen haben die sämtlichen Gemeinden des Kreises Recklinghausen bereits im Jahre 1887 gemäß der Schlußbestimmung

¹⁾ Vgl. Kreisfinanzen unter Kreissteuern.

des § 11 der K.O. beschlossen, die entfallenden Anteile an den Kreisabgaben nicht im Wege besonderer Unterverteilung auf die steuerpflichtigen Individuen, sondern auf dem Wege der Kommunalbesteuerung (durch Zuschläge zu den Staatssteuern) aufzubringen.

Wie gestaltete sich nunmehr die Belastung mit den Ausgaben? Die beste Antwort wird die Spezialtabelle erteilen, wenn wir auch ein paar Bemerkungen dazu für notwendig erachten.

Tabelle XVIII. Kreiszuschlag.

Landgemeinden	1888	1890	1895	1900	1905	1907	1908
	M.	M.	M.	M.	M.	M.	M.
Recklinghausen-Land	9 293	7350	12 000	25 000	50 000	105 000	115 000
Oer	1 097	600	780	1 025	3 500	4 600	5 500
Suderwich	837	460	600	1 600	7 000	12 000	13 000
Waltrup	3 979	3979	4 675	5 500	11 050	16 000	17 000
Henrichenburg	435	435	525	1 300	2 518	3 547	3 700
Horneburg	319	319	357	500	848	1 148	1 200
Herten	3 324	2816	26 000	20 000	39 500	53 618	55 500
Buer	11 858	9206	32 000	30 000	110 000	142 995	137 751
Horst	2 509	1523	3 500	15 000	37 500	50 000	53 000
Westerholt	1 011	708	900	1 800	2 430	4 347	3 937
Bottrup	11 251	9119	30 503	29 000	75 000	100 000	100 000
Gladbeck	6 370	5260	6 173	23 000	55 000	75 000	90 000
Osterfeld	4 609	3152	10 600	13 000	37 500	82 000	81 000
Kirchhellen	3 715	2512	3 000	6 630	8 200	10 100	10 000
Wulfen	375	—	200	1 215	1 900	2 600	2 710
Lembeck	625	—	300	1 478	2 350	3 203	3 200
Hervest	295	—	130	1 270	3 000	5 000	5 000
Altschermbek	291	—	130	540	1 100	1 100	1 355
Erle	237	—	125	550	1 000	1 250	1 250
Rhade	148	—	80	300	600	880	970
Holsterhausen	161	—	80	355	900	1 400	1 650
Marl	1 995	1300	1 700	1 700	3 800	5 100	5 100
Polsum	1 066	800	1 000	900	1 550	2 030	2 030
Hamm	256	80	210	600	830	1 170	1 170
A.-Ulfkotte	443	260	430	500	950	1 200	1 200
Datteln	6 544	4552	6 803	6 300	9 000	14 000	15 000
Ahsen	251	75	140	597	1 000	1 000	1 200
Flaesheim	190	57	72	391	700	800	500
Summe:	75 494	54 386	142 723	190 654	498 726	700 988	732 583

Auffällig ist, daß das Jahr 1890 einen erheblichen Rückgang der Kreisabgaben aufweist, und daß fernerhin die Gemeinden der sogenannten Herrlichkeit Lembeck überhaupt keine Kreislasten hatten. Das ist nun darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1890 nur Kreisabgaben für die Verzinsung der Wegebauschuld zu ent-

richten waren, die Gemeinden der Herrlichkeit Lembeck aber, wie uns bekannt, an den vestischen Chausseen nicht interessiert waren. Die übrigen Kreisauflagen konnten damals mit den Überweisungen aus den landwirtschaftlichen Zöllen bestritten werden.

Im übrigen waren die Kreisabgaben pro Kopf der Bevölkerung im gleichen Jahre 72 Pf. Bis zum Jahre 1895 war die Summe bereits auf 142 723 M. angeschwollen, gegenüber 54 386 M. im Jahre 1890. Das ist auch ganz erklärlich, denn die Überweisungen waren verschwunden, dagegen die Kreisforderungen waren erhöhte geworden. Pro Kopf der Bevölkerung waren damals nicht weniger als 1,45 M. zu entrichten, also das Doppelte gegenüber dem Jahre 1890.

Wenn nun auch der Kreiszuschlag bis zum Jahre 1900 fortwährend ein größerer geworden ist, so stand diese Vermehrung jedoch in keinem Verhältnis zur Bevölkerungsvermehrung; denn im Jahre 1900 verursachte die für die Landgemeinden verrechnete Gesamtsumme in Höhe von 190 654 M. nur eine Kopfbelastung von 1,28 M. Doch, da folgte bis 1905 wieder einmal ein großer Aufschwung: die Kreislast erhöhte sich auf nicht weniger als 498 726 M. oder 2,35 M. pro Kopf. Aber schon nach 2 Jahren bezifferte sich die Kopfquote auf 2,76 M., da der Kreiszuschlag der sämtlichen Landgemeinden sich stärker erhöht hatte, als die Bevölkerungszahl in der gleichen Zeit gewachsen war.

Wie man aus der Übersicht noch entnehmen kann, hatten die industriell gefärbten Gemeinden natürlich wieder die größeren Summen aufzubringen gehabt; allen voran die Riesengemeinde Buer, welche im Jahre 1907 an Kreisabgaben nicht weniger als 142 895 M. aufzubringen hatte. Es folgten dann Recklinghausen-Land mit 105 000 M., Bottrup mit 100 000 M., Osterfeld mit 82 000 M., Gladbeck mit 75 000 M. usw. Die am geringsten belasteten Gemeinden waren: Flaesheim (800 M.), Rhade (880 M.), Ahsen (1000 M.), Altschermbek (1100 M.), und schließlich Horneburg (1148 M.). Auch wieder ein Beitrag zum Kapitel „die differenzielle Belastung in Industrie- und Agrargemeinden“.

b. Beleuchtung und Feuerwehrgewesen.

Wir schicken voraus, daß die Ausgabeposten für diese beiden Zwecke in manchen Gemeinden nicht selten bei den Kosten der Amts- und Gemeindeverwaltung enthalten waren, sodaß diese von

uns zweimal berücksichtigt werden mußten, nämlich einmal des Zusammenhanges wegen bei den Verwaltungskosten und zweitens nochmals bei der hier folgenden Spezialbetrachtung.

Im folgenden zunächst ein paar Daten über die Belastung in der neuesten Zeit. Es wurden für Beleuchtung und Feuerwehrwesen ausgegeben:

1890	6 498 M.
1895	10 747 „
1900	35 027 „
1905	94 931 „
1908	162 185 „

Seit dem Jahre 1895 wurden die Ziffern bemerkenswert, während sie vorher noch eine geringe Rolle spielten; so gab z. B. im Jahr 1890 die Gemeinde Bottrop für diese Zwecke 1900 M. aus und stand damit an erster Stelle. Als dann in der Folge die Gesamtausgaben weiterstiegen und im Jahre 1895 die Höhe von 10 747 M. erreicht hatten, befand sich Bottrop immer noch an der Spitze (es hatte nämlich 4050 M. dafür verrechnet).

In der Periode 1895 bis 1900 verdreieinhalbfachten sich dann die Gesamtposten; sie stiegen nämlich auf nicht weniger als 35 027 M., wovon Buer allein für Beleuchtungszwecke 7000 M. verrechnet hatte.

Ebenso bemerkenswert war der Aufschwung bis zum Jahre 1905, wo sich die Gesamtausgaben auf 94 931 M. bezifferten. Die größten Posten verausgabten davon die industriellen Landgemeinden Buer (19 200 M.), Bottrop (17 310 M.), Gladbeck (16 500 M.) und schließlich Recklinghausen-Land (11 630 M.).

Schon drei Jahre nachher, im Jahre 1908, hatten die 28 Landgemeinden die ersten 100 000 M. weit überschritten, denn die Gesamtbelastung war nicht weniger als 162 185 M. Die Reihenfolge der am meisten belasteten Gemeinden war diesmal folgende:

1. Recklinghausen-Land . . .	34 362 M.
2. Buer	32 050 „
3. Bottrop	23 400 „
4. Gladbeck	21 500 „
5. Herten	15 700 „
	<hr/>
	127 012 M.

Diese 5 Industriegemeinden verwendeten insgesamt 127 012 M. für das Beleuchtungs- und Feuerwehrwesen, also etwa 75 Proz. der Gesamtsumme, währenddem auf die übrigen 23 Gemeinden nur noch 22 Proz. entfielen.

II. Das Einnahmewesen der Landgemeinden.

Hier können wir auf im allgemeinen Teil unserer Betrachtungen Gesagtes verweisen, wo wir hervorhoben, daß die Landgemeinden bei der Deckung ihrer Ausgaben in der Hauptsache auf Steuern angewiesen, wenn sie auch vor Inanspruchnahme der Steuerquelle einen möglichst großen Teil ihres Bedarfs durch andere ordentliche Einnahmequellen, wie Vermögensbesitz, gewerbliche Unternehmungen und endlich Gebühren und Beiträge decken sollen.

Die Reihenfolge unserer Ausführungen wird sich auch hier wie bei Behandlung der Kreisfinanzen der oben gekennzeichneten anzuschließen haben. Nach Erledigung der ordentlichen Einnahmen wird noch ein Blick auf das Schuldenwesen zu werfen sein.

Welche Rolle nun die verschiedenen Einnahmequellen spielen, sei durch einige Ziffern jetzt schon angedeutet. Die sämtlichen Landgemeinden bezogen im Jahre 1907 pro Kopf ihrer Bevölkerungszahl aus:

1. dem Vermögensbesitz	0,22 M.
2. den gewerblichen Unternehmungen . . .	0,32 „
3. den Gebühren und Beiträgen	0,76 „
4. den indirekten Steuern	1,10 „
5. den direkten Steuern	19,10 „

Also, mit der Reihenfolge nimmt die Wichtigkeit zu, und trotzdem halten wir an dieser Aneinanderfolge aus den bekannten Gründen fest. Die Staatsregierung sähe es lieber, wenn aus den Steuern weniger Einnahmen gewonnen werden müßten, d. h. wenn die übrigen ordentlichen Einnahmequellen in dem Finanzwesen der Kommunen eine wichtigere Rolle spielen würden.

1. Die Einnahmen aus Grund- und Gebäudebesitz und ferner aus Kapitalien.¹⁾

Hier dienen bekanntlich als Einnahmequellen einmal die Verpachtung von Grund und Boden, dann die Vermietung von Wohn-

¹⁾ Vgl. v. KAUFMANN a. a. O., Band II. S. 13 ff. und S. 66 ff.

gen und Gebäuden und endlich die Unterbringung von Kapitalien bei Sparkassen, Banken, Privaten usw.

Es fragt sich nun, wie sich diese Einnahmen bei unseren Landgemeinden entwickelt haben. Darüber soll zuerst eine allgemeine Übersicht orientieren:

Tabelle XIX.

Jahr	Bevölkerung	Einnahmen M.	Pro Kopf der Bevölkerung M.
1853	40 491	576	0,01
1864	38 427	10 515	0,27
1875	43 306	11 979	0,26
1890	76 116	14 067	0,18
1895	98 294	18 726	0,19
1900	149 421	19 738	0,13
1905	211 865	36 298	0,17
1907	253 293	55 713	0,22

Die Tabelle zeigt uns eine absolute Zunahme der Einnahmen aus Grundbesitz und Kapitalien von 576 M. im Jahre 1853 auf 55 713 M. im Jahre 1907; in einem Zeitraum von 54 Jahren demnach eine Verhundertfachung.

Aber trotzdem sind die Einnahmen aus Grundbesitz und Kapitalien im Laufe der Entwicklung immer unbedeutender geworden, wenn man sie in Verhältnis setzt zu den Einnahmen aus anderen Quellen. Das drückt sich auch in der Gestaltung der Relativzahlen aus, die zwar von 1853 bis 1864 in Zunahme begriffen waren; aber dann scheinen sie nicht weiter gestiegen zu sein, sondern weisen seitdem eher eine Tendenz zum Sinken auf.

Betrag die Kopfquote 1853 nur 1 Pf., so erreichte sie 11 Jahre später den Betrag von 27 Pf., um dann fortgesetzten Schwankungen zu unterliegen, bis sie schließlich im Jahre 1907 den Satz von 22 Pf. erreicht hatte.

Von Interesse wird es schließlich noch sein, die Verhältnisse in den einzelnen Landgemeinden zu würdigen; diesem Zwecke sei vor allem die Spezialtabelle auf S. 193 gewidmet.

Die Tabelle läßt zunächst ersehen, daß die Einnahmen aus Grundbesitz in neuester Zeit stärker gewachsen sind als diejenigen aus Kapitalien, denn in dem Zeitraum von 1890 bis 1907 haben

Tabelle XX. Einnahmen aus Grundbesitz und Kapitalien.

Landgemeinden	1853 Grund-Kap. besitz M.	1864 Grund-Kap. besitz M.	1875 Grund-Kap. besitz M.	1890 Grund-Kap. besitz M.	1895 Grund-Kap. besitz M.	1900 Grund-Kap. besitz M.	1905 Grund-Kap. besitz M.	1907 Grund-Kap. besitz M.
Recklingh.-Land	3	1704	2100	47	682	31	703	1539
Suderwich	27	333	909	95	415	199	427	281
Waltrop	6	103	909	277	266	51	337	84
Hemmenburg	9	45	56	121	702	188	469	179
Hornburg	66	21	74	21	74	197	45	170
Herten	—	28	13	21	13	177	546	516
Hörst	—	750	40	59	1346	986	172	804
Westerbolt	—	240	—	108	787	660	1093	122
Bettrop	—	360	—	259	561	499	559	187
Glabbeek	—	750	—	1381	1364	1554	1029	854
Herrfeld	—	1410	—	556	707	611	1034	743
Kirchhagen	—	1140	—	206	684	381	781	681
Wulfen	—	63	—	39	391	104	760	78
Lembeck	15	240	171	1	99	1	104	439
Hervest	—	66	—	286	2	270	2	270
Alsgersmück	—	36	—	3	217	3	150	3
Riese	—	12	—	—	352	—	352	—
Holderhausen	—	18	—	—	49	—	49	—
Marl	186	1005	1065	6	386	26	335	33
Polsum	—	105	831	—	299	—	392	—
Hamm	—	300	915	—	527	—	680	—
A.-Ulfotte	126	639	2238	6	507	—	535	—
Alsen	135	30	474	5	170	123	490	677
Flasheim	—	30	255	6	26	19	82	19
				5	13	4	14	4
				3203	10 864	5509	13 217	5677
				14 061	10831	25 467	16592	29 211

sich die letzteren etwa verdreieinhalbfacht, die ersteren dagegen etwa verfünffacht.

Weiterhin ist die Wahrnehmung zu machen, daß die industriellen Gemeinden im allgemeinen aus den Grund- und Kapitalvermögen größere Erträge hervorholten, als die agrarischen, wenn auch bei letzteren relativ große Summen vorgekommen sind, so z. B. bei Waltrop, Westerholt usf.

Nur bei wenigen Gemeinden spielten die Erträge aus dem Grundbesitz eine größere Rolle als diejenigen aus dem Kapitalvermögen, so z. B. bei Waltrop, welches im Jahre 1907 aus dem Grundbesitz Einnahmen im Betrage von 1115 M. verrechnen konnte, denen nur 175 M. aus dem Kapitalbesitz gegenüberstanden.

Hinsichtlich der Gesamthöhe der Einnahmen war bei den einzelnen Gemeinden keine gleichmäßig fortschreitende Linie festzustellen; demgemäß standen auch in den verschiedenen Jahren die verschiedensten Landgemeinden hinsichtlich ihrer Bezugshöhe an der Spitze, so war es im Jahre 1905 und 1907 Recklinghausen-Land, dagegen noch im Jahre 1900 die Gemeinde Bottrop.

2. Die Einnahmen aus gewerblichen und gemeinnützigen Unternehmungen.¹⁾

a. Allgemeine Vorbemerkungen.

Im Interesse der Kommunal- und Finanzwirtschaft sind auch gewerbliche Unternehmungen sehr zu begrüßen. Dabei sind nun manche wegen ihres tatsächlichen Monopolcharakters ohne Anstand von der Gemeinde zu übernehmen, so vor allem die Verkehrsanstalten, ferner die Gaswerke usf. Bei anderen wieder erhebt sich die Frage, ob nicht etwa die Privattätigkeit in ihrem berechtigten Rahmen eingeengt wird, so z. B. bei der Errichtung von Kommunalgasthäusern.

b. Spezielle Betrachtung.

Zuerst wieder eine allgemeine Orientierung über die seitherige Entwicklung der Einnahmen aus gewerblichen Unternehmungen.²⁾

¹⁾ Vgl. v. KAUFMANN a. a. O., S. 42 ff.

²⁾ Bei diesen Ziffern sind die Verwaltungskosten natürlich berücksichtigt worden.

Tabelle XXI.

Jahr	Bevölkerung	Gesamteinnahmen	pro Kopf
		M.	M.
1890	76 116	—	—
1895	98 294	—	—
1900	149 421	13 600	0,09
1905	211 865	45 397	0,21
1907	253 293	51 387	0,32

Im allgemeinen sind die Einkünfte aus gewerblichen Unternehmungen bisher noch gering. Im Jahre 1900 waren es erst pro Kopf 9 Pf., dann 1905 immerhin 21 Pf. und schließlich 1907 32 Pf.

Daß diese Ziffern beachtenswert sind, geht daraus hervor, daß bisher nur wenige Gemeinden überhaupt gewerbliche und gemeinnützige Anstalten hatten; nämlich abgesehen von 7 Industriegemeinden war es nur noch in 3 agrarischen Gemeinden der Fall.

Vergegenwärtigen wir uns nun die Entwicklung der in Betracht kommenden Gemeinden an der Hand der Spezialtabelle (s. S. 196).

Was zunächst die gesamten Einnahmen anbelangt, so haben sie sich, wie aus den Verhältniszahlen hervorgeht, von 1900 bis 1908 verzweifacht. An dieser Zunahme haben vor allem die industriellen Gemeinden auch Anteil gehabt.

An erster Stelle ist dabei Recklinghausen zu nennen, das von 1905 bis 1908, also in einem Zeitraum von 3 Jahren, seine Einnahmen nicht weniger als versechseindeinhalbfacht hat. Die Einnahmen des Jahres 1905 (7450 M.) flossen aus der Beteiligung an der elektrischen Straßenbahn Herten-Wanne. Dazu gesellten sich im Jahre 1907 vor allem die Erträge aus dem Betrieb zweier Gemeindegasthäuser in Höhe von etwa 12 000 M. hinzu. Von 1907 bis 1908 stiegen dann die Einnahmen von 23 220 M. auf nicht weniger als 48 465 M.; davon entfielen auf den Reinertrag dreier Gemeindegasthäuser 19 425 M., ferner auf die Einnahmen aus der Beteiligung an der obenerwähnten Straßenbahn 11 220 M., weiterhin auf Erträge an Abgaben für elektrisches Licht 6000 M. und endlich auf die Reineinnahmen aus dem Betriebe der Gasanstalt 12 000 M.

Tabelle XXII. Einnahmen aus gewerbli. u. gemeinnützigen Anstalten.

Landgemeinden	1900 M.	1905 M.	1907 M.	1908 M.
Recklinghausen-Land	—	7 480	23 220	48 465
Oer	—	—	—	—
Suderwich	—	—	—	11 000
Waltrop	—	4 618	3 657	2 345
Henrichsburg	—	—	—	—
Horneburg	—	—	—	—
Herten	5500	27 760	27 760	39 680
Buer	—	—	—	19 550
Horst	—	—	—	—
Westerholt	—	—	—	—
Botrop	300	300	700	10 700
Gladbeck	7600	11 769	11 600	25 100
Osterfeld	—	—	—	2 500
Kirchellen	—	—	—	—
Wulfen	—	—	—	—
Lembeck	—	—	—	—
Hervest	—	—	—	—
Altschermbek	—	—	—	—
Erle	—	—	—	—
Rhade	—	—	—	—
Holsterhausen	—	—	—	—
Marl	—	—	—	—
Polesum	—	—	—	—
Hamm	—	—	—	—
A.-Ulfbotte	—	—	—	—
Datteln	—	—	14 000	9 000
Ahsen	—	750	450	450
Fläheim	—	—	—	—
Summe:	13 600	45 397	81 387	168 790
Verhältniszahlen	100	333,80	599,43	1241,10

Auch die Gemeinde Herten hatte fortwährend steigende Erträge aus ihren gewerblichen Anstalten zu ziehen vermocht.

Bereits im Jahre 1900 verrechnete die Finanzverwaltung eine Einnahme von 5500 M., und zwar aus dem Betrieb der Gasanstalt und aus Beteiligungen. Die Reineinnahmen verfünffachten sich dann bis zum Jahre 1905; von der Gesamtsumme in Höhe von 27 760 M. entfielen 13 200 M. auf Erträge aus der Beteiligung an der elektrischen Straßenbahn Herten-Wanne und 14 560 M. auf das Betriebsergebnis der Gasanstalt. Im Jahre 1907 war die Gesamteinnahme gegenüber 1905 unverändert geblieben, wohingegen im Jahre 1908 ein Reinertrag von 39 680 M. figurierte (aus dem Betrieb der Gasanstalt 21 200 M. und aus der Beteiligung an der Straßenbahn 18 480 M.).

Während die Landgemeinde Buer erst seit 1908 durch die Errichtung eines Schlachthauses Einnahmen aus gewerblichen Unternehmungen (19 550 M.) verrechnen konnte, hatte Botrop zwar schon seit 1900 solche zu verzeichnen, aber diese spielten bis zum Jahre 1908 nur eine unbedeutende Rolle im Vergleich zu denen der Gemeinden Herten und Gladbeck. Bis zum Jahre 1908 brachten nämlich nur die Unterhaltung der Gemeindewege einige hundert Mark ein, bis dann endlich eine Gasanstalt errichtet wurde.

Bei der Gemeinde Osterfeld spielte demgegenüber bisher das Volksgartenrestaurant die Hauptrolle, welches im Jahre 1908: 2500 M. einbringen sollte.

Wenn wir zum Schluß noch die Verhältnisse in den kleineren Gemeinden beleuchten sollen, so nennen wir Datteln, welche seine Einnahmen aus dem Betriebe zweier Gasthäuser zieht; dann Waltrop, welches eine Gasanstalt besitzt, ferner Suderwich mit seinem Gemeindegasthaus und endlich noch Ahsen, das seine spärlichen Erträge dem Betrieb einer Fähre über die Lippe zu danken hat.

3. Die Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen.

a. Allgemeines.¹⁾

Wenn auch für die Landgemeinden schon durch den § 17 der L. G. O. vom 19. März 1856 eine allgemeine gesetzliche Grundlage zur Gebührenerhebung gegeben worden war, spielten die Gebühren wie auch die Beiträge doch erst seit dem Inkrafttreten des K. A. G. vom 14. Juli 1893 eine größere Rolle.

Nach diesem Gesetze dürfen einmal Verwaltungsgebühren erhoben werden und zwar für die Genehmigung und Beaufsichtigung von Neubauten, Umbauten und anderen baulichen Herstellungen, dann für die Ordnungs- und feuerpolizeiliche Beaufsichtigung von Messen, Märkten usw.; Benützungsgebühren dagegen müssen bei denjenigen Veranstaltungen eingefordert werden, die einzelnen Gemeindeangehörigen usw. zum Vorteil gereichen, soweit die Gemeinden nicht durch Erhebung von Beiträgen oder durch Mehr- oder Minderbelastung einen Ausgleich der Kosten herbeiführen können, also z. B. die Marktstandsgelder und die Schlachthausbenützungsgebühren.

¹⁾ Vgl. v. KAUFMANN a. a. O., S. 97 ff.

Beiträge können die Gemeinden zur teilweisen Deckung der Kosten für Herstellung und Unterhaltung von Veranstaltungen im öffentlichen Interesse erheben, und zwar von den hieran besonders interessierten Grundbesitzern und Gewerbetreibenden. Die häufigste Anwendung finden die Beiträge bei Kanälen, Ent- und Bewässerungsanlagen.

b. Spezielle Betrachtung.

• Betrachten wir zuerst die Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen im allgemeinen.

Tabelle XXIII.

Jahr	Bevölkerung	Gebühren M.	Beiträge M.	Zusammen M.	pro Kopf M.
1890	76 116	15 521	1 800	17 321	0,23
1895	98 294	17 325	2 273	19 601	0,20
1900	119 421	28 820	49 589	78 409	0,52
1905	211 855	43 529 ¹⁾	26 790	70 319	0,33
1907	253 293	77 457 (53 030)	60 994	138 451 (191 511)	0,55 (0,76)

Die Gebühren sind demnach fortwährend gewachsen, die Beiträge dagegen weisen fortwährend wechselnde Summen auf. Im ganzen jedoch sind Gebühren und Beiträge fortdauernd größer geworden; sie haben sich nämlich von 1890—1907 etwa vervielfacht. Die seit 1905 in die Gemeindeetats übernommenen Mittelschulgelder haben außerordentlich zur Erhöhung der Gesamteinnahmen beigetragen.

Wenn wir noch mit einigen Worten auf die Verhältnisse in den einzelnen Gemeinden eingehen, so geschieht es vor allem deswegen, um die Verschiedenartigkeit der hier in Betracht kommenden Einnahmen zu beleuchten.

Im Jahre 1890, also noch vor der Regelung durch das K. A. G., spielten die Erhebungsgebühren und die Marktstandsgelder noch die Hauptrolle. Wenn nun auch bis zum Jahre 1895 der Gesamtertrag aus Gebühren und Beiträgen nicht sonderlich größer geworden

1) Die Benutzungsgebühren für die Mittelschule in Buer mußte außer Betracht gelassen werden, weil nur der Spezialetat diese Ausgabe enthält. Nach dem Etat von 1906 mögen es 13 200 M. gewesen sein. — Die untenstehenden Ziffern deuten an, wie sich das Verhältnis gestaltet, wenn man die Mittelschulgelder berücksichtigt.

war (19 601 M.), so ist doch beachtenswert, daß u. a. Bauaufsichtsgebühren und Kanalschlußbeiträge bereits eine Rolle spielten. So verrechnet z. B. die Gemeinde Bottrop 2 000 M. an Bauaufsichtsgebühren und die Gemeinde Gladbeck 1 040 M. an Kanalschlußbeiträgen. In dem gleichen Jahre ist ebenfalls sehr beachtenswert, daß die Gemeinde Horst den Eingang an Mahngebühren mit nicht weniger als 3 000 M. veranschlagt hatte.

Besonders ertragreich an Gebühren und Beiträgen war das Jahr 1900, wo nicht weniger als 78 409 M. nach dem Voranschlage eingingen. Von bemerkenswerten Daten heben wir hervor, daß z. B. in der Gemeinde Buer von dem Gesamtertrag (95 000 M.) an Mahngebühren allein 5 000 M. verrechnet wurden; daß ferner in der Gemeinde Herten die Kanalschlußbeiträge in Höhe von 40 000 M. die Hauptrolle spielten, demgegenüber in Gladbeck die Interessentenbeiträge für den Entwässerungskanal (4 170 M.) ganz zurücktraten, und daß endlich die Gemeinden der Herrlichkeit Lembeck in der Hauptsache auf Jagdscheingeldererhebungsgebühren angewiesen waren.

Im Jahre 1905 waren die Eingänge aus Beiträgen gegenüber 1900 allenthalben bedeutend geringer geworden, hingegen diejenigen aus Gebühren noch fortwährend im Steigen begriffen. Inzwischen hatten auch verschiedene Gemeinden das Beitragswesen der Anlieger bei Anlegung von Gemeindefstraßen und Bürgersteigen geregelt, so die Gemeinden des Amtes Recklinghausen, in welchen man den Eingang mit je 1 000 M. verrechnet hatte.

Von den anderen Beiträgen heben wir besonders hervor, daß die Gewerkschaft Augusta Viktoria in Recklinghausen-Land 3 000 M. für die Besoldung eines Polizeiergeanten der Gemeindekasse überwies, da ja gerade die Zechenverwaltungen ein hervorragendes Interesse an der Aufrechterhaltung der guten Ordnung haben. Von den verschiedenen Gebührenarten kann ebenfalls nicht erschöpfend in diesem Zusammenhang gesprochen werden; wir führen nur an, daß z. B. die Gemeinde Herten 9 000 M. an Kanalgebühren einnahm, demgegenüber die Eingänge aus Mahn- und Bauaufsichtsgebühren (3 700 M. und 2 000 M.) eine geringere Rolle spielten. Neu waren, wie schon oben hervorgehoben, die Mittelschulgelder, von welchen z. B. die Gemeinde Buer 13 200 M. vereinnahmte.

Im Jahre 1907 endlich waren die Gesamteinnahmen aus Ge-

bühren und Beiträgen einschließlich Mittelschulgelder nahe an 200 000 M. herangekommen (191 511 M.). Außer den bisher schon öfter erwähnten Gebühren- und Beitragsarten, spielten diesmal auch die Mittelschulgelder und die Anliegerbeiträge eine Hauptrolle. Beliefen sich doch die Schulgelder, die in den Gemeindebudgets angegeben waren, auf nicht weniger als 53 030 M., während die Anliegerbeiträge z. B. in der Gemeinde Recklinghausen-Land mit einem Gesamtbetrag von 38 000 M. verrechnet wurden.

Trotzdem nun die Einnahmen aus Gebühren und Beiträgen in der neuesten Zeit eine verhältnismäßig so große Bedeutung erlangt haben, so müssen wir doch abschließend sagen, daß die Landgemeinden ihre Finanzwirtschaft auf diese Einnahmequellen allein weder stützen können noch auch stützen sollen. Immerhin sind sie als Entgelt für besondere Leistungen und Vorteile freudig zu begrüßen.

4. Das Steuerwesen.

a. Allgemeine Betrachtung.¹⁾

In der Provinz Westfalen regelte die L. G. O. vom 19. März 1856 zuerst das Gemeindebesteuerungsrecht; insbesondere wurden damals die Forensen und die juristischen Personen für abgabepflichtig erklärt. Doch von einer einheitlichen Reform konnte man erst dann sprechen, als das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 in Kraft getreten war, denn dasselbe machte vor allem der Willkür, mit der bis dahin die Zuschläge zu den direkten Staatssteuern, insbesondere zu der Einkommensteuer, erhoben worden waren, ein Ende.

Das Gesetz überwies einmal den Gemeinden die Realsteuern, die zunächst noch mit Zuschlägen belastet werden sollten, in Zukunft aber als besondere Steuern nach dem Prinzip von Leistung und Gegenleistung gedacht wurden, wie z. B. Grund- und Gebäude-

1) Vgl. Schön a. a. O., S. 222 ff., S. 232 ff., S. 262 ff.; v. BITTER a. a. O. Art. Kommunalabgabengesetz; v. KAUFMANN a. a. O., Bd. II, S. 112 ff., 284 ff.; v. STENGL a. a. O., Art. Gemeindesteuern (REITZENSTEIN); REITZENSTEIN im Handbuch der politischen Ökonomie, Bd. III, S. 617 ff.; LAUTERBACH, Die Staats- und Kommunalbesteuerung, Berlin 1906, S. 230 ff.; A. WAGNER, a. a. O., Teil IV, S. 64 ff., S. 75 ff.

Tabelle XXIV. Gebühren und Beiträge (1890—1907).

Landgemeinden	1890		1895		1900		1905		1907	
	Gebühren	Beiträge	Gebühren	Beiträge	Gebühren	Beiträge	Gebühren	Beiträge	Gebühren	Beiträge
Recklinghausen-Land	135	1200	419	1200	334	—	455	4000	496	38000
Ostbevern	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Süderrich	21	—	33	—	41	—	121	1000	125	1000
Waltrop	30	—	30	—	20	—	63	1000	1500	2200
Heimrathen	278	—	10	—	—	—	—	773	1100	—
Hornburg	—	—	5	—	—	—	5	—	—	—
Herten	289	—	1215	—	2515	—	6	—	—	—
Recklinghausen	100	—	2010	—	2310	—	1500	7500	16500	9000
Horst	85	—	127	—	—	—	4710	5100	1510	4000
Westerholt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bedrop	6119	600	8750	33	8100	1498	11200	600	16000	600
Gladbeck	300	—	80	—	3375	5770	5685	6517	39169	10794
Overfeld	2919	—	2180	—	910	—	2400	1100	1100	3000
Walden	121	—	217	—	—	—	—	—	—	—
Wülfrath	279	—	—	—	75	—	189	—	200	—
Lembeck	—	—	—	—	181	—	181	—	187	—
Hervert	—	—	—	—	60	—	150	—	150	—
Alteisenbeck	—	—	—	—	121	—	126	—	126	—
Erla	—	—	—	—	56	—	50	—	53	—
Recklinghausen	—	—	—	—	60	—	70	—	90	—
Holsterhausen	—	—	—	—	12	—	28	—	66	—
Marl	185	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Polsum	40	—	—	—	—	—	204	—	150	—
Hamm	19	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A.-Uffelte	35	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Dahlhausen	2053	—	30	—	10	—	80	—	—	—
Alten	635	—	43	—	3	—	7	—	—	—
Flaeschheim	202	—	2	—	2	—	5	—	—	—

1) Dazu 13 200 M. Schulgeld, 2) dazu 4 500 M. Schulgeld, 3) 28 900 M. Schulgeld, 4) 13 730 M. Schulgeld, 5) 6 000 M. Schulgeld.

steuern nach dem gemeinen Wert, dann als gewerbliche Kopfsteuern¹⁾ usf.

Ferner regelte das Gesetz vor allem die Belastung der Einkommensteuer mit Zuschlägen dahin, daß die Realsteuern mit dem gleichen, aber höchstens mit dem eininhalbfachen Betrag der Zuschläge zur Staatseinkommensteuer belastet werden müssen, es sei denn, daß die Realsteuern und die Einkommensteuerzuschläge bereits 150 Proz. betragen; in diesem Falle können die weiteren Zuschläge zur Einkommensteuer je 2 Proz. für je 1 Proz. weitere Erhöhung der Realsteuern erreichen. Die Einkommensteuer darf freigelassen werden oder niedriger belastet werden, als oben angedeutet wurde, solange die kommunalen Realsteuern hundert Prozent des Staatssteuersatzes nicht übersteigen.

Das Gesetz machte aber nicht nur auf die Durchführung des Prinzips von Leistung und Gegenleistung aufmerksam, sondern verwies die Gemeinden auch ausdrücklich auf die Ausbildung der indirekten Steuern, soweit sie nicht unter die Verbrauchssteuern fallen, von denen nur die Bier- und Schlachtsteuer gestattet wurden. Von den sonstigen indirekten Steuern spielen besonders die Luxus- und Hundesteuern, dann aber auch die Umsatzsteuern eine relativ große Rolle.

b. Spezielle Würdigung.

Was nun die Verhältnisse in unseren Landgemeinden anbelangt, so spielen selbstverständlich die direkten Steuern die Hauptrolle. Trotzdem wollen wir ihnen nicht zuerst unsere Aufmerksamkeit schenken, weil eben das K. A. G. von 1893 die Ausbildung der indirekten Steuern für wichtiger hält.

a. Die indirekten Steuern.

Die indirekten Steuern datieren, wie wir soeben gesehen haben, erst seit dem K. A. G. vom Jahre 1893. Aber trotzdem konnten sich die Landgemeinden des Kreises Recklinghausen immer noch nicht sofort zur Einführung von indirekten Steuern entschließen,

¹⁾ Diese Kopfsteuern werden bei größeren gewerblichen Unternehmungen, wie Fabriken und vor allem Bergwerke, erhoben; und zwar bildet die Anzahl der beschäftigten Arbeiter die Steuerbemessungsgrundlage, sodaß pro Arbeiter ein bestimmter Steuersatz erhoben wird.

sondern es wurden erst auf wiederholtes Drängen des Regierungspräsidenten und des Landrates am 1. April 1895 die ersten indirekten Steuern in den Gemeinden Herten, Recklinghausen-Land, Gladbeck und Osterfeld eingeführt, während die übrigen Gemeinden sowohl die Biersteuer wie auch die Immobiliumssteuer zunächst noch ablehnten, weil nach ihrer Anschauung „die Biersteuer im Verhältnis zu den Erhebungskosten zu gering sei, die Immobiliumssteuer aber vor allem den Bergmann treffe, der sich aus Ersparnissen ein Haus baue“.¹⁾

Doch nach und nach ließ der Widerstand nach, und heute haben sämtliche 28 Landgemeinden die indirekten Steuern eingeführt.

Betrachten wir zuerst die Entwicklung derselben im Ganzen von 1895—1907 inkl.

Tabelle XXV.

Jahr	Bevölkerung	Indirekte Steuern M.	pro Kopf M.	In Proz. aller Gemeindesteuern
1895	98 294	14 163	0,14	1,26
1900	149 421	166 824	0,72	4,96
1905	211 865	192 500	0,91	5,01
1907	253 293	279 352	1,10	5,45

Von 1895—1907 haben sich demnach die indirekten Steuern verzwanzigfacht, währenddem die Kopfquote in der gleichen Zeit von 14 Pfg. auf 1,10 M. stieg, also auf das achtfache. Fernerhin ergab sich, daß der Prozentsatz der indirekten Steuern an der gesamten Steuersumme innerhalb des Zeitraumes von 12 Jahren von 1,26 Proz. auf 5,45 Proz. gestiegen ist.

Es fragt sich weiterhin, welche Steuerarten den größten Ertrag bringen. Die Antwort darauf soll die Übersicht auf folgender Seite erteilen.

Im Jahre 1895 brachte noch die Hundesteuer den größten Ertrag (11 052 M. von 14 163 M.), aber schon im Jahre 1900 stand die Biersteuer an erster Stelle (49 395 M. von 166 824 M.), daneben spielten die Immobiliumssteuer (24 300 M.), die Hunde-

¹⁾ Nach dem Bericht des Landrats stieß die Biersteuer auf so große Schwierigkeiten, weil unter den Gemeindeförderung relativ viel Wirte waren.

Tabelle XXVI.

Jahr	Biersteuer	Immob. Umsatzsteuer M.	Hundesteuer M.	Lustbarkeits- steuer M.	Indirekte Steuern M.
1895	—	—	11 052	3 111	14 163
1900	49 395	24 300	19 528	13 601	106 824
1905	84 154	59 230	27 828	21 288	192 500
1907	102 710	114 917	30 786	30 939	279 352

steuer (19 528 M.) und endlich die Lustbarkeitssteuer (13 601 M.) noch eine Rolle. Dasselbe Verhältnis blieb auch im Jahre 1905. Dagegen rückte zwei Jahre später die Immobilienumsatzsteuer an die erste Stelle (114 917 M.), dann folgten die Biersteuer (102 710 M.), die Lustbarkeitssteuer (30 939 M.) und zuletzt die Hundesteuer (30 786 M.).

Nun ist es aber klar, daß die indirekten Steuern umso mehr abwerfen, je zahlreicher und konsumfähiger die Bevölkerung ist. Dies trifft nun vor allem bei unseren industriellen Gemeinden zu, und so sind auch hier wenigstens die absolut größten Erträge zu suchen. Allerdings hinsichtlich der Kopfquoten finden wir auch unter den agrarisch gefärbten Gemeinden sehr hoch belastete; so z. B. hatten im Jahre 1907 die Gemeinden Hervest und Westerholt die höchsten Kopfquoten (1,79 M. bzw. 1,78 M.).

Nach dieser mehr allgemeinen Orientierung versuchen wir noch an der Hand der Spezialtabelle die Einzelheiten etwas zu beleuchten.

Im Jahre 1895 spielten in den Landgemeinden, die damals überhaupt schon indirekte Steuern besaßen, nur entweder die Hundesteuer oder die Lustbarkeitssteuer eine Rolle. An erster Stelle ist damals die Gemeinde Bottrop zu nennen, die 4 500 M. an indirekten Steuern verrechnet hatte (3 000 M. Hundesteuer und 1 500 M. Lustbarkeitssteuer); in der Kopfbelastung allerdings stand sie erst an vierter Stelle.¹⁾

¹⁾ Bemerkenswert ist die Steuerordnung der Gemeinde Bottrop für die Lustbarkeiten. Die Abgaben sind: bei einer Tanzbelustigung bis Mitternacht 20 M.; über Mitternacht 30 M. Für die Veranstaltung einer Kunstreitervorstellung: bei Eintrittsgeld von höchstens 50 Pf. 10 M.; von höchstens 1 M. 20 M.; darüber hinaus 30 M. Für die Veranstaltung eines Konzerts oder einer Theatervorstellung 15 M.; für Gesangs- und Deklamationsvorträge (sogenannte Tingeltangel), für Vorträge auf einem Klavier, einem einheimischen

Bis zum Jahre 1900 waren dann in den meisten Gemeinden neben Hunde- und Lustbarkeitssteuern auch Bier- und Immobilienumsatzsteuern eingeführt worden; ja, selbst die Gemeinden des Amtes Marl und Kirchhellen hatten jetzt indirekte Steuern eingeführt, während sie im Jahre 1895 noch keine besessen hatten.

Auffallend große Erhöhungen der Erträge an indirekten Steuern wiesen die Gemeinden Recklinghausen-Land, Buer, Horst, Bottrop, Gladbeck, Osterfeld, Kirchhellen usw. auf.

Bei der Gemeinde Recklinghausen spielten neben der Umsatzsteuer (5 500 M.) und der Biersteuer (5 000 M.) noch die Hundesteuer (3 300 M.) und die Lustbarkeitssteuer (1 200 M.) eine gewisse Rolle.

Die Gemeinde Herten hatte in dem gleichen Jahre dieselbe Kopfquote (86 Pfg.) wie Recklinghausen, wenn auch das absolute Erträgnis an indirekten Steuern geringer war als bei Recklinghausen (10 500 M. gegen 15 000 M.).

Eine geringere Kopfquote als Herten hatte aber die Gemeinde Buer (58 Pfg.), wenn auch ihr absolutes Steuererträgnis größer war (16 500 M.).

Die größte Summe an indirekten Steuern floß jedoch der Gemeinde Bottrop zu, nämlich nicht weniger als 21 000 M., wovon die Biersteuer das meiste einbrachte (10 000 M.).

Die geringsten Erträge figurieren in den Budgets der mehr bäuerlich gefärbten Gemeinden, so verrechnete z. B. Horneburg nur 81 M.

Von 1900—1905 konnte sich die indirekte Steuerquelle zu einer noch ertragreicheren gestalten, als sie bisher überhaupt gewesen war. Dabei ist an erster Stelle die Gemeinde Buer zu nennen, die im Jahre 1905 nicht weniger als 41 000 M. Einnahmen verrechnete, wovon auf Erträge aus der Biersteuer 19 000 M., aus der Umsatzsteuer 14 000 M. und aus der Lustbarkeits- und Hundesteuer

oder anderen Instrumente in Gastwirtschaften, Schankstuben, öffentlichen Vergnügungsorten, Buden oder Zelten: a) bis Mitternacht für den Tag 10 M., b) über Mitternacht hinaus 15 M. Für Vorstellungen von Gymnastikern, Equilibristen, Ballet- und Seiltänzern, Taschenspielern, Zauberkünstlern, Bauchrednern u. dgl.: a) bei einem Eintrittsgeld von höchstens 1 M. 15 M. pro Tag, b) bei mehr als 1 M. 20 M.; für das Halten eines Karussells 15—30 M. pro Tag. Für das Halten einer Würfelbude 20 M., einer Schießbude 30 M.; für die Veranstaltung eines Preisschiessens 10 M. pro Tag, eines Preiskegels ebenfalls 10 M. Für öffentliche Belustigung, insbesondere Halten eines Marionettentheaters usw. 30 M.

Tabelle XXVII. Indirekte Steuern (1895—1907).

Landgemeinden	1895			1900			1905			1907		
	Bevol- kerung	indirekte Steuern M.	pro Kopf M.	Bevol- kerung	indirekte Steuern M.	pro Kopf M.	Bevol- kerung	indirekte Steuern M.	pro Kopf M.	Bevol- kerung	indirekte Steuern M.	pro Kopf M.
Recklinghausen-Land	5776	1080	0,12	17403	15 000	0,86	26534	25 005	0,94	34359	29 000	0,84
Oer	1213	360	0,30	1510	1 410	0,93	20534	2 080	1,02	2240	2 750	1,22
Waderloh	1253	360	0,28	1488	680	0,45	2017	2 080	1,02	2240	2 750	1,22
Walden	4157	575	0,14	4403	2 900	0,65	6106	5 000	0,81	4302	3 900	0,85
Hornleburg	431	162	0,37	1495	650	0,43	1965	1 200	0,61	2105	8 000	1,17
Herten	6698	1300	0,19	1546	81	0,15	554	350	0,63	591	400	0,65
Buer	16031	1300	0,08	1546	10 500	0,68	15475	16 000	1,03	17158	22 400	1,31
Bors	5063	650	0,13	11283	8 350	0,74	4882	41 000	1,02	46156	58 200	1,26
Westerholt	1196	80	0,07	1757	21 000	0,84	24255	31 000	0,90	18164	15 100	0,83
Bottrop	4500	650	0,14	1703	11 600	0,68	21036	16 500	0,78	30137	20 500	0,68
Witten	7827	1250	0,16	1258	9 700	0,78	20055	20 500	1,02	23507	25 500	1,22
Osterfeld	7434	880	0,12	3646	1 406	0,34	2040	950	0,46	4235	2 500	0,60
Krethellen	1126	176	0,16	1206	1 406	0,34	2040	950	0,46	4235	2 500	0,60
Witten	1947	200	0,10	1949	606	0,31	2040	950	0,46	4235	2 500	0,60
Hervest	959	100	0,10	950	265	0,27	1397	1 000	0,72	1700	3 000	0,85
Altenrumbek	959	100	0,10	950	265	0,27	1397	1 000	0,72	1700	3 000	0,85
Erde	758	81	0,11	2837	966	0,34	702	260	0,37	982	360	0,37
Hilde	544	81	0,15	581	1 56	0,23	896	370	0,63	686	390	0,57
Mohr	463	56	0,12	671	1 56	0,23	896	370	0,63	686	390	0,57
Polann	1923	—	—	2199	1 330	0,60	2761	2 75	0,46	751	756	1,01
Hamm	503	—	—	873	320	0,37	995	705	0,71	1032	717	0,69
A.-Ulfkotte	611	—	—	623	200	0,32	724	350	0,52	792	350	0,48
Botteln	3996	600	0,16	3906	2 370	0,61	704	430	0,61	754	445	0,59
Alsen	655	80	0,12	701	138	0,18	584	5 000	1,00	6429	7 000	1,09
Fasswein	372	160	0,43	372	139	0,40	280	224	0,59	301	1 090	1,61

je 4000 M. entfielen. Die zweitgrößte Zunahme an Erträgen aus den indirekten Steuern wies die Gemeinde Osterfeld auf; sie stiegen nämlich hier von 9700 M. im Jahre 1900 auf nicht weniger als 20500 M. im Jahre 1905. Davon spielten neben der Ergiebigkeit der Biersteuer (9000 M.) noch die der Umsatzsteuer (7500 M.) eine Hauptrolle.

Die Landgemeinden Recklinghausen-Land und Bottrop hatten in dem fünfjährigen Zeitraum die Bezüge aus indirekten Steuern um je 10 000 M. erhöht. Viel unbedeutender waren die Mehrerträge in den agrarischen Gemeinden.

In dem Verlauf von nur 2 Jahren, nämlich von 1905—1907 war wieder eine ganz auffallende Steigerung der Erträge aus indirekten Steuern wahrzunehmen. Einen besonders großen Anteil daran hatte vor allem die Industrieergiebigkeit Bottrop.

Hier stiegen nämlich die Bezüge aus indirekten Steuern von 31000 M. im Jahre 1905 auf nicht weniger als 61000 M. im Jahre 1907, wovon die größte Summe auf die Umsatzsteuer entfiel (30000 M.), wenn auch die Ergiebigkeit der Biersteuer (18000 M.), dann der Lustbarkeitssteuer (8000 M.) und endlich der Hundsteuer (5000 M.) eine nicht geringe Rolle spielte.

Hinsichtlich der relativen Belastung allerdings standen Bottrop und die übrigen industriellen Landgemeinden nicht an der Spitze, sondern, wie wir schon oben hervorgehoben, die bäuerlich gefärbten Gemeinden Westerholt und Hervest.

β. Die direkten Steuern.

Vergegenwärtigen wir uns zuerst in einer Übersicht die Entwicklung der direkten Steuern im allgemeinen.

Tabelle XXVIII.

Jahr	Bevölkerung der Landgemeinden	Direkte Steuern	pro Kopf
		M.	M.
1853	40 491	61 098	1,51
1875	45 306	255 435	5,62
1895	95 294	1 107 341	11,27
1905	211 565	3 050 457	17,37
1907	253 293	4 837 357	19,16

Absolut wie relativ betrachtet war die Entwicklung der direkten Steuern eine kolossale. Im Jahre 1853 betrugen dieselben etwa 61 000 M., dagegen im Jahre 1907 nicht weniger als rund 4 840 000 M.; danach mußte im Jahre 1907 das 80 fache an direkten Steuern aufgebracht werden als 54 Jahre vorher.

Die relative Belastung nahm in derselben Zeit einen nicht weniger lebhaften Aufstieg; betrug sie im Jahre 1853 erst 1,51 M., so bezifferte sie sich im Jahre 1907 auf nicht weniger als 19,10 M., demnach auf mehr als das Zehnfache.

Es erhebt sich nun die weitere Frage, wie die verschiedenen direkten Steuerarten an der Steigerung der Gesamteinnahmen in den einzelnen Jahren teilgenommen haben.

Lassen wir zuerst die Ziffern die Antwort geben:

Tabelle XXIX.

Jahr	Grund- steuer	Gebäude- steuer	Gewerbe- steuer	Einkommen- steuer (Personen- steuer)	Betriebs- steuer	Summe
	M.	M.	M.	M.	M.	M.
1852	33 051	—	—	19 035 ¹⁾	—	52 086
1875	108 612	20 277	5 633	126 913 ¹⁾	—	255 435
1900	197 542	265 899	366 194	1 157 831 ²⁾	10 911	1 998 377
1905	209 225	485 131	822 422	2 150 496 ²⁾	13 213	3 650 487
1907	840 840	—	1 128 977	2 846 977 ²⁾	20 563	4 837 357

Die Übersicht zeigt uns, daß im Jahre 1852 nur Grundsteuer und Klassensteuer existierten, wovon die wichtigere die Grundsteuer war, denn sie brachte in sämtlichen Landgemeinden 33 051 M. auf gegenüber 19 035 M. Ertrag, die aus der Klassensteuer flossen.

Im Jahre 1875 gesellten sich in unserer Übersicht die Gebäude- und die Gewerbesteuer hinzu. Die Hauptrolle spielte jetzt aber nicht mehr die Grundsteuer (108 612 M.), sondern die Klassensteuer und Einkommensteuer (120 913 M.), während die Erträge aus der Gebäudesteuer (20 277 M.) und aus der Gewerbesteuer (5 633 M.) noch eine ziemlich unbedeutende Rolle spielten.

Dieses Verhältnis war nun bis zum Jahre 1900 wieder ein ganz anderes geworden. Die nunmehrige Einkommensteuer brachte jetzt

1) Klassensteuer und Einkommensteuer. 2) Einkommensteuer.

größere Erträge als die Realsteuern und die Betriebssteuer zusammen, nämlich 1 157 831 M. gegen 840 546 M. Ferner ist bemerkenswert, daß die noch im Jahre 1875 unbedeutenden Einnahmen aus der Gebäudesteuer und der Gewerbesteuer im Jahre 1900 diejenigen aus der Grundsteuer überholt hatten. Daß nunmehr die Gewerbesteuer die wichtigste Ertragsquelle geworden war, kann nicht weiter auffallen, wenn man die seitherige industrielle Erschließung berücksichtigt.

Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts traten nun auch die besonderen Realsteuern in den Vordergrund, wie die besonderen Gewerbesteuern in Form der sogenannten Kopfsteuer, dann die besonderen Grund- und Gebäudesteuern in Form der Abgabe vom gemeinen Wert. Dies trug natürlich dazu bei, daß die Einkünfte aus den Realsteuern wieder um ein Bedeutendes stiegen; aber auch die Schraube der Einkommensteuer wurde weiterhin stark ange-spannt.

Im Jahre 1905 hatten die Erträge der letzteren die zweite Million überschritten (2 150 496 M.); eine große Rolle spielte aber auch die Gewerbesteuer, welche nicht weniger als 822 422 M. Einnahmen abwarf. Sehr bedeutend waren schließlich noch die Quellen der Grund- und Gebäudesteuer geflossen; erbrachten sie doch zusammen den Betrag von 694 356 M.

In der kurzen Zeitspanne von nur 2 Jahren war der Ertrag aus der Einkommensteuer nahe an die dritte Million herangekommen (2 846 977 M.), während derjenige aus der Gewerbesteuer bereits die erste Million überschritten hatte (1 128 977 M.); aber auch die Ergiebigkeit der Grund- und Gebäudesteuern (840 840 M.) war eine sehr bedeutende zu nennen.

Was an der geschilderten Entwicklung noch besonders auffällt, ist das Verhältnis der Realsteuern zu den Personalsteuern in den verschiedenen Jahren.

Es kamen nämlich auf hundert Mark Realsteuern in den Jahren:

1852 . . .	57,59 M. Einkommen- bzw. Klassensteuer
1875 . . .	89,88 " " " "
1900 . . .	139,57 " " " "
1905 . . .	141,78 " " " "
1907 . . .	144,53 " " " "

Vom Jahre 1852—1875 waren die Personalsteuern fortwährend bedeutsamer geworden, wenn sie auch bis 1875 noch nicht die Höhe der Realsteuern erreicht hatten. In dem folgenden Zeitraum von 1875—1900 gelang es den Personalsteuern dank der industriellen Entwicklung, die Realsteuern um ein Bedeutendes zu überholen. Der Vorsprung des Jahres 1900 (39,57 M.) erweiterte sich dann bis zum Jahre 1907 auf nicht weniger als 44,53 M.

Nicht minder interessant sind nun die Verhältnisse in den einzelnen Landgemeinden, die wir im Anschluß an die Spezialtabelle durch einzelne hervorragende Beispiele noch in Kürze beleuchten müssen.

Beim Überfliegen der vielen Ziffern fällt vor allem die Tatsache auf, daß bis zum Jahre 1895 die Zuschläge zu der Klassen- bzw. Einkommensteuer bei fast allen Gemeinden im Verhältnis zu demjenigen zu den Realsteuern immer höhere wurden; allmählich hatte sich eine Vorzugsbelastung der Personalsteuern herausgebildet.

Diese Wahrnehmung war nun bekanntlich bei den meisten Kommunen zu machen gewesen. Nun hatte aber der Gesetzgeber geglaubt, daß das neue Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891 eine wesentliche Herabsetzung der Kommunalzuschläge zur Einkommensteuer gestatten würde; allein er sowohl als auch die Kommunen hatten sich in ihren Berechnungen gründlich getäuscht. Diese Tatsache mußten auch unsere Landgemeinden erfahren; denn die bedeutend niedrigeren Sätze der unteren Stufen verminderten das Einkommenssteuersoll gegen früher so sehr¹⁾, daß nur die wenigen Gemeinden, welche sich schon damals an den Zechen entschädigen konnten, in der Lage waren, eine Ermäßigung der Einkommensteuerzuschläge eintreten zu lassen, während sogar manche Gemeinden zur Erhöhung derselben sich gezwungen sahen.

Nun könnte jemand fragen, warum man denn nicht einfach die Realsteuern höher belastet habe. Die Antwort auf diese Frage gibt am besten der damalige Zustand in der Gemeinde Osterfeld.²⁾ Dort hatte man nämlich im Jahre 1891 den Zuschlag zur Einkommensteuer um 10 Proz. gegen das Vorjahr ermäßigt, dagegen den zu den Realsteuern um nicht weniger als 50 Proz. Als dann der Regierungspräsident über die Gründe dieser Maßregel Aufschluß

1) Die Gemeinde Bottrop verlor z. B. nicht weniger als 9000 M. an Einkommensteuer.

2) Nach den Akten.

verlangte, gab die Gemeindeverwaltung mit Recht vor, daß die Grund- und Hausbesitzer unbedingt entlastet werden mußten, denn diese erführen eine doppelte Belastung, nämlich: einmal durch die staatliche Grund- und Gebäudesteuer nebst den Zuschlägen darauf, dann zweitens aber durch die staatliche Belastung des Einkommens aus Grund- und Hausbesitz und die entsprechenden Kommunalzuschläge.

Ähnliche Berichte könnten auch von anderen Gemeinden mitgeteilt werden. Man kann, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen, sagen, daß die Realsteuern die Doppelbelastung auf die Dauer nicht mehr ertragen konnten.

Da trat am 1. April 1895 das K. A. G. in Kraft; nunmehr waren die Realsteuern alleiniges Steuerobjekt der Gemeinden geworden, sodaß man sich wieder mehr an dieselben halten konnte. Allenthalben befürwortete man jetzt eine stärkere Belastung der Montanindustrie.

Daß dann in der Folge von den Realsteuern fleißig Gebrauch gemacht worden ist, zeigt ein Blick auf die Gestaltung der Zuschläge seit dem Jahre 1895; denn diejenigen zu den Realsteuern waren bis zum Jahre 1907 stets entweder größer oder doch wenigstens nicht geringer als die Zuschläge zu der Einkommensteuer gewesen, während bis zum Jahre 1895 in der Hauptsache das umgekehrte Verhältnis gegolten hatte.

Dies wurde besonders noch dadurch erleichtert, daß das Kommunalabgabengesetz die Gemeinden auf die Ausbildung von besonderen Realsteuern aufmerksam gemacht hatte. Nun hatte sich aber damals in unserem Kreise bekanntlich die Montanindustrie glänzend entfaltet, sodaß die industriellen Gemeinden sofort zur Ausbildung von sogenannten gewerblichen Kopfsteuern übergehen konnten, wie sie ja schon lange eine kräftige Heranziehung der Bergwerksbesitzer beabsichtigt hatten.

Da nun die Kopfsteuern heute eine besonders wichtige Rolle spielen, so wollen wir einige bemerkenswerte Daten darüber vorführen und damit zugleich die Belastung der Zechen berühren, deren Sonderbesteuerung ja namentlich dadurch gerechtfertigt erscheint, daß die durch sie hervorgerufene Arbeiterkonzentration den einzelnen Gemeinden hohe Ausgaben für das Schul- und Armenwesen verursacht hat und noch fortwährend verursacht.

Die Landgemeinde Recklinghausen hatte z. B. im Jahre 1896 eine solche Kopfsteuer in Höhe von 9 M. pro Arbeiter bei denjenigen Betrieben eingeführt, die mehr als 40 Arbeiter beschäftigen; diese Belastung entsprach einer Gewerbesteuer von nicht weniger als 1200 Proz., während die übrigen gewerblichen Betriebe, wie Ziegeleien, Holzhandlungen usw. mit 600 Proz., dagegen die gewöhnlichen Handwerker mit nur 200 Proz. belastet wurden. Bis zum Jahre 1900 hatte die Gemeindeverwaltung diese Spezialsteuer der Zechen bereits auf 12 M. erhöht, sodaß diese den Gesamtertrag daraus mit 60 500 M. verrechnen konnte. Dazu gesellten sich aber noch die anderen direkten Steuern, also die Grund- und Gebäudesteuer und die Einkommensteuer in Höhe von insgesamt 67 855 M.; demnach betrug die von den Zechen aufzubringende Steuersumme nicht weniger als 128 355 M. oder 48,7 Proz. aller direkten Kommunalsteuern.

Als man dann im Jahre 1905 die Kopfsteuer auf 20 M. festgesetzt hatte, bezifferte sich der Eingang an Gewerbesteuern der Zechen allein auf 164 000 M.¹⁾

In der Gemeinde Buer waren es die Zechen Bismarck, Hugo und Ewald, auf deren Steuerfähigkeit sich die Aufmerksamkeit der Gemeindevertretung richtete. So zahlten sie z. B. im Jahre 1897 391 Proz. Gewerbesteuer in Form einer Kopfsteuer von 15 M., wohingegen die gewöhnlichen Gewerbebetriebe mit 225 Proz. belastet worden waren. Die gleiche Kopfsteuer warf im Jahre 1900 einen Gesamtertrag von 66 634 M. ab, während die sämtlichen Realsteuern überhaupt einen Betrag von 156 167 M. ergeben sollten. Bis zum Jahre 1904 war die Kopfsteuer auf 20 M. erhöht worden, die nunmehr nach dem Voranschlag nicht weniger als 124 780 M. einbrachte, was 50,21 Proz. des gesamten Eingangs an Realsteuern der betreffenden Gemeinde (248 531 M.) entsprach. Noch ertragreicher gestaltete sich die Kopfsteuer im Jahre 1907; denn da man sie auf 30 M. erhöht hatte, so konnte die Gemeindeverwaltung einen Ertrag in Höhe von nicht weniger als 228 000 M. oder 53,11 Proz. der Realsteuern überhaupt verrechnen. Noch deutlicher tritt die

1) Die Zechen sind sich natürlich ihrer Steuerkraft bewußt: das zeigte sich im Jahre 1903, wo die Zeche „König Ludwig“ das Chausseebauwesen der Landgemeinde Recklinghausen als ein zu kostspieliges bemängelte.

Wucht der Belastung der Zechen hervor, wenn man berücksichtigt, daß die übrigen Gewerbetreibenden nur 28 800 M. Gewerbesteuer beizusteuern hatten.

Ähnliche Verhältnisse sind in der Gemeinde Bottrop festzustellen, wo zwar erst seit dem Jahre 1904 die Kopfsteuer besteht, wo aber die Zechen doch schon vorher besonders mit der Gewerbesteuer herangezogen wurden, so z. B. die Arenbergische A.-G. mit 480 Proz. und die Ziegeleien mit 400 Proz. Im Jahre 1904 schuf man dann eine Kopfsteuer im Betrage von nicht weniger als 30 M., die 117 000 M. an Ertragnis abwerfen sollte. Etwas höher war die Einnahme daraus im folgenden Jahre, wo die Gemeindeverwaltung 122 580 M. verrechnet hatte (786 Proz. Gewerbesteuer).

Schließlich sei noch auf die Belastung der Zechen in der Gemeinde Gladbeck hingewiesen, wo seit dem Jahre 1899 die besonderen Realsteuern eine Rolle spielten. So zahlte die Zeche „Graf Moltke“ 564 Proz. Gewerbesteuer in Form einer Kopfsteuer von 18 M., die dann bis zum Jahre 1903 auf 22 M. erhöht worden war. Im folgenden Jahre wurden mit der Kopfsteuer, die jetzt auf 30 M. bei Betrieben mit mehr als 150 Arbeitern gestiegen war, nicht weniger als 107 505 M. aufgebracht.

Diese angeführten Beispiele ließen sich noch durch viele andere vermehren, aber wir begnügen uns mit dem Gesagten, um die Ausführungen nicht zu sehr in die Länge zu ziehen.

Keinen so ausgiebigen Gebrauch wie von der Gewerbesteuer haben die Landgemeinden bisher wenigstens von den besonderen Grund- und Gebäudesteuern gemacht. Erst im Jahre 1905 führten die Landgemeinden Recklinghausen, Suderwich und Herten eine Abgabe vom gemeinen Werte ein. In Recklinghausen z. B. erhob man von dem auf 45 Millionen geschätzten gemeinen Wert 2,30 M. pro Mille, was nach der Berechnung 103 500 M. oder 230 Proz. an Grund- und Gebäudesteuern ergab. Im Jahre 1907 dagegen schätzte man das Ergebnis bereits auf 110 400 M. an Einnahmen aus der gemeinen Wertsteuer.

Mit geringeren Einkünften hatte die Gemeinde Herten zu rechnen, die im Jahre 1905 von dem mit 2,6 pro Mille belasteten gemeinen Wert (18,5 Mill.) einen Ertrag von 47 972 M. verrechnet hatte.

Im übrigen kann man sagen, daß die Gemeindesteuerreform auch unseren Landgemeinden durch die Überweisung der Realsteuern

Tabelle XXX. Direkte Steuern (1852 und 1875).

Landgemeinden	1852						1875					
	Realsteuern			Personalsteuern			Realsteuern			Personalsteuern		
	M.	in %	M.	in %	pro Kopf	pro Kopf	M.	in %	M.	in %	pro Kopf	pro Kopf
Recklingh.-Land	4974	33	2205	36	1,33	0,59	16705	106	7610	113	4,37	1,99
Oer	4880	130	2106	130	1,79	0,45	3207	88	1429	97	3,07	1,33
Suderwich	729	32	306	34	1,79	0,45	1595	96	743	100	3,53	2,63
Waltrop	4962	42	2475	47	1,60	0,80	11985	98	7493	107	3,07	1,33
Henrichsburg	849	37	405	40	1,49	0,71	2380	98	1298	110	4,03	2,20
Hornburg	345	43	216	47	0,94	0,59	637	66	354	77	1,52	1,01
Witten	3987	33	2869	25	0,77	0,69	3541	92	3013	52	3,81	3,27
Boer	1128	93	447	47	1,77	0,74	1828	104	1315	120	3,51	2,88
Westholt	231	30	459	32	0,30	0,60	1420	106	2418	69	1,99	3,94
Rotthop	1446	25	1206	26	0,42	0,35	11156	125	7403	37	2,06	4,50
Quatbeck	1871	15	753	16	0,50	0,27	13375	132	7403	37	2,06	4,50
Quatbeck	1871	15	753	16	0,50	0,27	13375	132	7403	37	2,06	4,50
Kirchellen	720	4	423	9	0,30	0,19	7050	179	12628	183	2,38	4,26
Wulken	630	23	438	29	0,51	0,42	1580	55	4203	66	1,85	1,81
Lenbeck	694	15	672	16	0,33	0,32	3924	77	1693	53	1,09	0,83
Hervert	225	12	120	13	0,41	0,22	933	46	545	53	1,08	0,98
Westerbeek	317	17	132	17	0,32	0,19	893	42	464	47	1,05	0,84
Erle	462	24	129	17	0,54	0,35	214	72	416	17	0,30	0,20
Rhade	300	26	195	28	0,57	0,37	518	78	416	17	0,30	0,20
Holsershausen	171	14	63	15	0,50	0,15	622	48	350	60	1,88	1,06
Marl	1161	20	705	22	0,57	0,35	4552	92	2915	103	2,42	1,93
Pölsam	525	42	822	44	1,07	0,68	1745	74	875	53	2,68	1,35
Walden	201	12	114	14	0,67	0,16	1257	77	490	53	2,35	0,92
A.-Ulrikotte	4674	33	2100	37	1,31	0,60	15403	108	9133	37	2,48	2,28
Daiten	465	37	450	41	0,61	0,59	826	56	727	33	1,18	1,81
Ahen	348	37	213	40	1,03	0,63	813	76	537	40	2,46	1,53

Tabelle XXX. Direkte Steuern (1855 und 1890).

Landgemeinden	1855						1890					
	Realsteuern			Personalsteuern			Realsteuern			Personalsteuern		
	M.	in %	M.	in %	pro Kopf	pro Kopf	M.	in %	M.	in %	pro Kopf	pro Kopf
Recklingh.-Land	21630	134	14491	134	4,00	2,65	19243	110	28598	190	2,66	3,92
Oer	4880	130	2106	130	4,51	3,02	6665	180	4077	150	5,77	3,57
Suderwich	729	32	306	34	1,79	0,45	1595	96	743	100	3,53	2,63
Waltrop	4962	42	2475	47	1,60	0,80	11985	98	7493	107	3,07	1,33
Henrichsburg	849	37	405	40	1,49	0,71	2380	98	1298	110	4,03	2,20
Hornburg	345	43	216	47	0,94	0,59	637	66	354	77	1,52	1,01
Witten	3987	33	2869	25	0,77	0,69	3541	92	3013	52	3,81	3,27
Boer	1128	93	447	47	1,77	0,74	1828	104	1315	120	3,51	2,88
Westholt	231	30	459	32	0,30	0,60	1420	106	2418	69	1,99	3,94
Rotthop	1446	25	1206	26	0,42	0,35	11156	125	7403	37	2,06	4,50
Quatbeck	1871	15	753	16	0,50	0,27	13375	132	7403	37	2,06	4,50
Quatbeck	1871	15	753	16	0,50	0,27	13375	132	7403	37	2,06	4,50
Kirchellen	720	4	423	9	0,30	0,19	7050	179	12628	183	2,38	4,26
Wulken	630	23	438	29	0,51	0,42	1580	55	4203	66	1,85	1,81
Lenbeck	694	15	672	16	0,33	0,32	3924	77	1693	53	1,09	0,83
Hervert	225	12	120	13	0,41	0,22	933	46	545	53	1,08	0,98
Westerbeek	317	17	132	17	0,32	0,19	893	42	464	47	1,05	0,84
Erle	462	24	129	17	0,54	0,35	214	72	416	17	0,30	0,20
Rhade	300	26	195	28	0,57	0,37	518	78	416	17	0,30	0,20
Holsershausen	171	14	63	15	0,50	0,15	622	48	350	60	1,88	1,06
Marl	1161	20	705	22	0,57	0,35	4552	92	2915	103	2,42	1,93
Pölsam	525	42	822	44	1,07	0,68	1745	74	875	53	2,68	1,35
Walden	201	12	114	14	0,67	0,16	1257	77	490	53	2,35	0,92
A.-Ulrikotte	4674	33	2100	37	1,31	0,60	15403	108	9133	37	2,48	2,28
Daiten	465	37	450	41	0,61	0,59	826	56	727	33	1,18	1,81
Ahen	348	37	213	40	1,03	0,63	813	76	537	40	2,46	1,53

Tabelle XXX. Direkte Steuern (1895 und 1900).

[illegible]

1) Ungefähr.

Tabelle XXX. Direkte Steuern (1905 und 1907.)

[illegible]

ganz erwünschte und ergiebige Steuerquellen eröffnet hat, ohne deren Vorhandensein zweifellos die Einkommensteuer erdrückend belastet werden müßte, die ja so schon die Hauptrolle im Rahmen der kommunalen Finanzgebarung spielt. Dies gilt nicht nur von den industriellen Gemeinden, sondern auch von den bauerlichen, welche zwar absolut viel geringer mit direkten Kommunalsteuern belastet sind als jene, die aber heute relativ sehr große Summen aufzubringen haben; wir nennen z. B. Hervest (14,08 M.), Polsum (13,7 M.) und Fläsheim (15,34 M.), die sämtlich den industriellen Gemeinden nicht viel nachgeben.¹⁾

5. Das Schuldenwesen in den Landgemeinden.

a. Allgemeines.²⁾

Die Anleihen sollen in der Regel nur für rentierliche Zwecke kontrahiert werden; doch sind es in den Gemeinden vor allem Bauten der verschiedensten Art, die damit ausgeführt werden. Aus diesem Grunde kann sich leicht die Gefahr ergeben, daß mit dem Aufnehmen von Schulden zu wenig haushälterisch verfahren wird; daher ist für jede Kontrahierung die Genehmigung des Kreisausschusses erforderlich.

b. Spezielles.

Das Schuldenwesen der Gemeinden hat erst in neuester Zeit einen außerordentlich großen Umfang angenommen, wie wir noch näher sehen werden.

Zunächst geben wir jedoch ein allgemeines Entwicklungsbild des gesamten Schuldenwesens in den Landgemeinden.

XXXI.

Etatsjahr	Einwohnerzahl	Aufwendung für Schuldenwesen	pro Kopf
		M.	M.
1845	39 014	3 940	0,10
1875	45 306	26 599	0,59
1905	211 565	458 323	2,16
1907	253 293	689 551	2,72

1) Die Ziffern sind die des Jahres 1907.

2) Vgl. von KAUFMANN, a. a. O. S. 437 ff.

Die Bedeutung der Zahlen wird sich erst abmessen lassen, wenn wir die einzelnen Landgemeinden selbst ins Auge fassen. Soviel kann aber von vornherein festgestellt werden, daß das Schuldenwesen heute ganz erhebliche Lasten von dem einzelnen verlangt; waren es im Jahre 1845 nur 10 Pfg. pro Kopf, so lasteten 1907 auf dem einzelnen nicht weniger als 2,72 M. Verschieden geartet sind selbstverständlich wieder die Verhältnisse in den Industriorten und in den Agrargemeinden. Die Belastung war in den Industriegemeinden zu den verschiedenen Jahren folgende:

XXXII.

Jahr	Einwohner	Schuldenwesen	Pro Kopf
		M.	M.
1845	16 131	3 172	0,19
1875	25 594	13 408	0,52
1905	176 633	397 177	2,25
1907	212 525	576 130	2,71

In den Agrargemeinden ergibt sich dagegen folgendes Bild:

XXXIII.

Jahr	Einwohner	Schuldenwesen	pro Kopf
		M.	M.
1845	22 883	768	0,03
1875	19 712	13 191	0,67
1905	35 232	61 146	1,74
1907	40 468	113 721	2,81

Danach sind zwar absolut die Ausgabesummen für das Schuldenwesen in den Industriorten heute größer als in den bauerlichen Gemeinden; jedoch die Kopfquoten der Agrargemeinden sind heute sogar größer als die der Industriorte, wie es auch früher zuweilen der Fall gewesen ist.

So war im Jahre 1845 die Kopfbelastung bei den industriellen Gemeinden 19 Pfg., bei den Agrargemeinden dagegen nur 3 Pfg. Dagegen 30 Jahre nachher war die Kopfquote in den bauerlichen Gemeinden (67 Pfg.) größer als die der Industriegemeinden (52 Pfg.). Dann verband sich in den letzteren im Zusammenhang mit der

Blüte des Bergbaus eine große Vermehrung der Schulden, sodaß im Jahre 1905 die Kopfbelastung der bauerlichen Gemeinden bedeutend hinter derjenigen der Industriegemeinden zurückgeblieben war (1,74 M. gegen 2,25 M.). In den nächsten Jahren verlegte man sich dann in den Agrargemeinden so sehr auf die Anleihekontrahierung, daß bis zum Jahre 1907 die Kopfbelastung in denselben (2,51 M.) um 10 Pfgr. höher geworden war, als diejenige in den mehr industriell gefärbten Gemeinden (2,71 M.).

Diese allgemeine Entwicklung des Schuldenwesens ist nun aber noch im Anschluß an die Spezialtabelle näher zu beleuchten.

Zunächst kann man 3 Stadien des Schuldenwesens unterscheiden: bis in die 50er Jahre hinein waren die Ausgaben für das Schuldenwesen noch sehr gering¹⁾; die Gemeinden, die Anleihen kontrahierten, verwandten dieselben zum weitaus größten Teil für das Chaussee- und Wegewesen. Doch mit Beginn der 60er Jahre wurden die Schuldposten schon bedeutender, vor allem durch die dringend notwendig gewordenen Schulbauten. In der neuesten Zeit traten dann besonders die Anleihen für gewerbliche und gemeinnützige Unternehmungen in den Vordergrund.

Da die wichtigste Etappe im Anleihewesen zu Beginn der 90er Jahre einsetzte, soll sich auch von da ab unsere Betrachtung mit den hervorstechendsten Beispielen befassen; und zwar geben wir dabei lediglich eine Geschichte der Anleihen, da ja die Aufwendungen für das Schuldenwesen in der Übersicht schon hinreichend gewürdigt sind.

Die Gemeinde Recklinghausen-Land kontrahierte im Jahre 1895 eine Anleihe von 25 000 M. für einen Schulbau in Disteln, während im folgenden Jahre die Notwendigkeit des Chausseebaues von Recklinghausen nach Henrichenburg zu einer Schuldaufnahme in Höhe von 35 000 M. Veranlassung gab.

In den folgenden Jahren bis 1900 richtete sich die Aufmerksamkeit der Gemeindeverwaltung auf die Schulbauten in Stuckenbusch und Hochlarmark, wofür insgesamt 50 000 M. an Schulden aufgenommen werden mußten.

¹⁾ Die statistischen Nachrichten vom Jahre 1862 teilen mit, daß die wenigen Gemeinden, die Schulden haben, dieselben infolge von Chausseebauten kontrahiert haben.

Bisher hatten wir es demnach noch mit relativ geringfügigen Anleihen zu tun, doch anders gestalteten sich die Verhältnisse seit dem Jahre 1900, wie ja auch die Ausgabeposten in der Übersicht andeuten. (Diese waren 1895 ganz verschwunden und erschienen dann 1900 in einer Höhe von 26 375 M.) So verrechnete die Gemeindeverwaltung im Jahre 1900 eine Anleihe summe von nicht weniger als 305 000 M., wovon neben den Schuld aufnahmen für verschiedene Chausseebauten (135 000 M.), auch diejenigen für den Bau der elektrischen Straßenbahn Recklinghausen-Kranke (100 000 M.¹⁾) und für verschiedene Schulbauten (70 000 M.) eine große Rolle spielten.

Im folgenden Jahre 1901 war das Bedürfnis nach Schulden kein so starkes als im Vorjahre; denn die Gesamtsumme der aufgenommenen Anleihen belief sich auf 122 000 M. An erster Stelle sind dabei zu erwähnen: ein Schulbau in Scherlebeck, der zu einer Schuld kontrahierung in Höhe von 45 000 M. nötigte, und fernerhin ein Chausseebau in Röllinghausen (45 000 M.); wogegen die Restkosten für den Bau der elektrischen Straßenbahn (20 000 M.) und für den Bau einer Gendarmeriewohnung (20 000 M.) eine geringere Rolle spielten.

Vom Jahre 1901 bis 1905 scheint die Verwaltung keine Anleihen aufgenommen zu haben, umsomehr aber im Jahre 1905 selbst, nämlich eine Gesamtsumme von nicht weniger als 295 000 M. Davon waren für Schulbau zwecke allein 117 000 M. erforderlich gewesen, daneben spielten aber die Schulden für Chausseebau zwecke (100 000 M.) eine nicht minder wichtige Rolle. Gleichzeitig wurde ein Betrag von 78 000 M. für einen gemeinnützigen Zweck aufgenommen, nämlich für die Errichtung eines Gemeindegasthauses.

Aber schon im darauffolgenden Jahre wurde für dasselbe eine zweite Anleihe im Betrage von 70 000 M. erforderlich. Dazu gesellten sich noch Schuld aufnahmen für Chausseebau zwecke (42 000 M.), für Schulneubauten (50 000 M.) und schließlich noch für den Neubau eines Armenhauses (70 000 M.)

Im Jahre 1907 kam die Gemeindeverwaltung ohne Schuld kontrahierung durch; dagegen im Jahre 1908 bezifferte sich das Gesamterfordernis an Anleihen auf 230 500 M. Mehrere Chaussee-

¹⁾ Diese Anleihe war mit 1 3/4% zu tilgen.

bauten veranlaßten eine Schuldaufnahme in Höhe von 70 500 M.; dazu gesellten sich Anleihen für Beleuchtungszwecke (40 000 M.), dann für den Ankauf von Grundstücken zum Zwecke der Anlage von Rentengütern (20 000 M.), und schließlich für die Errichtung eines zweiten Gemeindegasthauses (100 000 M.).

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß der gesamte Schuldbetrag der Gemeinde Recklinghausen-Land am 1. April 1908 nicht weniger als 1 054 511 M. betrug, denen etwa 300 000 M. an Aktivkapitalien gegenüberstanden.

Schlechter war dieses Verhältnis bei der Gemeinde Herten, der wir nunmehr unsere Aufmerksamkeit schenken wollen; hier standen nämlich den Aktivkapitalien in Höhe von etwa 83 000 M. nicht weniger als 1 641 014 M. gegenüber. Diese Schulden datieren in der Hauptsache auch erst seit dem Beginn der 90er Jahre, wie ja auch die Übersicht erkennen läßt. (Von 1890 bis 1895 stiegen nämlich die Ausgaben für das Schuldenwesen von 1 539 M. auf 1 223 69 M., um sich dann rasch weiter zu erhöhen.) Bis zum Jahr 897 sind wir leider nicht in der Lage, die Größe der aufgenommenen Schulden anzugeben, die in der Hauptsache durch Schulneubauten und Chausseebauten veranlaßt waren. Im Jahre 1897 selbst bezifferte sich der Gesamtbetrag der kontrahierten Schulden auf nicht weniger als 160 000 M., davon allein 100 000 M. für Kanalbauzwecke, 20 000 M. für Straßen- und Wegebauten und endlich noch 40 000 M. für einen Schulneubau.

In den beiden folgenden Jahren 1898 und 1899 spielen die Chausseebauten eine große Rolle, wofür nicht weniger als 200 000 M. Anleihen aufgenommen werden mußten. So erklärt es sich auch, daß die Gemeinde Herten im Jahre 1900 unter sämtlichen Landgemeinden die größte Ausgabe für den Schuldendienst (50 053 M.) zu verrechnen hatte. Inzwischen hatte sich das Bedürfnis nach einer elektrischen Straßenbahn und nach einer Gasanstalt dringend geltend gemacht, so daß noch im Jahre 1900 für beide Zwecke eine Anleihe von nicht weniger als 500 000 M. aufgenommen werden mußte. Die nächsten Schuldkontrollierungen waren dann im Jahre 1904 notwendig geworden und zwar im Betrage von 100 000 M. für die Ausführung von verschiedenen Bauten.

Inzwischen war die Verschuldung Hertens eine so große geworden, daß sich die Gemeindeverwaltung noch in demselben Jahre

zu einer außerordentlichen Verzinsung und Tilgung im Betrage von 6000 M. genötigt sah. Man scheint sich seitdem nicht mehr so stark auf das Pumpen verlegt zu haben, denn bis zum Jahre 1908 kontrahierte man nur 50 000 M. für Wegebauzwecke.

Während nun die Gemeinde Herten heute relativ am meisten für die Unterhaltung seiner Schuld auszugeben hat (die Kopfquote von 1907 war 6,16 M.), gilt dies bei der Gemeinde Buer nur hinsichtlich der absoluten Aufwendungen (im Jahre 1907 160 752 M.). Dieselbe kann aber diese Kosten umsoeher aufbringen, als sie ja die größte Landgemeinde ist; daher darf es nicht sonderlich in Erstaunen setzen, wenn der Schuldbetrag am 1. April 1908 2 400 105 M. betrug, denen 388 356 M. an Kapitalvermögen gegenüberstanden (1845 war die Gesamtschuld genau 1500 M.).

Die größten Anleihen fallen auch hier wieder in den Beginn des neuen Jahrhunderts, wie wir unten noch auszuführen haben werden. Aber auch schon seit den 90er Jahren nahmen die Schuldkontrahierungen an Bedeutung zu.

Im Jahre 1895 war nämlich für Verzinsung und Amortisation ein Betrag von 16 821 M. verrechnet worden, gegen 8876 M. im Jahre 1890; dabei handelte es sich in der Hauptsache um Anleihen aus früheren Jahren, so für verschiedene Schulbauten, für den Bau von Wohngebäuden, ferner für Herstellung eines Marktplatzes und endlich für den Bau einer Rektoratsschule.

Die nächste große Anleihe wurde im Jahre 1899 im Betrage von 100 000 M. für verschiedene Wegebauten kontrahiert. Die dann in den folgenden 4 Jahren notwendig gewordenen Chausseebauten konnten durch Flüssigmachung von Bankkapitalien mehr als gedeckt werden.

Erst im Jahre 1904 sah sich die Gemeindevertretung wieder zu einer Schuldaufnahme in Höhe von nicht weniger als 140 000 M. zum Zwecke von Neubauten veranlaßt, der schon ein Jahr später eine neue Anleihe im Betrage von 150 000 M. für den Bau eines Progymnasiums folgte.

Doch der rasche Aufschwung der Gemeinde verlangte die Befriedigung von neuen Bedürfnissen, die unmöglich allein durch ordentliche Einnahmen bestritten werden konnten. So waren im Jahre 1906 nicht weniger als 550 000 M. an Anleihen aufzunehmen; davon für den Bau des Gymnasialgebäudes weitere 100 000 M., ferner für

den Bau einer elektrischen Straßenbahn Herten - Resse - Erle - Hiddelich ebenfalls 100 000 M., weiterhin für den Bau eines Schlachthofes 150 000 M. und endlich für verschiedene sonstige Neubauten nicht weniger als 200 000 M.

Von der Gesamtanleihe summe des Jahres 1907 (1211700 M.) spielte der Betrag für den Schlachthausbau (450 000 M.) die Hauptrolle; dazu gesellten sich dann eine Restsumme von 363 200 M. für den Bau der oben erwähnten Straßenbahn und schließlich noch 100 000 M. für den Chausseebau von Buer nach Schalke.

Endlich sei noch der Schuldaufnahme des Jahres 1908 im Betrage von 918 500 M. Erwähnung getan, und zwar für Schulbauten, Straßenbauten, dann für Brückenerweiterungen, für Grundstückserwerb usw.

Das bisher gekennzeichnete Bild wäre nun aber unvollkommen, wenn nicht noch die Verhältnisse in den mehr bauerlichen Gemeinden an einigen Beispielen erläutert würden; deshalb wählen wir uns 3 solche Gemeinden aus, nämlich Lembeck, Altschermbeck und schließlich Marl.

Die Gemeinde Lembeck hatte bis zum Jahre 1896 nur Schulbauanleihen in geringem Betrage kontrahiert, denn noch 1895 war die Kopfbelastung mit Ausgaben für den Schuldendienst erst 53 Pfg. Seitdem war man aber in stärkerem Maße auf den Anleiheweg angewiesen. So mußte im Jahre 1896 ein Betrag von 40 000 M. für den Chausseebau Lembeck - Wulfen aufgenommen werden; diese Tatsache trug dazu bei, daß die Kopfbelastung im Jahre 1900 schon auf 1,45 M. ansteigen konnte.

Die nächsten Anleihen folgten dann nach einer langen Pause im Jahre 1905, nämlich einmal ein Betrag von 14 500 M. für den Bau einer Schule und zweitens eine Gesamtsumme von nicht weniger als 105 000 M. für Chausseebauzwecke.

Relativ noch mehr belastet als Lembeck ist heute die Gemeinde Altschermbeck, die im Jahre 1907 nicht weniger als 4,28 M. an Ausgaben für den Schuldendienst pro Kopf ihrer Bevölkerung notierte.

Noch im Jahre 1895 hatte Altschermbeck nur ein Darlehen von 4000 M. zum Zwecke eines Schulbaues zu verzinsen und amortisieren. Dann folgte aber zwei Jahre später eine weitere Anleihe in Höhe von 5000 M. für den Bau zweier Schullokale.

Tabelle XXXIV. Schuldenwesen (1845 bis 1885).

Landgemeinden	1845			1855			1865			1875			1885		
	Einwohner	Schuldendaw. M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schuldendaw. M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schuldendaw. M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schuldendaw. M.	pro Kopf M.	Einwohner	Schuldendaw. M.	pro Kopf M.
Recklingh.-Land	3649	2265	0,62	3747	2442	0,65	3705	2208	0,59	4043	516	0,14	5407	4793	0,89
Der	515	549	0,60	571	612	0,65	570	612	0,65	605	—	—	748	350	0,47
Waltrop	3069	—	—	3126	—	—	3135	—	—	2972	5064	1,71	3387	4341	1,28
Hennrichsburg	562	219	0,39	576	1680	2,92	623	2466	3,96	590	1722	2,92	737	1122	1,52
Hornburg	375	—	—	355	—	—	374	—	—	380	—	—	350	—	—
Herten	954	—	—	972	—	—	919	—	—	919	—	—	971	—	—
Buer	562	—	—	417	1680	0,41	494	—	—	502	—	—	7721	6833	0,89
Westerholt	721	—	—	638	672	1,05	642	1565	1,95	745	547	0,73	860	1320	1,53
Betrop	3065	789	0,26	3412	—	—	4023	—	—	6584	—	—	9755	5576	0,57
Gladbeck	2638	—	—	2748	—	—	2724	—	—	2852	4300	1,50	3551	4645	1,32
Wick	258	108	0,22	265	—	—	265	—	—	265	1900	7,18	350	5929	1,71
Wülfrath	1005	—	—	1041	—	—	1012	—	—	1013	—	—	3006	1110	0,37
Lembeck	2037	—	—	2177	2046	0,94	1869	—	—	1745	—	—	1943	—	—
Hervest	500	—	—	550	—	—	578	—	—	652	—	—	742	—	—
Altschermbeck	986	—	—	940	—	—	999	—	—	1011	—	—	1011	—	—
Erle	531	—	—	531	—	—	539	—	—	517	—	—	509	—	—
Recke	554	—	—	537	—	—	539	—	—	517	—	—	509	—	—
Holterhausen	350	—	—	345	—	—	321	—	—	330	—	—	321	—	—
Marl	2044	—	—	2040	—	—	1922	—	—	1888	435	0,23	1855	—	—
Tolsum	797	—	—	773	—	—	700	—	—	652	—	—	533	—	—
Hamm	516	—	—	531	—	—	527	—	—	527	—	—	533	—	—
Redde	312	—	—	312	—	—	312	—	—	312	—	—	312	—	—
Recklingh.	3255	—	—	3481	—	—	3559	—	—	3568	5772	1,71	3493	7272	2,08
Alsen	754	—	—	759	—	—	818	—	—	818	—	—	641	—	—
Flaeschheim	342	—	—	325	—	—	348	—	—	320	—	—	350	—	—

Schappacher, Moderne Kommunalfinanzien.

Zunächst wurde der Verwaltungsapparat immer kostspieliger, denn er brauchte fortwährend neue Köpfe und neue Hände, wozu sich noch der Bedarf an neuen Gebäuden und an neuem Inventar gesellte. Ferner mußte aber auch für die Beamten immer besser und dauernder gesorgt werden.

Mit den Gemeindeverwaltungskosten stiegen dann auch die Amtsbeiträge, welche vor allem der guten Ordnung und öffentlichen Sicherheit zum Opfer gebracht werden mußten; denn je mehr sich die Bevölkerung in industriellen Bezirken anhäuft, desto mehr Reibungen sind im Gefolge, die auf keinen Fall eine Störung des gesunden kommunalen Lebens herbeiführen dürfen.

Neben den eigentlichen Verwaltungsaufgaben durfte vor allem die Volksschule nicht vernachlässigt werden, weil gerade ihr eine immer wichtigere Stellung zukommt, vor allem seitdem das Wissen das Können verdrängt hat. Die fortwährend steigende Schülerzahl erforderte einerseits ein größeres Lehrpersonal und andererseits auch immer neue Unterrichtslokalitäten, die jeweils den sanitären Anforderungen angepaßt sein mußten.

Die Bevölkerungsvermehrung stellte aber ihre Ansprüche nicht nur an die Volksbildung, sondern auch an die Armenfürsorge. Denn je mehr industrielle Bevölkerung, desto mehr Jammer und Elend. Da man aber nun den Menschen als solchen nicht ignorieren kann und will, so mußte die Gemeindevertretung auch für die Hilfsbedürftigen sorgen, und zwar fortwährend besser und intensiver.

Eine größere Anzahl von Menschen hat aber auch mehrere und unlöslichere Verknüpfungen, sei es durch die Bedürfnisse der Industrie, sei es durch diejenigen des Handels. Der Austausch von Waren, Arbeitskräften usw. verlangte daher das möglichst entsprechende Verkehrswesen; so ist die Unwegsamkeit allmählich dem modernen Wege- und Straßenbau gewichen.

Der stärkere und intensivere Verkehr erforderte dann aber auch Straßen von größerer Tragkraft und längerer Haltbarkeit, wozu sich heute nicht selten der Kanalbau und die Inbetriebnahme von elektrischen Straßenbahnen gesellt haben.

So wuchsen die Ausgaben für das Verkehrswesen, aber noch mehr diejenigen zur finanziellen Stützung des Kreisverbandes, näm-

lich die Kreisabgaben; denn auch der Kreis sah seinen Aufgabenbereich fortwährend größer und umfangreicher werden.

Umfangreicher und größer aber wurde auch endlich die Sorge für die Beleuchtung und das Feuerwehrwesen. Wenn die Gemeinden sich ausdehnen, nimmt auch der geschäftliche und gesellige Verkehr einen großen Teil des Abends in Anspruch, so daß die Ansprüche an eine gute Beleuchtung berücksichtigt werden müssen; fernerhin ist es natürlich, daß das Zusammenwohnen von vielen Menschen, das Nebeneinanderstehen von vielen Gebäuden, insbesondere auch von Fabrikanlagen etc., eine gesteigerte Fürsorge für den Schutz vor Feuersgefahr und Brand als unentbehrlich erscheinen ließ.

Alle die Aufgaben erforderten bedeutende Mittel, die aber infolge der größeren Steuerfähigkeit der industriellen Gemeinden und Bezirke verhältnismäßig leicht beschafft werden konnten. Insbesondere gilt dies von den Zuschlägen zu den direkten Steuern, die ja die Haupteinnahmequelle der Gemeinden bilden, während die sonstigen ordentlichen Einnahmen, so aus dem Vermögensbesitz, aus den gewerblichen Unternehmungen, ferner Gebühren und Beiträgen und schließlich aus indirekten Steuern eine unbedeutendere Rolle spielen. Daß dann auch der Anleiheweg nicht selten betreten werden mußte, ist leicht einzusehen, da die Gemeindevertretung unmöglich die ganze Last auf die Gegenwart abwälzen konnte, wenn ein großer Teil der neuesten Ausgaben, besonders auch für gemeinnützige Zwecke, sicherlich der Zukunft zugute kommen wird.

Wenn wir im Vorstehenden vor allem die Entwicklungstendenz in den mehr industriellen Gemeinden an dem geistigen Auge vorüberziehen ließen, so haben wir dadurch auch die Verhältnisse in den bäuerlich gefärbten Gemeinden gestreift.

Denn einmal hat der Aufschwung des Bergbaus in den südlichen Bezirken unseres Landkreises auch auf die bäuerlichen Gemeinden des Nordens abgefärbt, nämlich vor allem dadurch, daß die Landwirte steigende Verdienste hatten, und daß ferner auch Handel und Gewerbe aufblühten.

Zum zweiten ist darauf hinzuweisen, daß neuerdings der Bergbau immer mehr nach Norden vordringt und manchen bisher agrarisch gefärbten Gemeinden jetzt schon den industriellen Charakter immer mehr aufzwingt, sodaß auch hier bereits der große Aufschwung einzusetzen begonnen hat; wir nennen z. B. nur die Ge-

meinde Datteln. Jedenfalls ist für die nächste Zukunft kein Abflauen der bisher gekennzeichneten Entwicklung zu erwarten.

Wenn die letztere auch als eine glänzende insofern anzusprechen ist, als die Landgemeinden die an sie herantretenden Aufgaben glücklich zur Erledigung brachten, so läßt sich dabei doch nicht übersehen, daß dies nur unter erheblicher Belastung der Zukunft möglich war.

Literatur.

- Einschlägige Artikel im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Jena 1900.
- ALLENDORF, Das Finanzwesen der Stadt Halle a. S., Jena 1904.
- SUNDER, Das Finanzwesen der Stadt Osnabrück. Jena 1904.
- CONRAD, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, II. Teil, Volkswirtschaftspolitik. Jena 1904.
- SCHOEN, Das Recht der Kommunalverbände in Preußen. Leipzig 1897.
- GLEITSMANN, Die Belastung des ländlichen Grundbesitzes mit öffentlichen Abgaben. Halle a. S. 1906.
- Statistische Nachrichten über den Kreis Recklinghausen für die Jahre 1862, 1863 und 1864; außerdem vom Jahre 1863.
- Die Entwicklung des niederrheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbaues in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. X. Wirtschaftl. Entwicklung, Teil I mit 14 lithograph. Tafeln. Berlin 1904.
- Verwaltungsberichte für den Kreis Recklinghausen vom Jahre 1887 an. Akten über die verschiedenen Verwaltungszweige.
- Unveröffentlichte Dissertation von C. HARTL, Die wirtschaftliche Entwicklung des Kreises Recklinghausen.
- KINNE, Die Autonomie der Kommunalverbände in Preußen. Berlin 1908.
- v. BITTER, Handwörterbuch der preußischen Verwaltung, 2 Bände. Leipzig 1906.
- v. STENGEL, Wörterbuch des deutschen Verwaltungsrechtes. 2 Bände. Freiburg i. Breisgau 1890.
- v. KAUFMANN, Die Kommunal финанzen. Leipzig 1906. 2 Bde.
- ADOLF WAGNER, Finanzwissenschaft, Teil IV. Leipzig 1901.
- BRUNHUBER, Die Wertzuwachssteuer. Jena 1906.
- Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat, Jahrgänge 1905 bis 1908. Berlin.
- Band 205 der preußischen Statistik, Finanzstatistik der preußischen Landkreise für das Rechnungsjahr 1903.
- Gesetzessammlung der königl. preußischen Staaten.
- SCHÖNBERG, Handbuch der polit. Ökonomie, 3 Bde., 1882—1898. Bd. 3.
- LAUTERBACH, Die Staats- und Kommunalbesteuerung. Berlin 1906.
- F. ADICKES, Über die weitere Entwicklung des Gemeindesteuersystems. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft von A. Schäffle, 50. Jahrgang.

Lebenslauf.

Ich, ALFRED SCHAPPACHER, kath., geb. am 23. Nov. 1887 zu Mannheim, besuchte vom 6. bis 9. Lebensjahre inkl. die Bürgerschule dortselbst. Darauf wurde ich in die Großherzogl. Oberrealschule zu Mannheim aufgenommen, die ich im Sommer 1906 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Von 1906/7 bis 1909/10 widmete ich mich an den Universitäten Freiburg i./B., München und Münster dem Studium der Staatswissenschaften als Hauptfach. In Münster bestand ich am 25. Januar laufenden Jahres die mündliche Doktorprüfung.

Es erübrigt noch an dieser Stelle allen meinen Lehrern den wärmsten Dank auszusprechen.

München, im Februar 1910.

Alfred Schappacher.

MSH 27320

**END OF
TITLE**